



SPD

„Leben, arbeiten, lernen, wohnen ...
in Bremen und Bremerhaven“

Regierungsprogramm 2015-2019



SPD

SPD

Inhalt

1	Wirtschaft: Bremen(s) Stärken!	4
1.1	Zwei Städte – ein Standort mit Profil	4
1.2	Innovation made in Bremen	5
1.3	Entwicklung braucht Gewerbeflächen	6
1.4	Wirtschaftsförderung muss sich rechnen: Für die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes und die Beschäftigten	6
1.5	Einzelhandel heißt gemeinsam handeln!	7
1.6	Bremen & Bremerhaven: Mehr als eine Reise wert	7
1.7	Die Häfen: Offene Tore zur Welt	8
1.8	Verbraucherschutz	9
2	Gute Arbeit für Bremen und Bremerhaven	10
2.1	Ausbildungsgarantie – ein Recht auf Zukunft	10
2.2	Ausbildung fördern – neue Wege ermöglichen	11
2.3	... nach dem Abschluss und im Beruf: Weiterbildung!	11
2.4	Arbeitsmarktförderung soll echte Chancen bieten	11
2.5	Fachkräfte sichern und gewinnen	12
2.6	Zugang zum Arbeitsmarkt – Für alle!	13
2.7	Arbeitsmarktpolitik & Wirtschaftsförderung	13
2.8	Gute Arbeit braucht Unterstützung und klare Regeln	13
2.9	Arbeit hat Grenzen	14
2.10	Dumpinglöhne und prekäre Beschäftigung bekämpfen	14
2.11	Gute Arbeit: Wer Rechte hat, muss sie auch kennen	15
2.12	Arbeitnehmerrechte sind keine Glaubensfrage!	15
3	Gute Bildung für alle	15
3.1	Schule besser machen: Qualitätssicherung und -entwicklung	16
3.2	Inhalte und Profile statt Konkurrenz	16
3.3	Ganztagsschule: Länger gemeinsam lernen	17
3.4	Sprache bedeutet Teilhabe	17
3.5	Dazugehören? In Bremen inklusive!	17
3.6	Medienbildung in der Schule	18
3.7	Berufliche (Weiter)Bildung stärken	19
3.8	Lebenslanges Lernen – Weiterbildung stärken	19
3.9	Gute Bildung ist nicht kostenlos	19
4	Wissen schaffen!	20
4.1	Die Wissenschaftslandschaft gestalten	20
4.2	Von den Hochschulen in die Praxis	21
4.3	Gute Lehre & Bildungsgerechtigkeit	22
5	Für eine solidarische Gesellschaft	23
5.1	Wir investieren in Zukunft – in unsere Kinder	23
5.2	Bildung von Anfang an	24
5.3	Für ein Menschenwürdiges Existenzminimum und soziale Grundsicherung	24
5.4	Stadtteilgerecht und sozialraumorientiert	25
5.5	Integration: Wer bei uns lebt, gehört zu uns!	25
5.6	Für eine gerechte Gesundheitspolitik	26
6	Gleichberechtigt! Miteinander!	27
6.1	Frauen fördern!	27
6.2	Auch Kindern und Jugendlichen gehört die Stadt	28

6.3	Teilhabe für ältere Menschen	29
6.4	Schul, lesbisch, transgender – na und?	30
6.5	Rechte von behinderten Menschen umsetzen!.....	30
7	Sport: Bremen in Bewegung	31
7.1	Begeisterung bei Kindern und Jugendlichen wecken	31
7.2	Sport: gesundheitsfördernd – und förderungswürdig.....	32
7.3	Inklusion im Sport	32
7.4	Leistungssport und große Sportveranstaltungen	32
7.5	Für eine attraktive Bäderlandschaft	32
8	Kultur und Kunst	32
8.1	Aktive Kulturförderung & Vernetzung	33
8.2	Kulturelle Bildung wirkt – vor allem auch integrativ.....	33
8.3	Niederdeutsch ist Bremisch	34
9	Unsere Städte entwickeln – Bauen und Wohnen.....	34
9.1	Wohnen darf kein Luxus sein!.....	35
9.2	Bremen wächst	36
9.3	Wohnraum schaffen – Beteiligung ermöglichen	36
9.4	Bremens Zentren entwickeln!.....	36
9.5	Soziale Stadtteilentwicklung	37
10	Lebensqualität sichern – Lebensgrundlagen schützen: Umwelt und Klimaschutz.....	37
10.1	Klima- und Umweltpolitik	37
10.2	Das Grün in die Städte holen und für Pflege sorgen!	38
10.3	Die Energiewende gestalten	38
11	Für eine Verkehrspolitik, die (Interessen) verbindet	39
11.1	Busse und Bahnen: bezahlbare Mobilität ermöglichen.....	39
11.2	Neue, bessere Verbindungen.....	39
11.3	Per Pedes und per Rad	40
11.4	Wirtschaft und Verkehr.....	41
11.5	Lärm ist kein Luxusproblem	41
12	Demokratie stärken	41
12.1	Bürgerbeteiligung aus und als Prinzip.....	42
12.2	Auch Junge Menschen sollen mitmischen	42
12.3	Die Bürgerschaft.....	43
12.4	Demokratie vor Ort: die Beiräte	43
12.5	Unbezahlt und unbezahlbar: das Ehrenamt	44
13	Sicher leben in Bremen und Bremerhaven	44
13.1	Bürgernahe Polizeiarbeit.....	44
13.2	Für eine leistungsfähige Polizei.....	45
13.3	Schutz vor und Ahndung von Übergriffen	45
13.4	Kriminalität entschlossen bekämpfen	45
13.5	Klare Kante gegen Wirtschaftskriminalität und Steuerbetrug.....	46
13.6	Konsequenter Kampf gegen Rechtsextremismus	47
13.7	Bürgerservice und öffentliche Ordnung	47
13.8	Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz	48
14	Justiz & Recht.....	48
14.1	Für ein bürgerfreundliches, leistungsfähiges Rechtssystem.....	49
14.2	Für einen humanen Strafvollzug	49
15	Medien & Netzpolitik.....	49
15.1	Medienkompetenz	50
15.2	Unser Sender: Radio Bremen.....	50

15.3	Landesmedienanstalt & Bürgerrundfunk.....	50
15.4	Teilhabe – auch digital	51
15.5	Datenschutz braucht klare Standards.....	51
16	Bremen in Europa – Bremen in der Welt.....	51
17	Finanzielle Grundlagen des Stadtstaates sichern	52
17.1	Eigenanstrengungen intensivieren	53
17.2	Personal zielgerichtet einsetzen – angemessene Bezahlung sicherstellen	53
17.3	Bund-Länder-Finzen reformieren	54

1 **1 Wirtschaft: Bremen(s) Stärken!**

2 Bremen ist ein wirtschaftlich starker Standort, auch und insbesondere weil hier viele Industrie-
3 unternehmen ihre Heimat haben.

4 Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik in Bremen und Bremerhaven gestaltet den Strukturwan-
5 del und wird das auch weiter tun – zum Wohle der Wirtschaft sowie der Beschäftigten. Wir ste-
6 hen für eine Politik, die wirtschaftliches Wachstum will.

7 Neben der Industrie sind auch die vielfältigen kleinen und mittleren Unternehmen mit ihren
8 zahlreichen Ausbildungs- und Arbeitsplätzen eine sichere Basis für den wirtschaftlichen Erfolg.
9 Darüber hinaus stellt die Forschungs- und Wissenschaftslandschaft im Land Bremen eine weitere
10 Säule der wirtschaftlichen Entwicklung und der Innovations- sowie Zukunftsfähigkeit des Bundes-
11 landes dar: Im Austausch mit der Wirtschaft entstehen innovative Wertschöpfungsprozesse, die
12 gesellschaftliche Bedürfnisse aufnehmen, die Wirtschaftskraft steigern und für neue, gute Arbeit
13 sorgen.

14 Eine besonders wichtige Rolle kommt dabei dem Handwerk zu, das sich nicht nur in der Wirt-
15 schaft- und Finanzkrise als Stabilisator der bremischen Wirtschaft erwiesen hat. Auch durch ihre
16 große Ausbildungsbereitschaft spielen die vielen Bremer und Bremerhavener Handwerksunter-
17 nehmen eine unverzichtbare Rolle. Gerade um den oft auch kleineren Betrieben in diesem Be-
18 reich, die Beteiligung an öffentlichen Aufträgen zu erleichtern, haben wir die Einrichtung einer
19 zentralen Vergabestelle, die ab 1. Mai 2015 ihre Arbeit aufnimmt, vorangetrieben. Die Aufgaben
20 der neuen Zentralstelle soll künftig auch um die Vergabe von Dienstleistungen erweitert werden.
21 Die bisherigen Freigrenzen bei der öffentlichen Vergabe werden wir erhöhen.

22
23 Kurzum: Es kommt nicht von ungefähr, dass Bremen im Ländervergleich das zweithöchste Brut-
24 toinlandsprodukt pro Kopf verzeichnen kann und als fünftgrößter Industriestandort in vorderster
25 Reihe steht. Diese Erfolgsgeschichte wollen wir fortsetzen – mit einer Wirtschaftspolitik, die
26 noch bessere Rahmenbedingungen zur Sicherung und zum Ausbau von Arbeitsplätzen schafft.
27 Und mit einer Wirtschaftsförderungspolitik die sich rechnet – auch für die Beschäftigten. Wir
28 wollen noch bessere Rahmenbedingungen für Unternehmen schaffen, um so ein erfolgreiches
29 Agieren am Markt und dadurch Wohlstand zu ermöglichen, an dem alle Menschen gerecht teil-
30 haben.

31 **1.1 Zwei Städte – ein Standort mit Profil**

32 Bremen und Bremerhaven sind Industrie- und Technologiestandorte: High-Tech, Know-how und
33 Innovationskraft sind eine feste Basis der Wirtschaft. Wir werden deshalb den Wissenstransfer
34 besonders in den bremischen Schwerpunktbereichen Luft- und Raumfahrt, Windenergie, Mari-
35 time Wirtschaft und Logistik ausbauen und für diese sowie für weitere Innovationsbereiche (IT,
36 Automotive) noch bessere Rahmenbedingungen schaffen.

37 Dabei bekennen wir uns ganz klar zur Bremischen Industrie – sie stellt für uns eine unverzichtba-
38 re Basis für die bremische Wirtschaftskraft dar. Wir werden die Rahmenbedingungen für die
39 Industrie durch die Weiterentwicklung des Industrie Masterplans weiter verbessern, um die Zahl
40 der Arbeitsplätze in diesem Bereich zu sichern und zu steigern. Wir schätzen und werden auch in
41 Zukunft intensiv unterstützen, was wir haben: Denn es sind insbesondere die eingesessenen
42 Unternehmen, die vielen Menschen gute Arbeit bieten.

43 Angefangen mit der Lebensmittelindustrie über die vielen bedeutenden bremischen Unterneh-
44 men bis hin zu den „Global Playern“, die in Bremen aktiv sind: Wir sind uns bewusst, welche her-
45 ausragende Rolle diese Firmen für die Profilierung und für den Arbeitsmarkt unseres Standortes
46 spielen. Sie sind ein nicht wegzudenkender Erfolgsfaktor für die Bremische Wirtschaft, für die wir
47 weiterhin ein verlässlicher Partner bleiben.

48 Bremens Spitzenposition in den Bereichen Logistik, Luft- und Raumfahrt sowie im Auto- und
 49 Schiffbau werden wir in diesem Sinne unter anderem durch eine Bündelung der Kompetenzen
 50 stärken. Im Feld der Materialforschung und Oberflächentechnologie ist dazu ein erster großer
 51 Schritt getan: Das „Center für Eco-efficient Materials and Technologies“ (EcoMaT) wird die
 52 Wettbewerbssituation der bremischen Unternehmen in der Luft- und Raumfahrt sowie im Au-
 53 tomobil- und Schiffbau weiter verbessern.
 54 Darüber hinaus werden wir Bremerhaven als Kompetenzzentrum für Fisch und Lebensmittel
 55 weiter ausbauen und die guten Handelsbeziehungen unseres Bundeslandes weiterentwickeln.
 56 Bremen und Bremerhaven wollen wir dabei als faire Städte etablieren. Für uns bedeutet dies, Ver-
 57 antwortung zu übernehmen – in Bremen aber auch international. Denn Menschen- und Arbeitneh-
 58 merrechte dürfen nicht an den Grenzen Europas enden: Im Sinne von „Fairer Arbeit“ und „Fairem
 59 Handel“ setzen wir uns deshalb für eine sozial und ökologisch verantwortliche Beschaffung ein.

60 **1.2 Innovation made in Bremen**

61 Auch viele innovative und junge Branchen haben an der Weser ihr festes Zuhause: So gilt etwa
 62 Bremerhaven als Zentrum der Offshore-Windenergie und diese Stellung werden wir mit einem
 63 strukturpolitisch herausragendem Projekt, dem Bau des Offshore-Terminals, noch weiter stär-
 64 ken. Im benachbarten Gewerbegebiet Luneplate werden wir zudem geeignete Flächen für die
 65 Ansiedlung weiterer Industrieunternehmen zur Fertigung der Offshore-Komponenten herrich-
 66 ten. Gerade in der sogenannten Green Economy werden wir das Profil unseres Bundeslandes
 67 weiter schärfen und sowohl die Klimaforschung als auch die Offshore-Windenergie als Grundlage
 68 für weitere Standortentwicklung in Bremerhaven weiter voranbringen. Generell gilt dabei: Wir
 69 wollen die Innovationskraft des Standorts durch eine noch bessere Verzahnung von Wirtschaft
 70 und anwendungsnaher Forschung auch in Zukunft weiter steigern. Eines unserer Projekte ist in
 71 diesem Rahmen die Weiterentwicklung der Forschungs- und Entwicklungsmeile in Bremerhaven.
 72 Für die Wesermetropole gilt: Bremen ist eine Autostadt. Das soll so bleiben! Als wichtigen Inno-
 73 vationsbereich werden wir die Automobilwirtschaft und Wissenschaft sowie die kleinen und
 74 mittleren Unternehmen aus IT, Logistik und Fertigung stärken.
 75 Das Land Bremen bietet mit einer guten Anbindung an die Datenautobahnen positive Bedingun-
 76 gen. Wir werden mit zielgerichteten Maßnahmen dafür sorgen, dass die Breitbandversorgung
 77 insbesondere in den Gewerbegebieten weiter optimiert wird.

78
 79 Wir werden der Kreativwirtschaft Plattformen bieten, um ihre Kompetenz für die Stärkung der
 80 bremischen Wirtschaft – insbesondere im Bereich der Existenzgründerinnen und Existenzgrün-
 81 der sowie der kleinen und mittleren Unternehmen – zu mobilisieren. Wir wollen Bremen für die
 82 Herausforderungen der sogenannten Industrie 4.0 wappnen. Ziel dabei ist eine Verschmelzung
 83 von IT- und Fertigungstechnik. In diesem Rahmen werden wir Initiativen wie etwa die Einrich-
 84 tung von TechShops in denen Kreativen, Entwicklerinnen und Entwicklern oder Tüftlerinnen und
 85 Tüftlern die Möglichkeit gegeben wird, moderne – für den einzelnen oft unbezahlbare –
 86 Produktionsmaschinen und -techniken gemeinsam zu nutzen genauso unterstützen wie bei-
 87 spielsweise FabLabs. Derartige Hightech-Werkstätten können insbesondere dazu dienen, Proto-
 88 typen entstehen zu lassen – um auf diese Weise Ideen in ein erfolgreiches Produkt zu verwan-
 89 deln.

90 Bremer IT-Betriebe fungieren schon heute als (Ideen-)Lieferanten der gesamten Republik. Diese
 91 Stellung werden wir stärken und deutlicher ins Bewusstsein der Wirtschaft, der Fachkräfte und
 92 des beruflichen Nachwuchses rücken. Wir werden uns dabei insbesondere für die Förderung,
 93 den Ausbau und die Ansiedlung „junger“, kreativer Kapazitäten stark machen.

94 **1.3 Entwicklung braucht Gewerbeflächen**

95 Wir stehen für eine Flächenpolitik, die ein nachhaltiges Wachstum unterstützt: Gewerbeflächen
 96 müssen bedarfsgerecht erschlossen und entwickelt werden. Dazu gehört allerdings vor allem,
 97 dass der Bedarf frühzeitig erkannt wird, um entsprechende Flächen und Infrastruktur für Ent-
 98 wicklung rechtzeitig bereitstellen zu können. Eine große Rolle nimmt dabei der Gewerbepark
 99 Hansalinie ein, der sich zu einem hochwertigen Standort für die Ansiedlung von Unternehmen
 100 entwickelt hat. Das Areal ist damit – und besonders für die Bremische Automobilindustrie – zu
 101 einem entscheidenden Erfolgsfaktor geworden. Diese Erfolgsgeschichte setzen wir mit einem
 102 zweiten Bauabschnitt, der 2016 fertiggestellt werden soll, fort und stärken damit auch den Bre-
 103 mer, weltweit zweitgrößten, Mercedes-Benz-Produktionsstandort. Aber auch andernorts gilt es
 104 Bremens Entwicklungspotenziale zu nutzen: Das Güterverkehrszentrum (GVZ) hat seine Zu-
 105 kunftsfähigkeit insbesondere als Standort für Logistik und Mehrwertdienste der Häfen ein-
 106 drucksvoll bewiesen – auch hier werden wir uns für den Erhalt und nachhaltigen Ausbau der
 107 Infrastruktur stark machen. Eine große Rolle spielen darüber hinaus das BWK-Gelände, die Über-
 108 seestadt sowie der Technologiepark und die Airport-Stadt – auch dort wollen wir das Potenzial,
 109 das sich für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Bremens bietet, konsequent nutzen. Dabei
 110 setzen wir auf ein klares Konzept: Richtschnur bleibt das Gewerbeentwicklungsprogramm 2020,
 111 das bei der Bereitstellung von Flächen auf eine klare Orientierung am Bedarf der Unternehmen
 112 setzt und einen besonderen Fokus auf die Binnenentwicklung legt. Dabei steht insbesondere
 113 auch die Qualität unserer Gewerbeflächen im Mittelpunkt: „Grüne Wiesen“ finden Unterneh-
 114 men überall, aber Bremen bietet mit seinen zahlreichen branchenorientierten Gewerbeflächen
 115 mehr: Zukunftssichere Standorte mit klaren Profilen, die wir weiter stärken werden, um für Un-
 116 ternehmen Möglichkeiten zur Neuansiedlung und Weiterentwicklung zu schaffen.

117 **1.4 Wirtschaftsförderung muss sich rechnen:**

118 **Für die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes und die Be-** 119 **schäftigten**

120 Die Wirtschaftsförderung Bremen GmbH (WFB) und die Bremerhavener Gesellschaft für Investi-
 121 tionsförderung und Stadtentwicklung mbH (BIS) sind heute nach Optimierung ihrer Strukturen
 122 schlagkräftig und flexibel aufgestellt. Jetzt geht es um weitere Verbesserungen im Detail. Das
 123 Ziel dabei: Beide Gesellschaften sollen sich in der Begleitung und Betreuung noch besser auf die
 124 Bedürfnisse von kleinen und mittleren Unternehmen ausrichten und neben neuen insbesondere
 125 auch die eingewachsenen Bremer Firmen unterstützen. Die Gründungsquote von Frauen ist im-
 126 mer noch unterdurchschnittlich. Deshalb bleiben auf Frauen zugeschnittene Beratungsangebote
 127 zur Existenzsicherung weiter erforderlich. Sie tragen erfolgreich dazu bei, dass Frauen den
 128 Schritt in die Selbstständigkeit wagen. Ihren Zugang zu den Programmen der Wirtschaftsförde-
 129 rung werden wir verbessern.

130 In Bremerhaven ist zudem die enge Kooperation der Fischereihafen-Betriebsgesellschaft und
 131 der BIS zu vertiefen.

132 Die Bremische Wirtschaftsförderung haben wir mit Erfolg neu ausgerichtet: Die Umstellung von
 133 der Zuschuss- auf eine ressourcensparende Darlehensförderung werden wir daher fortführen.
 134 Darüber hinaus werden wir die Wirtschaftsförderung noch stärker darauf ausrichten, mehr und
 135 sichere, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu schaffen, die – unter anderem was Bezah-
 136 lung und Arbeits- und Gesundheitsschutz angeht – den Kriterien von „guter Arbeit“ genügen.
 137 Denn für uns gilt: Wirtschaftsförderung muss sich lohnen – auch für die Beschäftigten.

138 Ein bedeutender und stetig wachsender Bereich sind zudem die sozialen und gesundheitlichen
 139 Dienstleistungen und Einrichtungen, deren Begleitung und Förderung im Zusammenspiel zwi-
 140 schen Wirtschaft und Arbeit und den Fachbereichen weiterzuentwickeln ist.

141 Zudem wollen wir die europäische Sichtbarkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaftsstan-
142 dorte Bremen und Bremerhaven durch intensive Nutzung der europäischen Fördermittel für die
143 Wirtschafts- und Innovationscluster stärken.

144 Um gegenüber anderen Standorten weiterhin zu bestehen, setzen wir zudem auf die Bremi-
145 schen Stärken: Die Entwicklung entlang der Weser, unsere Wissenschaftslandschaft samt der
146 Exzellenzuniversität und die Vielzahl der hier vertretenen Branchen sind Pfunde, mit denen wir
147 auch in Zukunft wuchern werden, um die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes zu sichern.

148 **1.5 Einzelhandel heißt gemeinsam handeln!**

149 Ob in der Innenstadt oder in den Stadtteilzentren: Bremen und Bremerhaven sind attraktiv –
150 auch zum Einkaufen. Gleichzeitig steht der Einzelhandel vor Herausforderungen, nicht zuletzt
151 durch die wachsende Konkurrenz durch Internet-Angebote. Wir werden daher koordinierte Initi-
152 ativen weiterentwickeln, um Betreiber von stationären Ladengeschäften dabei zu unterstützen
153 „Multichannel-fähig“ zu werden – also das Internet als zusätzliches, mit dem klassischen Ge-
154 schäft vor Ort verzahntes Instrument zu nutzen.

155 Gemeinsam statt einzeln handeln: Diesen Idee unterstützen wir auch in den Quartieren: Wir
156 setzen uns dafür ein, dass die Einrichtung von Standortgemeinschaften – kurz BIDs (Business
157 Improvement Districts) – auch in Zukunft möglich bleibt. Darüber hinaus werden wir das Stadt-
158 teilmarketing und die Einzelhandelsstrukturen in den Stadtteilzentren Bremerhavens und Bre-
159 mens stärken – auch im Sinne einer konkreten Wirtschaftsförderung vor Ort.

160 Eigens, um die Attraktivität der Bremer Innenstadt weiter zu steigern, wurde 2014 gemeinsam
161 von Politik, Handelskammer und weiteren Akteuren unter breiter Beteiligung der Stadtgesell-
162 schaft das „Innenstadtkonzept 2025“ entwickelt. Ziel der Planung, die wir jetzt Schritt für Schritt
163 umsetzen werden: Durch neue Wegebeziehungen in die angrenzenden Stadtviertel, durch das
164 Erschließen der bislang teilweise eher tristen Zugänge zur Innenstadt, durch eine Erhöhung der
165 Aufenthaltsqualität und die Schaffung neuer Einzelhandelsflächen, soll die City noch mehr
166 Charme und Anziehungskraft als Ort zum Einkaufen, Arbeiten und zur Freizeitgestaltung erhal-
167 ten. Ein Meilenstein auf diesem Weg wird sein, das geplante City-Center zu einem Erfolgsprojekt
168 zu entwickeln. Mit diesem für die City wichtigen Großprojekt werden im Ansgaritor nicht nur
169 neue hochwertige Einzelhandelsflächen schaffen. Hier soll auch innenstädtischer Wohnraum
170 entstehen und die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt im Rahmen des Innenstadtkonzepts
171 insgesamt erhöht werden.

172 Genau das wollen wir auch in Bremerhaven erreichen, indem wir insbesondere in der nördlichen
173 Innenstadt durch weitere hochwertige Ladenflächen für eine Optimierung sorgen.

174 **1.6 Bremen & Bremerhaven: Mehr als eine Reise wert**

175 Bremen ist ein beliebtes Reiseziel – und die Entwicklung im Bereich Tourismus ist weiterhin posi-
176 tiv: Mehr als zwei Millionen Übernachtungen konnte der Zwei-Städte-Staat im vergangenen Jahr
177 verzeichnen und auch die Zahl der Tages-Städtereisen steigt. An diese Erfolge wollen wir an-
178 knüpfen, zukünftig noch besser werden und das bisherige Tourismuskonzept weiterentwickeln.
179 Dabei wollen wir insbesondere die Entwicklungsachsen längs der Weser nutzen und die Erleb-
180 niswelten des Bundeslandes weiterentwickeln. Neue Ziele an den Weserufern wie die Übersee-
181 stadt und neue Fährverbindungen über den Fluss werden wir gezielt auch zur Verbesserung des
182 touristischen Angebots nutzen und zudem den Bunker Valentin als Denk-Ort mit in das Touris-
183 muskonzept aufnehmen. Großes Potenzial sehen wir im Fahrradtourismus und bei den Städte-
184 reisen – beide Bereiche werden wir durch neue Angebote und ein optimiertes Marketing för-
185 dern. In Bremerhaven werden wir zudem die Freiräume in den Havenwelten weiter gestalten
186 und die Wegeverbindungen zwischen den touristischen Attraktionen der Stadt aufwerten.
187 Auch das „Schaufenster Fischereihafen“ hat eine wichtige Funktion bei der Vermittlung des
188 Standortes als europaweit bedeutendstes Zentrum der Lebensmittel- und insbesondere Fisch-

189 verarbeitung. Der Masterplan ist insofern weiter umzusetzen. Im Zuge der Investition der Le-
190 bensmittelindustrie ist die Entwicklung des Fischereihafen I zu forcieren und mit Wegebeziehun-
191 gen für Fußgängerinnen und Fußgänger auszugestalten.

192
193 Touristische Großveranstaltungen mit überregionaler Ausstrahlung – von der Breminale über La
194 Strada und weitere Events bis zum Freimarkt – werden wir weiterhin absichern und die Qualitä-
195 ten unseres Bundeslandes deutlicher hervorheben: Mit einer Intensivierung des Marketings wol-
196 len wir die touristischen Angebote unserer beiden Städte noch bekannter machen. Dabei setzen
197 wir auch auf die neuen Medien und die Bremerinnen und Bremer sowie die Bremerhavener und
198 Bremerhavenerinnen selbst: Im Rahmen einer Kampagne unter dem Motto „Warum lieben wir unse-
199 re Städte?“ sollen die Menschen, die hier leben, selbst für ihre Städte sprechen - denn sie sind die
200 besten Werbebotschafterinnen und Werbebotschafter.

201 **1.7 Die Häfen: Offene Tore zur Welt**

202 Die Häfen sind für Bremen und Bremerhaven und die maritime Wirtschaft nicht nur aus Tradition
203 eine feste Basis – gerade in Zeiten der Globalisierung ist ihr Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg
204 des Bundeslandes unverzichtbar. Nach wie vor sind die hafennahen Unternehmen an und hinter
205 den Kajen zusammengenommen der größte Arbeitgeber des Landes – rund ein Fünftel der ge-
206 samten bremischen Wertschöpfung findet in den Häfen statt. Das macht deutlich: Unsere Häfen
207 sind Basis und Motor der Wirtschaftsentwicklung sowie der des Arbeitsmarktes der gesamten
208 Region. Und so soll es bleiben. Wir stehen deshalb zur Funktion der bremischen Häfen als Uni-
209 versalhäfen: Sie werden auch künftig für den Umschlag der verschiedenen Güter offen stehen.
210 Wir setzen alles daran, die Leistungsfähigkeit der bremischen Häfen langfristig zu sichern.

211
212 Die Vertiefung von Außen- und Unterweser stellt für uns dabei eine notwendige Maßnahme zur
213 Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Häfen und der Hafenvirtschaft dar. Ge-
214 meinsam mit dem Bund und dem Land Niedersachsen setzen wir uns weiter intensiv für die er-
215 folgreiche Umsetzung der Planungen zur langfristigen Absicherung der notwendigen Fahrrinnen-
216 tiefen ein. Die Mittelweser spielt hinsichtlich der Verlagerung von Güterverkehren von der Stra-
217 ße auf Schiene und Wasser eine wichtige Rolle.

218 Gemeinsam mit der Wirtschaft wollen wir insbesondere die Potenziale von Gewerbeflächen an
219 seeschiffstiefem Wasser besser nutzen – und dafür die notwendigen Investitionen zur Verfügung
220 stellen.

221 Im Schulterschluss mit den anderen norddeutschen Bundesländern setzen wir uns darüber hin-
222 aus gegenüber dem Bund für die dringend notwendige Verbesserung der Hinterland-
223 Anbindungen ein. Dabei müssen auch kurzfristig umsetzbare Umfahrungsoptionen für den Bre-
224 mer Hauptbahnhof realisiert werden – nicht nur um bessere Bedingungen für den Güterverkehr
225 auf der Schiene zu schaffen, sondern auch, um die Lärmbelastung der Anwohnerinnen und An-
226 wohner entlang der Gleise zu reduzieren.

227
228 Die Position Bremerhavens als Kompetenzzentrum für Logistik werden wir durch die zügige Rea-
229 lisierung des Hafentunnels, durch die weitere bedarfsgerechte Erschließung des LogIn Ports und
230 durch die Erschließung weiterer logistischer Potenziale sichern und ausbauen. Zudem machen
231 wir uns für eine Umsetzung und Fortschreibung des „Masterplans Fischereihafen“ sowie für eine
232 Weiterentwicklung des Kreuzfahrtterminals und die Erschließung des Kreuzfahrttourismus durch
233 eine enge Verzahnung von Bremenports, Columbus Cruise Center und der Stadt Bremerhaven
234 stark.

235
236 Das Hafenkonzept 2020/25, das der Senat in enger Abstimmung mit den Akteuren der maritimen
237 Wirtschaft sowie Unternehmens- und Verbandsvertretern erarbeitet hat, beschreibt die zentra-

238 len Herausforderungen in der Entwicklung der bremischen Hafenlandschaft und ist unser Leitbild
 239 für die Weiterentwicklung der Hafeninfrastruktur als Voraussetzung für die lebenswichtige wirt-
 240 schaftliche Dynamik der Häfen im Land Bremen.

241

242 Der Bau des Offshore-Terminals Bremerhaven (OTB) ist dabei als wichtigstes Investitionsprojekt
 243 des Landes Bremen sowohl auf nationaler Ebene für das Erreichen der Ziele der Energiewende
 244 als auch für Bremerhaven als führendem europäischen Standort für die Herstellung von Offsho-
 245 re-Windenergieanlagen von herausragender Bedeutung.

246

247 Sämtliche Verkehrs- und Güterumschlagsprognosen weisen für die nächsten 15 Jahre erhebliche
 248 Wachstumsraten für alle norddeutschen Häfen auf. Vor diesem Hintergrund gilt es, die bremi-
 249 sche Hafeninfrastruktur, sowie die Leistungsfähigkeit des Straßen- und Schienennetzes den stei-
 250 genden Umschlagsvolumen entsprechend auszubauen und instand zu halten. Die bremische
 251 Beteiligung am Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven wird sich vor diesem Hintergrund als richtig
 252 erweisen. Seit Jahresbeginn 2015 zeigt sich dies schon durch weitere regelmäßige Anläufe inter-
 253 nationaler Linien- und Feederdienste, die für einen deutlichen Anstieg des Umschlagsvolumens
 254 des Tiefwasserhafens sorgen.

255

256 Als wichtige Stärkung der Hafenwirtschaft in der Stadt Bremen werden wir darüber hinaus die
 257 Verbreitung und Vertiefung des Industriefhafens zu Ende führen. Ein wichtiges Ziel bleibt zudem
 258 die generelle Verbesserung der Hafenanbindungen – dazu gehört auch ein schnelles, unbürokra-
 259 tisches Verfahren bei der Genehmigung von Schwerlasttransporten. Dies werden wir dauerhaft
 260 sicherstellen.

261

262 Verantwortung für die bremischen Häfen heißt für uns auch Verantwortung für die Menschen,
 263 die in den Häfen arbeiten sowie für Nachhaltigkeit, Klima- und Umweltschutz zu übernehmen.
 264 „Gute Arbeit für Frauen und Männer“ ist auch im Hafen nicht nur eine wichtige soziale Kompo-
 265 nente, sondern ist für die bremische Hafen- und Logistikwirtschaft zur langfristigen Sicherung
 266 des Fachkräftebedarfs ein wichtiger Wettbewerbs- und Standortfaktor. Und wir sind stolz darauf,
 267 dass die bremischen Häfen eine eigene Nachhaltigkeitsstrategie verfolgen, die bis 2025 zu einer
 268 höheren CO2-Effizienz führen soll und ambitionierte Zielmarken für ein nachhaltiges ökonomi-
 269 sches Wachstum und kontrollierte Ressourcenverbräuchen setzt.

270 **1.8 Verbraucherschutz**

271 Eine sozial gerechte und wirtschaftlich erfolgreiche Gesellschaft muss die Interessen der Konsu-
 272 mentinnen und Konsumenten und der Abnehmerinnen und Abnehmer im Blick haben. Unsere
 273 Politik ist dabei im besten Sinne tatsächlich parteiisch – auf der Seite der Verbraucher.

274 Gerade auch bei neuen Produkten, Technologien und Entwicklungen machen wir uns dafür stark,
 275 die Interessen der Konsumentinnen und Konsumenten systematisch mit einzubeziehen sowie
 276 mögliche Auswirkungen auf die Gesundheit zu prüfen.

277 Als einen Schritt auf diesem Weg haben wir in Bremen in der vergangenen Legislaturperiode
 278 eine Verbraucherschutzklausel eingeführt: Alle Gesetzes- und Verordnungsentwürfe werden
 279 seither systematisch auf ihre Auswirkungen auf die Verbraucherinnen und Verbraucher geprüft.
 280 Diese Regelung wollen wir fortsetzen, auf ihre Wirksamkeit untersuchen, gegebenenfalls verbes-
 281 sern und uns auch auf Bundesebene für die Einführung einer solchen Klausel stark machen.

282

283 Insbesondere in den Bereichen Lebensmittel und Ernährung, Kommunikation, Verbraucherrecht
 284 und Finanzen leistet die Verbraucherzentrale Bremen eine wichtige Arbeit für Verbraucherinnen
 285 und Verbraucher. Ihr Beratungsangebot ist für uns unverzichtbar.

286 Jede Konsumentin und jeder Konsument muss in die Lage versetzt werden, sich überhaupt für

287 oder gegen ein Produkt entscheiden zu können.
 288 Große Defizite sehen wir dabei etwa im Bereich der Finanzdienstleistungen, die oftmals komplex
 289 und undurchsichtig gestaltet sind. Um für Aufklärung zu sorgen, haben wir die Finanzberatung
 290 der Verbraucherzentrale in der Vergangenheit besonders unterstützt und werden dies auch wei-
 291 terhin tun. Denn wir wollen eine kompetente, unabhängige Beratung, damit sich die Menschen
 292 im Dickicht der Finanzdienstleistungen zurechtfinden und seriöse von unseriösen Angeboten
 293 unterscheiden können. Darüber hinaus machen wir uns weiterhin für klare Regelungen bei Kon-
 294 to-Überziehungszinsen stark: Es kann nicht sein, dass die Banken den Dispo-Zinssatz bislang qua-
 295 si frei bestimmen – und in die Höhe treiben können. Wo der Markt, wie in diesem Fall, versagt,
 296 müssen gesetzliche Regelungen für eine Deckelung sorgen.
 297 Klar ist: Wir werden die Arbeit der Verbraucherzentrale daher weiter finanziell absichern und
 298 zudem die Zusammenarbeit mit anderen Verbraucherorganisationen, wie etwa der Schuldner-
 299 oder Energieberatung, stärken. Darüber hinaus werden wir die Verbraucherzentrale dabei unter-
 300 stützen, ihre Strukturen auf neue Herausforderungen und weitere Zielgruppen einzustellen: Wir
 301 werden die Verbraucherzentrale daher dabei unterstützen auch Migrantinnen und Migranten
 302 sowie ältere und junge Menschen besser zu erreichen.

303
 304 Wir wollen, dass das auf Bundesebene von der SPD und im schwarz-roten Koalitionsvertrag be-
 305 schlossene Marktwächter-Konzept konsequent umgesetzt wird: Damit die Verbraucherzentralen
 306 in diesem Sinne als „Marktwächter“ fungieren, unlautere Praktiken aufspüren und an die Auf-
 307 sichtsbehörden melden können, muss eine ausreichende Finanzierung dieser Arbeit durch den
 308 Bund sichergestellt werden. Gerade in den für Konsumentinnen und Konsumenten schwer über-
 309 blickbaren Bereichen Finanzen und für die „digitale Welt“ wird ein derartiges Frühwarnsystem
 310 für kollektiv auftretende Verbraucherprobleme dringend benötigt.

311 Weiteren Handlungsbedarf auf Bundesebene sehen wir unter anderem im Bereich der Lebens-
 312 mittelsicherheit und -kennzeichnung, des Verbraucherdatenschutzes, sowie der Rechte von Ver-
 313 braucherinnen und Verbrauchern gegenüber Auskunftgebern: Unternehmen wie etwa die Schu-
 314 fa müssen den Grund für und die Inhalte ihrer personenbezogenen Einträge den jeweiligen Bür-
 315 gerinnen und Bürgern offenlegen. Zudem muss es beispielsweise bei unrichtigen oder unbe-
 316 gründeten Bewertungen der Bonität von Konsumentinnen und Konsumenten eine Wider-
 317 spruchsmöglichkeit für die jeweiligen Bürgerinnen und Bürger geben.

318 **2 Gute Arbeit für Bremen und Bremerhaven**

319 Arbeit bleibt eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Die Grundlage dafür ist
 320 ein qualifizierter Berufsabschluss. Deshalb wollen wir genau das möglich machen – für junge
 321 Leute durch eine Ausbildungsgarantie und durch eine Arbeitsmarktpolitik, die ganz klar auf Qua-
 322 lifizierungsmaßnahmen, die einen Berufsabschluss zum Ziel haben, ausgerichtet ist. Denn es geht
 323 uns eben nicht nur um Jobs, sondern um gute, lebenswerte Arbeit für alle.

324

325 **2.1 Ausbildungsgarantie – ein Recht auf Zukunft**

326 Ausbildung sichert Zukunft; ohne Berufsabschluss ist das Risiko, arbeitslos zu werden, groß. Wir
 327 wollen deshalb, dass in Bremen und Bremerhaven kein Jugendlicher und keine Jugendliche ohne
 328 Berufsausbildung bleibt. Zum Ausbildungsjahr 2015/2016 werden wir daher die Ausbildungsga-
 329 rantie einführen: Alle jungen Leute werden nach der Schule entweder ein Ausbildungsangebot
 330 oder ein weiterführendes Angebot mit dem Ziel einer Berufsausbildung erhalten. Garantiert!
 331 Alle Beratungs- und Unterstützungsangebote werden wir dazu gemeinsam mit der Agentur für
 332 Arbeit und dem JobCenter in Jugendberufsagenturen bündeln. Dort sollen die Fäden zusammen-
 333 laufen, um junge Menschen in Bremen und Bremerhaven direkt anzusprechen und Unterstüt-
 334 zung konkret auf ihre jeweiligen Bedürfnisse abzustimmen. Das Ziel dabei: Wir wollen eine kon-

335 kreative Begleitung beim Übergang von der Schule in den Beruf sicherstellen, damit keine Jugendliche
336 und kein Jugendlicher verloren geht.

337 **2.2 Ausbildung fördern – neue Wege ermöglichen**

338 Damit das duale System – also die Ausbildung in Schule und Betrieb – ein Erfolgsmodell bleibt, ist
339 zuallererst die Wirtschaft gefordert, genügend Ausbildungsplätze anzubieten. Wir wollen die
340 Zahl der ausbildenden Betriebe weiter erhöhen und die Berufsschulen mit ausreichend Personal
341 und Finanzmitteln ausstatten. Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Arbeitgeber-
342 verbänden, Kammern und den weiteren Partnern der „Bremer Vereinbarung für Ausbildung
343 und Fachkräftesicherung“ werden wir daher über das Jahr 2017 hinaus fortführen. Zudem wer-
344 den wir insbesondere die große Ausbildungsbereitschaft des Handwerks weiter unterstützen.
345 Auch indem wir prüfen, ob Betriebe, die ausbilden, bei der Auftragsvergabe besonders berück-
346 sichtigt werden können. Neben der betrieblichen Ausbildung werden wir aber auch die Ausbil-
347 dung an Fachschulen stärker in den Blick nehmen und für ein ausreichendes Angebot sorgen.
348 Um jungen Eltern und insbesondere Alleinerziehenden den Weg zum Berufsabschluss zu ermög-
349 lichen, sollen künftig mehr Teilzeitausbildungen zur Verfügung stehen. Zudem wollen wir die
350 Zahl der Ausbildungsabbrüche verringern – unter anderem dadurch, dass schon in der Berufsori-
351 entierung die Stärken, Schwächen und Neigungen der Jugendlichen stärker in den Blickpunkt
352 genommen werden. Außerdem wollen wir, dass schwächere Schulabsolventinnen und -
353 absolventen sowie Betriebe, die sie ausbilden, mehr Unterstützung erhalten. Auch Studienab-
354 brechern soll durch die Anerkennung von im Studium erbrachten Leistungen und eine bessere
355 Beratung in Zusammenarbeit mit den Hochschulen und Kammern der Übergang in eine Ausbil-
356 dung erleichtert werden. Die Chance zur Ausbildung und damit eine Berufsperspektive sollen
357 zudem auch junge Flüchtlinge erhalten.

358 **2.3 ... nach dem Abschluss und im Beruf: Weiterbildung!**

359 Wir wollen mehr berufliche Weiterbildung ermöglichen – auch an den Hochschulen. Unser Ziel
360 ist es die bislang geringe Quote derjenigen, die über den zweiten Bildungsweg ein Studium be-
361 ginnen, bis zum Ende der 19. Legislaturperiode zu verdoppeln. Wir setzen uns in diesem Zusam-
362 menhang dafür ein, dass die Universität und die Hochschulen in Bremen und Bremerhaven mehr
363 Studiengänge berufsbegleitend oder in Teilzeit anbieten, um besser auf die Bedürfnisse von an-
364 gehenden Studierenden einzugehen.
365 Darüber hinaus wollen wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dabei unterstützen, sich in-
366 nerhalb ihrer Berufe, etwa durch eine verbreiterte Inanspruchnahme des Bremer Bildungsur-
367 laubsgesetzes, weiterzubilden. Außerdem wollen wir berufliche Verbesserungen und Aufstiege
368 ermöglichen, beispielsweise durch ein Studium oder durch die Meisterprüfung.
369 Ein Weg, um die Weiterbildungsquote zu erhöhen, ist für uns ein Ausbau des Angebots von Lern-
370 zeitkonten in Betrieben und Verwaltungen. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen wol-
371 len wir bei der Einrichtung eines gemeinsamen Weiterbildungsfonds unterstützen.
372 Unser generelles Ziel ist es, insbesondere den Anteil von Teilzeitbeschäftigten, Leiharbeitnehme-
373 rinnen und Leiharbeitnehmern sowie gering Qualifizierten, an der betrieblichen Weiterbildung
374 zu erhöhen. Ein besonderes Augenmerk wollen wir in diesem Zusammenhang auch auf ältere
375 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer legen, um durch kontinuierliche Weiterbildung ihre
376 Chancen zu verbessern, bis zur Rente voll in ihrem Beruf arbeiten zu können.

377 **2.4 Arbeitsmarktförderung soll echte Chancen bieten**

378 Wir wollen mit unserer Arbeitsmarktpolitik verhindern, dass Menschen dauerhaft arbeitslos
379 werden und gleichzeitig Langzeitarbeitslosen die Rückkehr in den Arbeitsmarkt ermöglichen.
380 Dafür werden wir auch in der nächsten Legislaturperiode Landesmittel zur Verfügung stellen und

381 die unterschiedlichen Herausforderungen, vor denen wir etwa in Bremen-Nord und Bremer-
 382 haven stehen, im Blick behalten.

383 Fakt ist: Ohne Berufsabschluss ist das Arbeitslosigkeitsrisiko und damit die Gefahr in Armut abzu-
 384 rutschen groß. Wir werden daher die Instrumente der Arbeitsmarktförderung, insbesondere für
 385 junge Erwachsene, vor allem auf abschlussbezogene Qualifizierungsmaßnahmen ausrichten. Für
 386 Menschen, die aufgrund langer Arbeitslosigkeit, ihrer sozialen Situation oder aufgrund gesund-
 387 heitlicher Probleme mittelfristig nicht auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß fassen können, brauchen
 388 wir darüber hinaus Angebote, die sozialintegrativ ausgerichtet sind und den späteren Einstieg in
 389 arbeitsfördernde oder berufsqualifizierende Maßnahmen vorbereiten. Wir werden dabei insbe-
 390 sondere in den Stadt- und Ortsteilen, in denen der Bedarf am größten ist, Projekte, die mit Mit-
 391 teln der öffentlich geförderten Beschäftigung (ögB) finanziert werden, fortsetzen und sie ver-
 392 stärkt an diesen Zielen ausrichten. Da die alte Bundesregierung den Ländern und Kommunen
 393 viele Möglichkeiten genommen hat, für diese Personengruppen Beschäftigungsmöglichkeiten zu
 394 schaffen, werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Aktivierung passiver Leis-
 395 tungen (ALG II und kommunaler Leistungen) zur Finanzierung von sozialversicherungspflichtiger,
 396 nach Mindestlohn bezahlter Beschäftigung möglich wird. Konkret: Wir setzen uns für einen Aus-
 397 bau öffentlich geförderte Beschäftigung – und das auch bei privaten Arbeitgebern – ein, um auf
 398 diese Weise mehr Nähe zum ersten Arbeitsmarkt herzustellen und den Beschäftigten eine lang-
 399 fristige Perspektive zu bieten. Selbstverständlich muss dabei sichergestellt werden, dass dadurch
 400 keine Mitnahmeeffekte entstehen.

401 Auf Bundesebene werden wir uns zudem dafür einsetzen, alle Instrumente der Arbeitsförderung
 402 mit Qualifizierungsmaßnahmen zu verbinden. Der bisherige Ausschluss von „Qualifizierung und
 403 Arbeitsgelegenheiten“ ist Unsinn und zu beenden. Ebenso ist das künstliche Konstrukt der
 404 Höchstförderdauer von „24 Monaten in fünf Jahren“ zu beseitigen.

405 Die Erfahrungen aus anderen Bundesländern zeigen, dass eine bessere Beratung den Erfolg bei
 406 der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen erhöht. Wir werden daher die Erfahrungen aus der
 407 Joboffensive auswerten und dauerhaft einen besseren Betreuungsschlüssel sicherstellen. Zur
 408 besseren Integration von langzeitarbeitslosen Menschen wollen wir auch verstärkt die private
 409 Wirtschaft einbeziehen. Vorbild kann dabei die Bremer Vereinbarung zur Ausbildung sein.

410 Die Kurzarbeit hat sich als Instrument zur Arbeitsplatzsicherung bewährt. Wir setzen uns weiter
 411 dafür ein, dass es erhalten bleibt und die Dauer der Inanspruchnahme auch in Zukunft bei Bedarf
 412 angepasst werden kann. Dort, wo es möglich ist, sollen Zeiten der Kurzarbeit für Qualifizie-
 413 rungsmaßnahmen der Beschäftigten genutzt werden.

414 **2.5 Fachkräfte sichern und gewinnen**

415 Ein starker Wirtschaftsstandort braucht qualifizierte und motivierte Arbeitnehmerinnen und
 416 Arbeitnehmer. Hier ist zu allererst die Wirtschaft gefordert. Um langfristig die Sicherung mit
 417 Fachkräften in Bremen und Bremerhaven zu gewährleisten, werden wir in Zusammenarbeit mit
 418 der Wirtschaft eine ressortübergreifende Strategie entwickeln und umsetzen. Dazu gehören die
 419 Erhöhung der Erwerbsbeteiligung sowie die Verbesserung von Ausbildung und Qualifizierung
 420 genauso, wie die Gewinnung von auswärtigen Fachkräften durch einen attraktives Umfeld, hohe
 421 Lebensqualität und gute Arbeitsbedingungen.

422 Menschen, die zwar bislang keine Berufsausbildung dafür aber langjährige berufliche Erfahrung
 423 haben, sollen durch eine Ausweitung der externen Prüfungen mehr Möglichkeiten erhalten ei-
 424 nen „echten“ Berufsabschluss zu erlangen. Zudem werden wir zusätzliche Möglichkeiten schaf-
 425 fen, für einen Abschluss fehlende Qualifikationen nachzuholen.

426 Parallel dazu werden wir auch die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen erleich-
 427 tern, die Beratung dazu weiter verbessern und darüber hinaus berufsbezogene sowie Sprachkur-
 428 se im Betrieb besser fördern.

429 Gemeinsam mit Betrieben und Gewerkschaften wollen wir außerdem Strategien zum alters- und
 430 alternsgerechten Arbeiten entwickeln und dafür sorgen, dass auch ältere Arbeitnehmer und Ar-
 431 beitnehmerinnen durch einen besseren Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz bis zur Rente er-
 432 werbsfähig bleiben können. Dies gilt insbesondere für körperlich und psychisch besonders belas-
 433 tende Berufe.

434 **2.6 Zugang zum Arbeitsmarkt – Für alle!**

435 Wir wollen einen diskriminierungsfreien Zugang zum Arbeitsmarkt für alle Menschen. Unabhän-
 436 gig von Geschlecht, Herkunft, Aufenthaltsstatus und -titel, für Menschen mit und ohne Behinde-
 437 rung. Wir begrüßen daher, dass die Möglichkeit eine Arbeit aufzunehmen für Asylbewerberin-
 438 nen, Asylbewerber und geduldete Flüchtlinge erleichtert wurde. Darüber hinaus fordern wir al-
 439 lerdings weitere Verbesserungen und eine Abschaffung der sogenannten Vorrangprüfung, der
 440 zufolge ein Arbeitgeber einen Bewerber aus Nicht-EU-Ländern nur einstellen darf, wenn er be-
 441 wiesen hat, dass ein deutscher Bewerber nicht ebenfalls für die Stelle geeignet ist. Wir werden
 442 Flüchtlinge und Asylsuchende bei der Arbeitssuche unterstützen, indem wir schon während der
 443 Wartezeit ihre Sprachkenntnisse und beruflichen Qualifikationen prüfen und ihnen entspre-
 444 chende Angebote zur Nachqualifizierung machen.
 445 Zudem werden wir prüfen, ob die Chancen von Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeits-
 446 markt durch das anonymisierte Bewerbungsverfahren erhöht werden können. Das entsprechen-
 447 de Modellprojekt werden wir auswerten und, falls es erfolgreich ist, bei öffentlichen Stellenaus-
 448 schreibungen zur Regel machen.

449 **2.7 Arbeitsmarktpolitik & Wirtschaftsförderung**

450 Die erfolgreiche Verzahnung von Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftsförderung werden wir fort-
 451 setzen: Vorrangiges Kriterium von Förderentscheidungen bleibt die Schaffung und der Erhalt von
 452 sozialversicherungspflichtigen Arbeits- und Ausbildungsplätzen.
 453 In der vergangenen Legislaturperiode haben wir die Wirtschaftsförderung mit dem Ziel der Gu-
 454 ten Arbeit verknüpft, indem wir unter anderem sichergestellt haben, dass mit bremischem Geld
 455 keine Leiharbeitsplätze mehr gefördert werden und im Rahmen der Bestandspflege Unterneh-
 456 men gezielt beraten werden, wie sie Gute Arbeit in ihrem Betrieb besser umsetzen können. Wir
 457 werden jetzt prüfen, ob die eingeführten Kriterien wirksam sind – und sie gegebenenfalls wei-
 458 terentwickeln. Ein besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die Begrenzung der Leiharbeit.
 459 Um Frauen auf dem Arbeitsmarkt noch gezielter zu fördern und unsere Forderung nach Entgelt-
 460 gleichheit zu unterstützen, werden wir verschiedene Maßnahmen auf den Weg bringen. (siehe
 461 dazu: 6.1 „Frauen fördern!“)

462 **2.8 Gute Arbeit braucht Unterstützung und klare Regeln**

463 Die SPD ist die Partei der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir werden uns für die Verbes-
 464 serung ihrer Rechte einsetzen und die betriebliche Mitbestimmung als eine elementare Säule
 465 unseres erfolgreichen Wirtschaftssystems stärken. Wir wissen dabei um die bedeutende Rolle
 466 der Gewerkschaften – deshalb werden wir darauf achten, dass öffentliche Gelder möglichst dort
 467 eingesetzt werden, wo Tarifverträge abgeschlossen wurden. Wir bekennen uns weiterhin zum so
 468 genannten Normalarbeitsverhältnis, das nicht nur eine existenzsichernde Bezahlung, sondern
 469 auch eine Absicherung bei Arbeitslosigkeit und im Alter gewährleistet. So genannte atypische
 470 Beschäftigungsverhältnisse wollen wir weiter zurückdrängen, indem wir uns auf Bundesebene
 471 für die Abschaffung der sogenannten Mini-Jobs einsetzen, Leiharbeit beschränken und den
 472 Missbrauch von Werkverträgen bekämpfen. Im Bereich des öffentlichen Dienstes soll es gering-
 473 fügige Beschäftigung nur in Ausnahmefällen geben, soweit es die Aufgabenerfüllung erfordert.
 474 Wir werden auch weiterhin im öffentlichen Dienst auf sachgrundlose Befristungen verzichten

475 und uns dafür einsetzen, diese Beschäftigungsverhältnisse auf Bundesebene abzuschaffen. Dar-
 476 über hinaus wollen wir, wo möglich, auch auf Befristungen mit Sachgrund verzichten.
 477 Die Arbeitnehmerkammer leistet mit ihren Beratungen, aber auch durch ihre wissenschaftliche
 478 Arbeit, einen wesentlichen Beitrag für eine zukunftsfähige Arbeitsgesellschaft in Bremen und
 479 Bremerhaven. Sie bleibt für uns daher ein unverzichtbarer Teil der Wirtschafts- und Sozialverfas-
 480 sung des Landes Bremen.
 481 Internationale Abkommen, die die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beein-
 482 trächtigen, lehnen wir ab.
 483 Auch einer weiteren Ausweitung der Ladenöffnungszeiten erteilen wir eine Absage: Der Sonntag
 484 darf nicht zum Regelarbeitstag werden. Wo Sonn- und Feiertagsarbeit unverzichtbar ist, muss sie
 485 durch Zuschläge besser bezahlt werden.
 486 Wir werden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer weiter fördern. Ne-
 487 ben einem ausreichenden Angebot an Kinderbetreuung – auch durch die Unterstützung be-
 488 triebnaher Kinderbetreuung – werden wir Betriebe bei der Entwicklung und Umsetzung fami-
 489 liengerechter Arbeits- und Arbeitszeitstrukturen unterstützen.
 490 Schwangerschaft ist keine Krankheit! Frauen können daher ihren Beruf – soweit gesundheitlich
 491 möglich – auch während der Schwangerschaft ausüben: Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber wer-
 492 den wir daher dazu anhalten, entsprechende schwangerengerechte Arbeitsplätze bereitzustel-
 493 len. Für uns ist klar: Schwangerschaft darf nicht per se das berufliche Aus bedeuten. Diese Ent-
 494 wicklung hat sich allerdings spürbar verstärkt, seit alle Unternehmen eine Umlage zahlen, aus
 495 der Schwangere bei Beschäftigungsverboten volle Lohnfortzahlung erhalten, ohne dass ihre Be-
 496 triebe dadurch belastet werden. Wir werden daher der zunehmenden Tendenz, dass Unterneh-
 497 men Schwangere aktiv dazu bewegen, sich ein ärztliches Beschäftigungsverbot ausstellen zu
 498 lassen, um so Ausgaben für schwangerengerechte Arbeitsplätze und Lohnkosten zu sparen, ent-
 499 gegentreten.
 500

501 **2.9 Arbeit hat Grenzen**

502 Durch die zunehmende Digitalisierung ist heute eine flexiblere Arbeitszeitgestaltung möglich.
 503 Dies bietet Chancen, etwa für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auf der anderen
 504 Seite darf dies für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer allerdings keinen Zwang zur permanen-
 505 ten Verfügbarkeit zur Folge haben. Wir meinen: Freizeit muss Freizeit bleiben. Wir werden uns
 506 daher auf Bundesebene für klare Regelungen einsetzen, die den Umgang mit dienstlichen E-
 507 Mails außerhalb der Kernarbeitszeiten und im Urlaub auf absolute Ausnahmefälle beschränken.
 508 Darüber hinaus wollen wir die Sensibilität für das Thema Datenschutz in der Arbeitswelt erhö-
 509 hen. Betriebliche Datenschutzbeauftragte sind zwar gesetzlich vorgeschrieben, daran halten sich
 510 aber leider nicht alle Unternehmen. Wir werden prüfen, wie die Information für Arbeitnehme-
 511 rinnenvertreter und Arbeitnehmervertreter und Unternehmen verbessert werden kann und ob
 512 weitere gesetzliche Regelungen zum Datenschutz am Arbeitsplatz notwendig sind.

513 **2.10 Dumpinglöhne und prekäre Beschäftigung bekämpfen**

514 Wir werden weiter gegen Dumpinglöhne kämpfen und sind stolz darauf, dass wir in Bremen das
 515 erste Landesmindestlohngesetz in Deutschland eingeführt haben. An diesem Gesetz werden wir
 516 so lange festhalten, bis die bundesweiten Mindestlohnregelungen mindestens dessen Standard
 517 erreichen.
 518 Bereits 2009 haben wir klare Bedingungen im Bremer Tariftreue- und Vergabegesetz festgelegt:
 519 Unternehmen, die öffentliche Aufträge erhalten wollen, müssen seither nicht nur Tariflohn oder
 520 ‚mindestens Mindestlohn‘ zahlen, sondern auch ökologische und soziale Standards erfüllen. In
 521 der nächsten Legislaturperiode werden wir eine weitere Ausweitung dieser Regelungen insbe-
 522 sondere auch auf den Sozial- und Gesundheitssektor prüfen und zudem die Kontrolle der Verga-

523 ben nach dem Tariftreue- und Vergabegesetzes deutlich erhöhen. Wo eine Ausweitung des Ge-
 524 setzes rechtlich nicht möglich ist, wollen wir die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen
 525 fördern. Dass sich in Bremen 13 Pflege-Anbieter zusammengeschlossen haben, um mit der Ge-
 526 werkschaft Ver.di einen einheitlichen Tarifvertrag abzuschließen, ist ein erster Schritt, der dazu
 527 beitragen wird, dass der Wettbewerb in der Pflege zukünftig statt über den Preis mehr über die
 528 Qualität ausgetragen wird. Wir werden die Tarifpartner dabei unterstützen, auch für den übrigen
 529 Sozialbereich einen einheitlichen Tarifvertrag zu realisieren.
 530 Der Einzelhandel und das Hotel- und Gaststättengewerbe sind Branchen mit geringer Tarifbin-
 531 dung und oft schwierigen Arbeitsbedingungen. Hier wollen wir uns im Rahmen von sogenannten
 532 Branchendialogen gemeinsam mit Gewerkschaften und Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern für
 533 eine Verbesserung der Situation der Beschäftigten stark machen.
 534 Scheinselbstständigkeit wollen wir bekämpfen, indem die Genehmigungsbehörden für die Zulas-
 535 sung von Ein-Personen-Betrieben ihre Kontrollen verschärfen.

536 **2.11 Gute Arbeit: Wer Rechte hat, muss sie auch kennen**

537 Zur Durchsetzung von Standards guter Arbeit und zur Bekämpfung von Schwarzarbeit wollen wir
 538 in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und der Arbeitnehmerkammer eine Hotline einrichten,
 539 um die Bekanntheit und Durchsetzung von Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechten, etwa
 540 beim Mindestlohn oder bei Mini-Jobs, zu erhöhen. Telefonische Beschwerden über mögliche
 541 Verstöße sollen eine unmittelbare Prüfung auslösen.
 542 Darüber hinaus richten wir eine Beratungsstelle für mobile europäische Arbeitnehmerinnen und
 543 Arbeitnehmer ein. Diese Beratung hilft Scheinwerkverträge und Scheinselbstständigkeit aufzu-
 544 decken. Die Beratungsstelle soll eng mit den Behörden, der Arbeitsverwaltung und den Tarif-
 545 partnern zusammenarbeiten.

546
547

548 **2.12 Arbeitnehmerrechte sind keine Glaubensfrage!**

549 Ob in der Kita, in der Altenpflege oder in der Sozialarbeit: Beschäftigte, deren Arbeitgeber Kirche
 550 heißt, unterliegen einer Vielzahl arbeitsrechtlicher Sonderregelungen. Unsere Forderung ist da-
 551 bei klar: Wir wollen kein „Zwei-Klassen-Arbeitsrecht“. Deshalb werden wir auf Grundlage der
 552 bestehenden staatskirchenrechtlichen Verträge unsere Gespräche mit den christlichen Kirchen
 553 und Wohlfahrtsverbänden mit Nachdruck fortsetzen. Ziel dabei ist es, die arbeitsrechtliche Situa-
 554 tion kirchlicher Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, insbesondere in nicht verkündungsnahen
 555 Bereichen, an die außerhalb der kirchlichen Einflussphäre geltenden arbeitsrechtlichen Bedin-
 556 gungen anzugleichen. Wir wollen, dass der erfolgreich in Niedersachsen zwischen Diakonie und
 557 Gewerkschaft Ver.di eingeschlagene Weg der Tarifverträge auch in der Stadt Bremen gegangen
 558 wird – so wie er heute bereits in Bremerhaven gilt.

559 **3 Gute Bildung für alle**

560 Bildung ist der Schlüssel zu einem aktiven und selbstbestimmten Leben, zu Teilhabe an der Ge-
 561 sellschaft, zu guter Arbeit und nicht zuletzt zur Bekämpfung von Armut. Wir wollen nicht, dass
 562 der Geldbeutel, die Herkunft oder der kulturelle Hintergrund der Eltern bestimmt, wie gut oder
 563 schlecht Kinder die Schule meistern.
 564 Durch Armut sinken die Bildungschancen – durch schlechte Schulbildung steigt das Armutsrisiko:
 565 Lernen ist und bleibt daher eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Le-
 566 ben, denn Bildung eröffnet den Zugang zum Beruf.
 567 Wir haben in Bremen mit der Schulreform ein gerechteres Bildungssystem geschaffen. Wir ste-
 568 hen zum Bildungskonsens. Dadurch ermöglichen wir es unseren Kindern, auf verschiedenen We-
 569 gen und in einem unterschiedlichen Tempo einen höchstmöglichen Bildungsabschluss zu errei-

570 chen. Wir wollen die Leistungsfähigkeit aller Schülerinnen und Schüler stärken. Auch in Zukunft
 571 sollen alle Schülerinnen und Schüler an Oberschulen oder Gymnasien in unterschiedlichem Tem-
 572 po das Abitur erlangen können: an Gymnasien nach acht Jahren, an Oberschulen nach acht oder
 573 nach neun Jahren

574 Schule darf nicht ausgrenzen, sondern sie muss allen Schülerinnen und Schülern verschiedene
 575 Wege zum Ziel ermöglichen. Deshalb setzen wir uns für ein längeres, gemeinsames Lernen ein
 576 Wir stehen für eine demokratische Schule, die die Vielfalt unserer Gesellschaft mitgestaltet.
 577 Kinder aus Familien, die seit Generationen an der Weser leben, Kinder mit ausländischen Wur-
 578 zeln, Kinder mit und ohne Behinderungen – sie alle sollen gemeinsam lernen und dabei je nach
 579 ihren Fähigkeiten gefördert werden, um ihre Stärken auszubilden und um einen bestmöglichen
 580 Bildungserfolg zu erreichen. Unser Ziel ist, dass alle Kinder in Bremen bessere Bildungschancen
 581 bekommen. Bei dieser Herausforderung setzen wir auch auf die Eltern, denn klar ist: Bildung
 582 muss auch zu Hause gefördert werden, Damit alle Eltern diese Aufgabe meistern können, wer-
 583 den wir verstärkt elternunterstützende Angebote machen.
 584

585 **3.1 Schule besser machen: Qualitätssicherung und -entwicklung**

586 Zur weiteren Steigerung der Unterrichtsqualität, sollen künftig die Ergebnisse der Bildungsfor-
 587 schung, von Lernstanderhebungen besser genutzt werden können. Wir wollen auch die Lehre-
 588 rinnen und Lehrer selbst in die Lage versetzen, die Ergebnisse konkret für die Verbesserung des
 589 eigenen Unterrichts auswerten zu können. Auch das System der internen Überprüfung und Be-
 590 wertung des Unterrichts werden wir dazu weiter ausbauen – unter anderem in dem wir Schüle-
 591 rinnen und Schülern sowie Eltern die Möglichkeit geben, selbst konkrete Rückmeldungen zu ge-
 592 ben, damit die Schulen den Unterricht verbessern können. Damit auch jungen Lehrerinnen und
 593 Lehrern dies von Anfang an gelingt, werden wir eine gezielte Berufseinstiegsbegleitung einfüh-
 594 ren und ein Personalentwicklungskonzept für unsere Lehrkräfte entwickeln. Durch ein verbindli-
 595 ches Gesundheitsmanagement an den Schulen wollen wir darüber hinaus sicherstellen, dass die
 596 Lehrerinnen und Lehrer körperlich und seelisch gesund bleiben.
 597 Um die Unterrichtsqualität weiter zu steigern, wollen wir den Schulen mehr Gestaltungsmöglich-
 598 keiten geben, damit sie ihre pädagogische Kompetenz noch besser einbringen und für ihre
 599 Schulentwicklung nutzen können. Dazu gehört auch, die Strukturen zu vertiefen, die Eigenständ-
 600 igkeit der Schulen zu stärken.

601 **3.2 Inhalte und Profile statt Konkurrenz**

602 In den Grundschulen werden wir die Voraussetzungen für individuelles, entwicklungsorientiertes
 603 Lernen unterstützen und ausweiten. Den Übergang vom Kindergarten in die Schule wollen wir
 604 eng verbinden und die Chancen der frühen Bildung stärker nutzen. Ein gemeinsamer Bildungs-
 605 plan für den Kindergarten und die Grundschule soll die Kontinuität in der Lernentwicklung der
 606 Kinder sicherstellen.
 607 Durch attraktive Profile wollen wir die Oberschulen weiter stärken. Statt dabei Konkurrenz zwi-
 608 schen Schulen zu fördern, setzen wir auf Kooperationen: In den Regionen sollen sich die Angebo-
 609 te der einzelnen Schulen ergänzen, um so ein umfassendes Bildungsangebot zu schaffen. In den
 610 Oberstufen wollen wir ein möglichst breites Profilangebot schaffen, um so zu erreichen, dass
 611 noch mehr junge Menschen ihre ganz unterschiedlichen Stärken nutzen können, um einen Hoch-
 612 schulzugang zu erwerben oder eine Berufsausbildung zu beginnen.
 613 Auch musikalische, künstlerische und sportliche Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler
 614 wollen wir im Sinne einer ganzheitlichen Persönlichkeitsentwicklung fördern und auf diese Weise
 615 alternative Zugänge zu besseren Bildungsabschlüssen ermöglichen. Wir werden daher die Ko-
 616 operationen zwischen den Schulen den Einrichtungen und Vereinen im kulturellen und sportli-
 617 chen Bereich stärken und die vielfältigen Initiativen in die Strukturen der Schulen einbinden.

618 Ziel einer demokratischen Schule sind in erster Linie mündige Schülerinnen und Schüler, die in
 619 der Lage sind, sich selbst eine Meinung zu bilden und sich an der Demokratie zu beteiligen.
 620 Die politische Bildung und konkrete Möglichkeiten der Beteiligung in schulischen Gremien wer-
 621 den wir von Anfang an stärken, um so Einstellungen und Haltungen gegen Ausgrenzung und für
 622 sozialen Zusammenhalt zu fördern.
 623 Wir wollen deshalb, dass politische Themen an den Schulen künftig eine größere Rolle spielen
 624 und die Zusammenarbeit mit Einrichtungen der politischen Bildung ausbauen. Zudem wollen wir
 625 auch das Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge erhöhen, indem wir entsprechende
 626 Themen stärker in den Unterricht einfließen lassen.

627 **3.3 Ganztagschule: Länger gemeinsam lernen**

628 Ganztagsangebote erhöhen nicht nur die Bildungschancen, sondern sorgen auch für eine bessere
 629 Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ein längeres gemeinsames Lernen sorgt für mehr Bildungs-
 630 gerechtigkeit und ermöglicht eine bessere Förderung vieler Schülerinnen und Schüler. Deshalb
 631 setzen wir uns in der kommenden Legislaturperiode für eine flächendeckende Entwicklung von
 632 Ganztagschulen im Grundschulbereich ein. Auch für die Schulen des Sekundarbereichs und für
 633 die Gymnasien wollen wir in Stadtteilen mit besonderem sozialen Bedarf einen weiteren Ausbau
 634 der Ganztagsangebote.
 635 Mehr Zeit zum Lernen und für die Lernbegleitung muss gerade für benachteiligte Kinder und
 636 Jugendliche zur Verfügung gestellt werden. Auch deshalb machen wir uns dafür stark, dass die
 637 Schulen in angemessenem Rahmen mit Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern sowie Sozialpä-
 638 dagoginnen und Sozialpädagogen ausgestattet werden, um auf besondere soziale Herausforde-
 639 rungen besser eingehen zu können.

640 **3.4 Sprache bedeutet Teilhabe**

641 Sprache bedeutet Teilhabe – wir setzen deshalb auf eine systematische Sprachbildung angefan-
 642 gen vom Elementarbereich bis in die Oberstufe und die berufsbildenden Schulen. Dazu werden
 643 wir die Sprachbildung durch zusätzliche Angebote ergänzen aber vor allem auch generell im
 644 „normalen“ Unterricht aller Fächer verankern. Wir werden die Bildungsangebote besser mitei-
 645 nander verbinden und künftig soll die individuelle Lernentwicklung konsequent dokumentiert
 646 werden. Dafür wird ein durchgängiges Sprachbildungskonzept für die Schulen sowie für berufs-
 647 begleitenden Sprachunterricht in der beruflichen Bildung entwickelt.
 648 Alle Kinder und Jugendlichen sollen trotz (noch) bestehender Sprachbarrieren, dem Unterricht
 649 folgen können. Deshalb werden wir nicht nur die Sprachbildung vertiefen und ausweiten, son-
 650 dern auch den muttersprachlichen Unterricht sowie die Mehrsprachigkeit fördern. Auf der Basis
 651 des Entwicklungsplans „Migration und Bildung“ wollen wir zudem die interkulturelle Kompetenz
 652 der Lehrkräfte stärken und die Eltern besser einbinden und beteiligen.
 653 Für den in den kommenden Jahren weiterhin zu erwartenden Zuzug von Flüchtlingen und Men-
 654 schen aus dem europäischen Raum müssen wir spezielle Unterstützungs- und Förderangebote
 655 bereithalten, um ihnen gute Bildung zu ermöglichen. Wir brauchen dazu mehr schulische Vor-
 656 kurse sowie spezielle Förderung im Regelunterricht und bei der beruflichen Integration. Sozial-
 657 pädagogische Unterstützung soll gewährleisten, dass die besondere Belastungssituation von
 658 Flüchtlingen aufgefangen wird.

659 **3.5 Dazugehören? In Bremen inklusive!**

660 Bremen ist heute deutschlandweit führend im Bereich der schulischen Inklusion.
 661 Darauf sind wir stolz, denn das gemeinsame Lernen und Arbeiten von Menschen unabhängig von
 662 Fähigkeiten und Eigenschaften, ihrer geografischen und kulturellen Herkunft, ihrer Erstsprache,
 663 Religion oder einer Beeinträchtigung muss zu einer gesellschaftlichen Selbstverständlichkeit
 664 werden. Wir waren die ersten, die sich konsequent mit dem Thema befasst haben – und muss-

665 ten dadurch viel lernen. Für Schülerinnen und Schüler mit stärkeren Verhaltensproblemen benö-
 666 tigen wir außerhalb des Regelunterrichts zeitweise pädagogisch-praktische Angebote. Dies kann
 667 ihr Verhalten stabilisieren und eine Beschulung im Regelunterricht wieder möglich machen
 668

669 Wir übersetzen den Begriff Inklusion mit Zugehörigkeit und der Wertschätzung von Vielfalt.
 670 Grundsätzlich sollen daher alle Begabungen und alle Schülerinnen und Schüler ihren Möglichkei-
 671 ten entsprechend angemessen gefördert und gefordert werden. Dazu gehören auch die Förde-
 672 rungen besonderer Begabungen und von Hochbegabungen. Die individuelle Entwicklung der
 673 Schülerinnen und Schüler muss im Mittelpunkt des Unterrichts stehen. Damit dies gelingt, wol-
 674 len wir die Unterstützungseinrichtungen für die Schulen, die Zentren für unterstützende Pädago-
 675 gik (ZuP) und die Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren (ReBuZ) stärken und weiter
 676 ausbauen.

677 Den Inklusionsprozess wollen wir durch konkrete Maßnahmen an den Schulen weiter verfesti-
 678 gen. Dazu gehört auch ein Ausbau der entsprechenden Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte.
 679 Um ihnen die Teilnahme daran zu ermöglichen, sollen sie in den Schulen entsprechend entlastet
 680 werden. Der Inklusionsprozess muss zudem durch angemessene Ressourcen ermöglicht und
 681 gesichert werden. Über ihren Einsatz sollen die Schulen entsprechend der jeweiligen Ausgangs-
 682 lage ihrer Schülerinnen und Schüler selbst entscheiden.

683 Die bisherige Feststellungsdiagnostik zur Ermittlung von besonderem Förderbedarf werden wir
 684 bis 2018 abschaffen und stattdessen konkrete Pläne für die Lernbegleitung für Schülerinnen und
 685 Schüler erstellen. Dabei soll eine individuelle, an die jeweiligen Bedürfnisse angepasste Förde-
 686 rung sichergestellt werden, ohne Kinder mit Beeinträchtigungen zu stigmatisieren.

687 Die Grundlagen für die Umsetzung der Inklusion in den Schulen wollen wir schon im Lehramts-
 688 studium fest verankern: Durch entsprechende Lehrinhalte sollen Lehramtsstudierende befähigt
 689 werden, an allen Schulformen inklusiv zu arbeiten. Inklusion, Deutsch als Zweitsprache, Interkul-
 690 turalität sowie der Umgang mit Heterogenität sollen daher als verbindliche Ausbildungsbestand-
 691 teile in allen Lehramtsstudiengängen umgesetzt werden. Außerdem soll innerhalb der sonder-
 692 pädagogischen Lehramtsausbildung auch das Studium eines Unterrichtsfaches für das Lehramt
 693 an Gymnasien und Oberschulen verbindlich sein. Darüber hinaus gehören breite Praxiserfahrun-
 694 gen zu einer guten Lehramtsausbildung. Auch die Lehre an der Universität wollen wir in diesem
 695 Sinne und im Interesse der Lehramtsstudierenden berufsbezogener ausrichten.

696 **3.6 Medienbildung in der Schule**

697 Surfen, Kurznachrichten und Videoportale: Digitale Medien prägen die Lebenswelt junger Men-
 698 schen. Das Lehren und Lernen mit digitalen Medien sowie die Förderung der Medienkompetenz
 699 gehören für uns daher zum Bildungsauftrag und zur Weiterentwicklung der Bremer Schulen.
 700 Denn Medienkompetenz ist eine Grundvoraussetzung, um selbstbestimmt und selbstbewusst
 701 die Chancen der neuen Angebote nutzen und ihre Risiken einschätzen zu können. Um Kinder und
 702 Jugendliche dabei zu unterstützen und um ihnen buchstäblich Anschluss zu ermöglichen, wollen
 703 wir die Schulen besser mit Medien ausstatten. Nur so kann einer drohenden digitalen Spaltung
 704 der Gesellschaft entgegengewirkt werden. Denn trotz der intensiven Nutzung von Computern
 705 und Internet im privaten Bereich, fehlt es Kindern und Jugendlichen an Medienkompetenz für
 706 die positive Entwicklung ihrer Rolle in der Gesellschaft, persönlich und beruflich. Wir wollen des-
 707 halb die weiterführenden Bremer Schulen flächendeckend mit WLAN und einer sogenannten
 708 Bildungscloud, in der unter anderem Lern- und Lehrinhalte abgelegt werden können, ausstatten.
 709 Das Ziel dabei ist, die Erziehung zu einem verantwortungsbewussten und kompetenten Umgang
 710 mit Computern und dem Internet direkt im Klassenzimmer zu ermöglichen. Die Beschäftigung
 711 mit Medien als Lernwerkzeug und Unterrichtsgegenstand unterstützt zudem das individualisierte
 712 Lernen. Davon profitieren alle Schülerinnen und Schüler – nicht nur in der Schule, sondern auch
 713 beim lebenslangen Lernen.

714

715 **3.7 Berufliche (Weiter)Bildung stärken**

716 Berufliche Bildung und ihr Herzstück, das duale Ausbildungssystem, sind der Garant unserer
 717 wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, das Rückgrat unseres Fachkräftenachwuchses, die beste Ver-
 718 sicherung gegen Jugendarbeitslosigkeit und die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben. Dies gilt
 719 besonders für den Wirtschaftsstandort Bremen. Dafür stehen unsere gut ausgebildeten Fach-
 720 kräfte in Fertigung, Handwerk, Dienstleistung und Verwaltung.

721 Berufliche Bildung hat für uns einen gleichberechtigten Platz in einem Bildungssystem, das Chan-
 722 cengleichheit, Durchlässigkeit und individuelle Entwicklungsmöglichkeiten möglich macht. Wir
 723 wollen die berufliche Bildung und ihren Kern, die duale Berufsausbildung, in Bremen und Bre-
 724 merhaven gemeinsam mit den Sozialpartnern und Kammern stärken. Dabei setzen wir auf unse-
 725 re berufsbildenden Schulen. Sie übernehmen als Partner im dualen Ausbildungssystem, als Trä-
 726 ger schulischer Ausbildungen aber auch als Ort, der auf Ausbildung vorbereitet, eine zentrale
 727 Rolle. Guter Berufsschulunterricht in modernen Werkstätten und die Kooperation mit den Be-
 728 trieben ermöglichen einen zeitgemäßen Praxisunterricht. Wir werden deshalb die Entwicklung
 729 unserer berufsbildenden Schulen zu Regionalen Bildungszentren fortsetzen und einen Plan zur
 730 Weiterentwicklung der Beruflichen Schulen vorlegen, um die Leistungsfähigkeit der beruflichen
 731 Bildung zu stärken.

732 Mit der Ausbildungsgarantie werden wir beginnend mit dem Schuljahr 2015/2016 jeder Schulab-
 733 gängerin und jedem Schulabgänger in Bremen und Bremerhaven eine Ausbildung oder einen
 734 Weg in die Ausbildung anbieten. Die Jugendberufsagenturen werden diesen Integrationsprozess
 735 in Ausbildung qualifiziert unterstützen. Keiner bleibt zurück! Dazu brauchen wir mehr Ausbil-
 736 dungsplätze in der Wirtschaft und an den Berufsfachschulen. Wir werden eng mit den Sozial-
 737 partnern und Kammern zusammenarbeiten. Wir werden die schulischen Übergangssysteme wei-
 738 ter umbauen und für die Jugendlichen, die es nicht im ersten Anlauf in eine dreijährige Berufs-
 739 ausbildung schaffen, neue Module bereitstellen, die ihnen den Einstieg in Ausbildung und Beruf
 740 ermöglichen.

741 **3.8 Lebenslanges Lernen – Weiterbildung stärken**

742 Bildung sichert Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, stärkt und fördert das Gemeinwesen und
 743 die politische Kultur. Politische Bildung stärkt Einstellungen und Haltungen der Menschen gegen
 744 Ausgrenzung und für sozialen Zusammenhalt. Politische Bildung fördert in allen Generationen
 745 den gesellschaftlichen Entwicklungsprozess und wirkt dadurch auch der zunehmenden sozialen
 746 Spaltung und der Entfremdung von politischem Handeln entgegen. Wir wollen politische Bildung
 747 gezielt dabei unterstützen, ihren Auftrag im Prozess gesellschaftlichen Wandels zu erfüllen. Le-
 748 benslanges Lernen bleibt eine große Herausforderung. Wir werden die anerkannten Weiterbil-
 749 dungsangebote im Lande Bremen in diesem Sinne weiterentwickeln und mit verlässlichen finan-
 750 ziellen Rahmenbedingungen ausstatten. Um dies zu erreichen, bedarf es der Weiterentwicklung
 751 der Konzepte und Angebote der Weiterbildungsträger – auch mit Blick auf die Inklusion und die
 752 politische Bildung. Bildungsziele, die im öffentlichen Interesse liegen, werden wir stärken und
 753 ausbauen. Dabei liegt der Fokus auch darauf, mehr Menschen sowie neue Zielgruppen anzuspre-
 754 chen und so das lebenslange Lernen zu stärken.

755

756 **3.9 Gute Bildung ist nicht kostenlos**

757 Gute, gerechte Bildung benötigt eine ausreichende Finanzierung. Erforderlich sind daher zusätz-
 758 liche Mittel zur Absicherung der Inklusion und der Sprachförderung, für einen Ausbau des Ganz-
 759 tagsschulprogramms, für den Umbau und die Sanierung von Schulgebäuden, für die Erneuerung
 760 der Ausstattung in den beruflichen Schulen sowie für die Flüchtlingsbeschulung.

761 Entscheidend sind die Absicherung der Unterrichtsversorgung und eine ausreichende Vertre-
 762 tungsreserve in den Schulen. Dies wird für alle Schulen im Land Bremen nach einheitlichen und
 763 transparenten Kriterien erfolgen, die den tatsächlichen Bedarf in den Schulen absichern.
 764 Da die Kollegien in unseren Schulen immer jünger werden, brauchen wir insbesondere bei Be-
 765 schäftigungsverboten in der Schwangerschaft und während des Mutterschutzes einen speziellen
 766 Vertretungspool. Alle Ausfälle müssen zu 100 Prozent ersetzt werden. Wir werden die Schulen
 767 mit den für diese Aufgaben nötigen Personalressourcen ausstatten. Darüber hinaus werden wir
 768 uns dafür einsetzen, dass das Kooperationsverbot auch im Bildungsbereich fällt. Gerade die In-
 769 klusion zeigt, dass es sich hier um eine nationale Aufgabe und eine Frage der Menschenwürde
 770 handelt, die nicht allein durch Länderhaushalte finanziert werden kann.

771 **4 Wissen schaffen!**

772 Wissenschaft und Forschung leisten einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung.
 773 Die kritische Begleitung gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Prozesse und Entwick-
 774 lungen ist unerlässliche Aufgabe öffentlicher Hochschulen, Wissenschafts- und Forschungsein-
 775 richtungen. Wie an den Schulen ist es uns auch hier wichtig, mündige Studierende zu stärken, die
 776 in der Lage sind, sich selbst und unabhängig von wirtschaftlichen Interessen eine Meinung zu
 777 bilden, diese zu vertreten und sich an unserer Demokratie zu beteiligen.

778 Wissenschaft und Forschung entwickeln neue Ideen und Impulse für die Gesellschaft. Sie liefern
 779 Antworten auf drängende wirtschaftliche, soziale, ökologische und auch kulturelle Zukunftsfrage-
 780 n - von der Gesundheit der Menschen bis zum Klimaschutz. In den vergangenen Jahren haben
 781 sich die wissenschaftlichen Einrichtungen unseres Landes – unsere Universität, unsere drei
 782 Hochschulen und unsere neunzehn außeruniversitären Forschungseinrichtungen – zu einem
 783 erfolgreichen System mit preisgekrönten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern entwickelt.
 784 Und unsere Universität gehört zu den elf Exzellenzuniversitäten Deutschlands.

785 Ein Studium in Bremen ist attraktiv: Wir haben nicht nur viele Studierende, sondern auch regel-
 786 mäßig eine große Anzahl von Studienanfängerinnen und -anfängern. Sie profitieren nicht nur von
 787 einem lebenswerten Land, sondern auch von den vielfältigen und auf Internationalität ausgerich-
 788 teten Studienangeboten. Diese hohe Studierendenzahl wollen wir halten, denn das ist gut für
 789 das Leben in unseren beiden Städten, und es ist gut für die Zukunft unseres Landes. Diese volle
 790 Bandbreite unserer Wissenschaftslandschaft wollen wir mit exzellenter Forschung und Lehre und
 791 einem konsequenten Einsatz für mehr Bildungsgerechtigkeit noch mehr fördern. Auf der Grund-
 792 lage verlässlicher Rahmenbedingungen werden wir die hohe Leistungsfähigkeit und Attraktivität
 793 der Hochschulen weiter steigern, eine langfristige Planung ermöglichen und Karrierewege im
 794 Wissenschaftsbereich sichern.

795 Fakt ist: Das Land Bremen als führender Innovationsstandort in Deutschland und Europa braucht
 796 junge Menschen mit neuen Ideen und ist dringend auf akademisch-qualifizierten Nachwuchs an
 797 Fach- und Führungskräften angewiesen.

798 **4.1 Die Wissenschaftslandschaft gestalten**

799 Unsere Exzellenz-Universität sowie unsere Hochschulen prägen unsere Wissenschaftslandschaft
 800 – und das mit einem klaren Profil:

801 Im Zentrum unserer Wissenschaftspolitik stehen die fünf Wissenschaftsschwerpunkte des Lan-
 802 des: Meereswissenschaften, Materialwissenschaften, Informations- und Kommunikationswis-
 803 senschaften, Sozialwissenschaften sowie Gesundheitswissenschaften.

804 Die Hochschule Bremerhaven werden wir zudem als Zentrum für Meeres- und Klimaforschung
 805 weiter ausbauen. Aber neben Leuchttürmen braucht Wissenschaft auch Vielfalt: Deshalb werden
 806 wir parallel zu diesen Schwerpunkten die Forschung und Lehre an den Hochschulen weiterhin in
 807 der Breite fördern. Kurzum: Wir wollen keine akademische Monokultur. Gerade das Nebenei-
 808 nander verschiedener Fachrichtungen sehen wir als Stärke von Wissenschaft und Forschung.

809 Und genau dafür ist unsere Universität ein gutes Beispiel: Mehr als 100 Studiengänge werden in
 810 rund 30 wissenschaftlichen Disziplinen angeboten. Und dies mit gutem Erfolg: Im Vergleich zu
 811 vielen anderen Universitäten erreichen überdurchschnittlich viele Absolventinnen und Absolven-
 812 ten einen Abschluss. Aber wir wollen noch besser werden. Wir wollen mehr in die Qualität der
 813 Lehre investieren, die Betreuung der Studierenden verbessern und die Studienabbrüche verrin-
 814 gern. Dabei halten wir an dem erfolgreichen Modell einer engen Verknüpfung von Lehre und
 815 Forschung fest, wofür die Universität mit ihrer Forschungsstärke eine optimale Voraussetzung
 816 bietet. Auch die Exzellenz unserer Universität wollen wir bewahren und sie dabei unterstützen,
 817 weiterhin zu den besten Universitäten Deutschlands zu gehören.

818 Die Hochschule Bremen, die für die Wirtschaft der Region eine große Bedeutung hat, wollen wir
 819 bei ihrem Weg unterstützen, ihr Fächerangebot zukunftssicher und nachfragebezogen zu gestal-
 820 ten und dabei einen deutlichen Schwerpunkt im Bereich der Sozialen Arbeit und des Gesund-
 821 heitsmanagements zu setzen. Den dabei eingeschlagenen Weg, Bildung durchlässig zu gestalten,
 822 also Menschen mit unterschiedlichen Berufsbiografien Wege zum Studium zu eröffnen und
 823 ihnen die Möglichkeit eines lebenslangen Lernens zu geben, halten wir für richtig und werden
 824 ihn weiter ausbauen. Die Hochschule Bremerhaven werden wir in ihrem maritimen Profil und in
 825 ihrer damit verbundenen Ausrichtung auf den Fachkräftebedarf für die regionale Wirtschaft wei-
 826 ter stärken. Unsere Hochschule für Künste ist einzigartig in der Nord-West-Region bei der Aus-
 827 bildung des musikalischen, künstlerischen und gestalterischen Nachwuchses unter einem Dach.
 828 Zur besseren Entfaltung dieses Potenzials möchten wir der Hochschule helfen, die Angebote
 829 noch mehr miteinander zu verbinden.

830 Wir wollen unsere Bremer Hochschulen zukunftssicher machen. Für die Weiterentwicklung un-
 831 serer Universität und unserer öffentlichen Hochschulen sichern wir die konsequente Umsetzung
 832 des Wissenschaftsplans 2020 finanziell ab.

833 Die Jacobs University (JUB) stellt für uns eine Bereicherung der Wissenschaftslandschaft dar. Die
 834 Internationalität der JUB wollen wir nutzen und fördern, um ausländische Akademikerinnen und
 835 Akademiker in Bremen und Bremerhaven zu halten. Zudem machen wir uns für eine stärkere
 836 Öffnung der JUB in den Stadtteil hinein stark und werden ihren finanziellen Konsolidierungspro-
 837 zess daher weiterhin konstruktiv begleiten. Allerdings mit klaren Erwartungen: Sie soll ihre Stär-
 838 ken in die Wissenschaftsschwerpunkte des Landes einbringen und sie muss ab 2018 endgültig
 839 ohne Finanzmittel des Landes auskommen.

840 Wie schon in der Vergangenheit werden wir uns weiterhin für die Verankerung einer Zivilklausel
 841 im Hochschulgesetz einsetzen, welche die Hochschulen im Land Bremen dazu verpflichtet, aus-
 842 schließlich Forschung und Lehre zu zivilen Zwecken zu verfolgen.

843 **4.2 Von den Hochschulen in die Praxis**

844 Wir werden den Wissenstransfer weiter ausbauen und die Bedingungen dafür verbessern. Gera-
 845 de durch diesen Transfer trägt die Forschung dazu bei die Innovationskraft unserer Region zu
 846 sichern. Daher werden wir insbesondere die Kooperation zwischen unserer regionalen Wirt-
 847 schaft und der anwendungsnahen Forschung weiter stärken und – um die Transferleistungen in
 848 die Wirtschaft zu erhöhen – für eine noch bessere Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen
 849 und außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen sorgen.

850 Wissenschaft wirkt – vor allem auch in die tägliche Arbeit unserer Schulen bei der Umsetzung
 851 der Inklusion: Diese gesellschaftliche Herausforderung erfordert eine angepasste Lehrerbildung –
 852 sowohl im Weiterbildungssektor, als auch insbesondere bereits im Studium. Deshalb werden wir
 853 die Universität Bremen dabei unterstützen, die gemeinsame Beschulung von behinderten und
 854 nichtbehinderten Kindern sowie interkulturelle Kompetenz schon in der Lehramtsausbildung zu
 855 einem inhaltlichen Schwerpunkt zu entwickeln.

856

857 Wissenschaft ist für uns jedoch mehr als die wirtschaftliche Verwertbarkeit: Sie hilft auch bei der
 858 Gestaltung eines besseren Lebens. Ein Beispiel dafür ist der Schwerpunkt Gesundheitswissen-
 859 schaften. Vor allem unser Leibniz-Institut für Präventionsforschung und Epidemiologie, das sich
 860 um Krankheitsursachenforschung und die damit zusammenhängende Prävention kümmert, zählt
 861 zu den führenden Forschungsinstituten. Mit seinem Wissen trägt es auch zur Sicherheit von Arz-
 862 neimitteln bei. Beachtenswert ist auch der Wissenschaftsschwerpunkt Sozialwissenschaften, der
 863 den sozialen und politischen Wandel unter dem Druck von Globalisierung und Liberalisierung
 864 untersucht. Diesen Ansatz wollen wir verstärken und die unterschiedlichen Forschungsrichtun-
 865 gen in einem nationalen Forschungszentrum am Standort Bremen vereinen.

866 **4.3 Gute Lehre & Bildungsgerechtigkeit**

867 Wir werden an den Hochschulen und an der Uni – auch mit Geld aus dem Hochschulpakt – vor
 868 allem in die Qualität der Lehre investieren, um eine qualitativ hochwertige Hochschulbildung
 869 und gute Studienabschlüsse zu ermöglichen sowie Studienabbrüche zu verringern.
 870 Um die Zugangsmöglichkeiten zu den Hochschulen zu erhöhen und die Idee des „Lebenslangen
 871 Lernens“ voranzubringen, wollen wir auch in der Bremer und Bremerhavener Wissenschafts-
 872 landschaft für mehr Durchlässigkeit sorgen. Um für mehr Bildungsgerechtigkeit und Chancen-
 873 gleichheit zu sorgen, setzen wir uns unter anderem für Erleichterungen beim Hochschulzugang
 874 ein: Die Möglichkeiten ein Studium aufzunehmen, wollen wir für beruflich qualifizierte Men-
 875 schen ohne Abitur oder Fachhochschulreife, erweitern. Zudem sollen berufliche Kompetenzen
 876 im Studium besser angerechnet werden und wir setzen uns für längere praktische Anteile in den
 877 Studiengängen ein. Gleichzeitig muss eine Unabhängigkeit von privatwirtschaftlichen Unterneh-
 878 men bei der theoretischen, wissenschaftlichen Ausbildung zu jeder Zeit gewährleistet sein.
 879 Darüber hinaus wollen wir die Hochschulen in die Lage versetzen, besser mit einer heterogenen
 880 Studierendenschaft – und deren Bedürfnissen – umzugehen.
 881 Wir wollen dabei noch besser auf die größer werdenden Unterschiede bei den Studienvorausset-
 882 zungen eingehen. Das gilt zunächst für die Beratung aller Studieninteressierten und Studieren-
 883 den. Um deren Fähigkeiten besser fördern zu können, müssen die Hochschulen entsprechende
 884 Konzepte entwickeln – dies steigert die Quote der erfolgreichen Absolventinnen und Absolven-
 885 ten und hilft uns bei unserem Bedarf an gut ausgebildeten Nachwuchskräften im Land Bremen.
 886 Außerdem wollen wir mehr junge Menschen mit Migrationshintergrund dazu motivieren, ein
 887 Studium aufzunehmen. Hierbei soll auch ein Fokus auf kontinuierliche und bedarfsgerechte Wei-
 888 terbildungsangebote, Aufbaustudiengänge und berufsbegleitende Studienmöglichkeiten gelegt
 889 werden, um tatsächlich und insbesondere im Hinblick auf den stetig wachsenden Fachkräftebe-
 890 darf ein lebenslanges Lernen zu ermöglichen. Wir wollen, dass ein Studium in Bremen Kenntnis-
 891 se und Fertigkeiten auf hohem Niveau vermittelt. Wir wollen aber auch, dass unsere Studieren-
 892 den an der Universität und den Hochschulen sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung be-
 893 wusst werden: Sie sollen deshalb beim Erwerb ihrer fachwissenschaftlicher Kenntnisse auch so-
 894 ziale, ethische und moralische Bezüge wissenschaftlichen Handelns und entstehender Folgewir-
 895 kungen in den Blick nehmen. Den Bologna-Prozess werden wir weiter kritisch begleiten – und
 896 dabei auch die Rahmenbedingungen und insbesondere die Prüfungsdichte und -organisation im
 897 Sinne einer besseren Studierbarkeit überprüfen. Dabei nehmen wir insbesondere auch kritische
 898 Stimmen der Studierenden ernst, die durch eine teils überbordende Stoff- und Anforderungsfülle
 899 in einzelnen Studiengängen einen Abbau der individuellen akademischen Freiheit befürchten.
 900 Die Studierenden sehen wir insbesondere auch bei der weiteren Verbesserung der Lehre als
 901 wichtigen Partner. Wir bekennen uns klar zur studentischen Mitbestimmung, die wir weiter er-
 902 halten und fördern werden.

903 **5 Für eine solidarische Gesellschaft**

904 Wir stehen für eine solidarische Gesellschaft – dazu gehört für uns weit mehr als bloße Existenz-
 905 sicherung: Es geht um die gleichberechtigte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen
 906 alle Bremerinnen und Bremer, alle Bremerhavenerinnen und Bremerhavener in unsere Gesell-
 907 schaft einbeziehen und ihnen ein selbstbestimmtes Leben unabhängig von Geschlecht, Alter,
 908 Behinderung, Bildungsstand, sexueller Identität, Herkunft oder finanzieller Situation ermögli-
 909 chen.

910 Den Zusammenhalt zu stärken, der Spaltung unserer Gesellschaft konsequent entgegenzutreten,
 911 Ausgrenzung zu überwinden – darin sehen wir die Kernaufgabe sozialdemokratischer Politik, an
 912 der wir auf allen Ebenen arbeiten wollen:

- 913 • Durch eine enge Zusammenarbeit in den Bereichen Arbeit, Bildung, Gesundheit, Inneres,
 914 Sport, Soziales und Stadtentwicklung.
- 915 • Durch ein gemeinsames Vorgehen von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft.
 916 Durch eine ungeschmälerzte weitere Förderung von bürgerschaftlichem Engagement, eh-
 917 renamtlicher Tätigkeit und Mitarbeit in Selbsthilfegruppen sowie der sie stützenden
 918 Strukturen, deren Arbeit für eine solidarische Stadtgesellschaft unverzichtbar ist.
- 919 • Durch die Förderung von Mitbestimmung und Mitwirkung aller Menschen in unserem
 920 Bundesland und durch die Integration von Bremerinnen und Bremern mit Zuwande-
 921 rungsgeschichte.

922

923 Teilhabe setzt für uns ein klares Bekenntnis voraus: Wer bei uns lebt, gehört zu uns!

924 Darum wollen wir für alle Kinder von Anfang an gute Bildungschancen und Entwicklungsmöglich-
 925 keiten schaffen, unabhängig von ihrer sozialen und familiären Herkunft. Für ein solidarisches und
 926 friedliches Zusammenleben wollen wir die Entwicklung einer Willkommens- und Anerkennungs-
 927 kultur weitervoranbringen, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte noch besser einbeziehen
 928 und die soziale Infrastruktur in unseren Städten stärken. Dazu gehört auch, dass wir frühzeitig
 929 Maßnahmen gegen den beginnenden Fachkräftemangel im Sozialbereich ergreifen und die Zahl
 930 der Ausbildungsplätze in der Altenpflege deutlich erhöhen. Die vom Bund für soziale Aufgaben
 931 bereitgestellten Mittel werden wir zweckentsprechend in diesem Bereich einsetzen.

932 **5.1 Wir investieren in Zukunft – in unsere Kinder**

933 Kein Kind darf zurückgelassen werden! Das ist unser Anspruch, deshalb sind Chancengleichheit
 934 und Gerechtigkeit Schwerpunkte unserer sozialpolitischen Politik. Wir wollen Kinder unabhängig
 935 von der sozialen Lage ihrer Eltern von Geburt an fördern – und schützen, denn das Kindeswohl
 936 steht im Mittelpunkt unseres Handelns. Kinderschutz hat für uns Priorität, deshalb wollen wir in
 937 Krisensituationen ein schnelles Eingreifen ermöglichen. Darüber hinaus sind kind- und familien-
 938 bezogene Armutsprävention und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf politische Ziele, die wir
 939 intensiv weiterverfolgen werden.

940 Dazu brauchen wir eine zuverlässige, entwicklungs- und bildungsfördernde Betreuung von An-
 941 fang an. Die Kindertagesbetreuung für die unter Dreijährigen in der Stadt Bremen wollen wir
 942 ausweiten, um so – bei Beibehaltung der Qualitätsstandards in der Betreuung – eine Versor-
 943 gungsquote von mindestens 50 Prozent zu erreichen. Insbesondere die bisher schlechtere Ver-
 944 sorgung mit Betreuungsplätzen in benachteiligten Stadtteilen wollen wir durch ein (Neubau-)
 945 Programm ausgleichen, um so – im Sinne einer aufholenden Entwicklung – den Anschluss an die
 946 übrigen Quartiere zu erreichen. Darüber hinaus soll insbesondere für Familien in schwierigen
 947 Lebenslagen der Zugang zu Kinderbetreuungsplätzen erleichtert werden.

948 Wie schon bei den Drei- bis Sechsjährigen wollen wir – durch eine Änderung des Kita-Gesetzes –
 949 auch für die jüngeren, ein bis dreijährigen Kinder eine Mindestbetreuungszeit von sechs Stunden
 950 einschließlich Mittagessen erreichen.

951 Die hohe Anzahl der Betreuungsplätze für drei- bis sechsjährige Kinder wollen wir weiter steigern
 952 und in den Kitas möglichst eine durchgehende Betreuung vom ersten bis zum sechsten Lebens-
 953 jahr gewährleisten. Mit flexibleren Betreuungszeiten wollen zudem wir besser auf die Bedürfnis-
 954 se von Eltern eingehen.

955 **5.2 Bildung von Anfang an**

956 Bildung ist der Schlüssel zu Teilhabe und einem aktiven, selbstbestimmten Leben. Dazu müssen
 957 wir früh die Weichen stellen: Wir wollen die Entwicklung von Kindern daher von der Geburt an
 958 unterstützen, beginnend mit einer aufsuchenden Elternbegleitung durch Hebammen, sowie mit
 959 Angeboten der Frühförderung und der frühkindlichen Bildung bis zum Schulalter. Denn gerade
 960 darin sehen wir effektive Instrumente, um unterschiedliche Entwicklungsbiographien auszuglei-
 961 chen und die Bildungschancen unseres Nachwuchses zu verbessern.
 962 Es geht eben nicht um „Aufbewahrung“, sondern wir sehen unsere Betreuungseinrichtungen
 963 und Schulen als Partner der Eltern, um die ihnen anvertrauten Kinder in ihrer Entwicklung zu
 964 unterstützen, sie in ihrem Bildungsprozess zu begleiten und sie auf die Anforderungen in unserer
 965 Gesellschaft vorzubereiten.
 966 Deshalb werden wir einen Rahmenbildungsplan entwickeln, in dem die Bildungsarbeit in Kinder-
 967 garten und Schule – orientiert an der Entwicklung der Kinder – eng miteinander verknüpft wird.
 968 Durch eine verbesserte Abstimmung miteinander, sollen alle beteiligten Einrichtungen die Kinder
 969 so noch besser beim Übergang vom Kindergarten in die Schule unterstützen. Außerdem soll in
 970 den Kitas eine verstärkte Sprachbildung zur Pflicht werden – samt entsprechender Fortbildungen
 971 für die Erzieherinnen und Erzieher. Das Ziel: Für jedes Kind soll so eine mehrjährige Entwick-
 972 lungsplanung mit klaren Zielen entworfen und verfolgt werden.

973 **5.3 Für ein Menschenwürdiges Existenzminimum und soziale 974 Grundsicherung**

975 Wer Einkommensarmut abbauen will, muss die unteren Einkommen erhöhen. Wer keine Arbeit
 976 hat oder nicht mehr arbeiten kann, muss angemessen am Wohlstand unserer Gesellschaft betei-
 977 ligt werden. Das ist für uns das Mindeste.
 978 Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene für eine Anhebung der Regelsätze nach dem SGB II
 979 (Hartz VI) und dem SGB XII (Grundsicherung) um einmalig 15 Prozent und eine regelmäßige ge-
 980 setzliche Anpassung ein.
 981 Die Ungleichbehandlung der Altersgrundsicherung bei den Einkommensfreibeträgen wollen wir
 982 beenden, indem sie an die Regelungen beim Bezug von ALG II angepasst werden. Damit werden
 983 die Eigenanstrengungen zur Altersvorsorge anerkannt.
 984 Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein. Deshalb treten wir für eine bundesfinanzierte Kinder-
 985 grundsicherung ein, die aus einem für Geringverdiener erhöhten Kindergeld entwickelt werden
 986 kann. Davon sollen künftig auch Bezieherinnen und Bezieher von Sozialleistungen profitieren.
 987 Zudem fordern wir weiterhin eine Abschaffung des Betreuungsgeldes: Die dort sozialpolitisch
 988 völlig unsinnig eingesetzten Mittel sollen stattdessen zur Finanzierung der Kindergrundsicherung
 989 beitragen.
 990
 991 Auch ältere Menschen müssen wirksam vor Armut geschützt werden, deshalb setzen wir uns für
 992 eine auskömmliche gesetzliche Mindestrente ein. Gleichzeitig darf auch Pflegebedürftigkeit nicht
 993 zu einem Abrutschen in Armut führen, weshalb wir auf Bundesebene eine Erhöhung der Leistun-
 994 gen und die schnelle Einführung des sogenannten erweiterten Pflegebedürftigkeitsbegriffs for-
 995 dern: Es darf nicht sein, dass sich die Höhe der Pflegeleistungen in erster Linie aufgrund der kör-
 996 perlichen Einschränkungen bestimmt. Gerade auch Menschen mit Demenz, psychischen Erkran-
 997 kungen oder geistigen Behinderungen sind eben nicht nur auf Pflege, sondern darüber hinaus

998 auf Betreuung und Zuwendung angewiesen, was sich auch in der Höhe der Pflegeleistungen wi-
999 derspiegeln muss.

1000 **5.4 Stadtteilgerecht und sozialraumorientiert**

1001 Generell gilt für uns: Um allen Stadtteilen möglichst gleiche Entwicklungschancen zu geben set-
1002 zen wir auf eine sozialraumorientierte Politik, in dem wir beispielsweise dort, wo die bisherige
1003 Ausstattung bisher vergleichsweise gering ist, neue Kinderbetreuungseinrichtungen oder Sozial-
1004 projekte aufbauen. Wir werden uns mit der Spaltung in „arme“ und „reiche“ Stadtteile nicht
1005 abfinden – und uns daher in Zukunft gerade auch in Quartieren mit höherem Mietniveau für die
1006 Schaffung von neuem, bezahlbarem Wohnraum stark machen.

1007 Die Benachteiligungen in den Stadtteilen wollen wir daher durch eine Politik der sozialen Stadt-
1008 entwicklung ausgleichen. Dabei sind Ortsteilbeiräte und Bürgerinitiativen für uns wichtige Part-
1009 ner.

1010 Die Fortsetzung des durch uns initiierten, regelmäßigen Armuts- und Reichtumsbericht des Se-
1011 nats bleibt unerlässlich – die Ergebnisse der Untersuchung sind für uns eine Grundlage unseres
1012 politischen Handelns.

1013 **5.5 Integration: Wer bei uns lebt, gehört zu uns!**

1014 Wir sehen Vielfalt als Bereicherung und schätzen die unterschiedlichen interkulturellen Kompe-
1015 tenzen, die Menschen in unsere Gesellschaft einbringen. Mit den Beiräten und Initiativen in den
1016 Quartieren wollen wir eine Willkommenskultur für Zuwanderer und Flüchtlinge schaffen. Dazu
1017 wollen wir Beratungsnetze ausbauen und die anfänglichen Eingliederungshilfen verbessern.

1018 Aufgrund der langfristigen Bedeutung dieser anfänglichen Maßnahmen für ein Gelingen des
1019 Übergangs in den ersten Arbeitsmarkt sind hierfür ausreichende Mittel bereitzustellen.

1020 Wir werden die rasche Integration sowie den schnellen Zugang zum Arbeitsmarkt fördern, indem
1021 wir unter anderem die Anerkennung ausländischer Abschlüsse durch entsprechende Beratungs-
1022 und Nachqualifizierungsangebote weiter verbessern sowie Sprachkurse fördern.

1023 Neben dem Spracherwerb sind für uns der Zugang zu Kinderbetreuung, Bildung, Arbeitsplätzen
1024 und Wohnraum Grundlagen für Integration. Eine Grundbedingung dafür ist ein gesichertes Auf-
1025 enthaltsrecht: Deshalb haben wir die Kettenduldungen deutlich reduziert und bundesweit ein-
1026 malige Aufenthaltsperspektiven eröffnet. Diesen Weg werden wir weiter gehen. Zudem wollen
1027 wir diejenigen, die dauerhaft bei uns leben, zur Einbürgerung ermuntern – und die behördliche
1028 Bearbeitungszeit für diesen Schritt verkürzen.

1030 Wir wollen nicht, dass sich Menschen zwischen ihrer „alten“ und ihrer „neuen“ Heimat entschei-
1031 den müssen. Auf Bundesebene haben wir daher mit der Abschaffung der Optionspflicht die dop-
1032 pelte Staatsbürgerschaft für in Deutschland geborene Menschen mit Migrationshintergrund ein-
1033 geführt. Dies kann aber nur ein erster Schritt sein. Mittelfristig wollen wir allen Menschen er-
1034 möglichen die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen ohne ihre alte aufzugeben. Unabhängig
1035 davon sind wir der Überzeugung, dass es allen Menschen, die dauerhaft in Bremen leben, er-
1036 möglicht werden sollte, auf kommunaler Ebene wählen und dadurch politisch teilhaben zu kön-
1037 nen.

1039 Wir werden die interkulturelle Öffnung der Verwaltung fortführen und die Erhöhung des Anteils
1040 von Menschen mit Migrationshintergrund auf allen Hierarchieebenen bei allen öffentlichen Ar-
1041 beitgebern und Gesellschaften fördern.

1042 Menschen, die bei uns Schutz suchen, sind in Bremen willkommen. Wir stehen weiterhin für eine
1043 humane Flüchtlingspolitik: Gerade angesichts der zunehmenden Krisen in der Welt sehen wir es
1044 als unsere Pflicht an, Flüchtlinge aufzunehmen, ihnen einen sicheren Ort und eine Perspektive
1045 für ihr Leben zu geben.

1046 Dabei halten wir an dem Grundsatz fest, möglichst viele Flüchtlinge in Wohnraum zu vermitteln,
 1047 ihnen so ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und gleichzeitig eine adäquate Betreuung
 1048 sicherzustellen. Denn darin sehen wir die beste Voraussetzung für eine gelingende Integration.
 1049 Dennoch werden wir Übergangswohnheime brauchen. Dabei legen wir Wert auf die Möglichkeit
 1050 gemeinsamen Kochens, soweit dies baulich und technisch umsetzbar ist. Sprachkurse und Kin-
 1051 derbetreuung sowie Vorkurse und eine entsprechende Begleitung junger Flüchtlinge in den
 1052 Schulen werden wir in ausreichendem Umfang sicherstellen. Die öffentliche Infrastruktur wer-
 1053 den wir durch mehr preiswerte Wohnungen, mehr Kinderbetreuungsangebote sowie Bildungs-
 1054 und Ausbildungskapazitäten anpassen.

1055 Bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen setzen wir uns für eine gleichmäßige Vertei-
 1056 lung auf alle Bundesländer ein: Nur so kann gewährleistet werden, dass die Kinder- und Jugend-
 1057 hilfeeinrichtungen in den einzelnen Ländern bei ihrer wichtigen Aufgabe, eine am Wohl der jun-
 1058 gen Flüchtlinge orientierte Betreuung und Unterbringung sicherzustellen, nicht überfordert wer-
 1059 den.

1060 Die Stadtteilbeiräte, Vereine, Kirchengemeinden, Initiativen und die Bürgerinnen und Bürger sind
 1061 für uns gerade bei der Integration von Flüchtlingen ein wichtiger Partner: Sie leisten einen gro-
 1062 ßen Beitrag, den wir anerkennen und unterstützen. Gleichfalls schätzen wir die engagierte Arbeit
 1063 des Bremer Rates für Integration und werden dafür Sorge tragen, dass dieses Gremium verlässli-
 1064 che Rahmenbedingungen zur Sicherung seiner Arbeitsfähigkeit erhält.

1065 **5.6 Für eine gerechte Gesundheitspolitik**

1066 Wir stehen für ein Gesundheitssystem, das allen Menschen offensteht und eine gute medizini-
 1067 sche Versorgung bietet. Dafür sind die Krankenhäuser und unsere vier kommunalen Kliniken ein
 1068 unverzichtbarer Baustein, denen wir die benötigten Investitionsmittel bedarfsgerecht zur Verfü-
 1069 gung stellen wollen.

1070 Gleichzeitig setzen wir uns auf Bundesebene für Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedin-
 1071 gungen der Krankenhausfinanzierung ein, weil nur dadurch die Unterfinanzierung und der erheb-
 1072 liche Investitionsstau dauerhaft reduziert werden können. Wir sehen den Bund dabei in der
 1073 Pflicht, sich an der Finanzierung der Krankenhausinvestitionen zu beteiligen. Veränderungen
 1074 fordern wir zudem für das geltende Fallpauschalensystem: Zukünftig muss gewährleistet wer-
 1075 den, dass Tariflohnsteigerungen voll finanziert werden, um den Personalabbau zu stoppen.

1076
 1077 Zur Zukunftssicherung der kommunalen Kliniken in Bremen sind erste Schritte eingeleitet:
 1078 Die neue Ausrichtung samt der Zukunftsplanung, der neuen Gesellschaftsstruktur und des medi-
 1079 zinischen Konzepts, muss in der kommenden Legislaturperiode zügig umgesetzt werden. Wir
 1080 werden darauf drängen, das bislang nur in Teilen umgesetzte Sanierungskonzept der Gesundheit
 1081 Nord entschieden und mit umgehenden Maßnahmen weiter zu verfolgen – und gegebenenfalls
 1082 anzupassen, um die wirtschaftliche Konsolidierung der Kliniken konsequent auch im Sinne der
 1083 Beschäftigten fortzusetzen. Zudem müssen weitere Mittel für die Absicherung der Investitionen
 1084 der kommunalen Kliniken mobilisiert werden.

1085
 1086 Bei der Neuordnung der Krankenhäuser in Bremerhaven treten wir für eine Stärkung der Kran-
 1087 kenhausstandorte und die notwendige Kooperation der Kliniken ein. Die gemeinsame Landes-
 1088 krankenhausesplanung, insbesondere mit Niedersachsen, wollen wir vorrangig vorantreiben und
 1089 mögliche Kooperationen stärken.

1090 Generell gilt für uns: Die Qualität in den Krankenhäusern soll sich für alle Interessierten beurtei-
 1091 len lassen können – entsprechende Daten müssen transparent, aussagekräftig und verbraucher-
 1092 freundlich aufbereitet sein.

1093
 1094 Darüber hinaus sind für uns Kooperationen zwischen ambulanter Versorgung und den Kranken-

1095 häusern wichtig: Wir unterstützen entsprechende Entwicklungen und auch weitergehende Be-
1096 mähungen der Zusammenarbeit zwischen den Leistungsbereichen.

1097

1098 Das hohe Niveau der Psychiatrieversorgung im Land Bremen wollen wir gezielt weiterentwickeln
1099 und dabei einen Fokus auf das Hilfesystem für schwer- und chronisch kranke Menschen legen.
1100 Die Modellprojekte in Bremerhaven, die unter anderem die Vermeidung stationärer Behandlungen
1101 von Menschen mit psychischen Erkrankungen zum Ziel haben, weisen den richtigen Weg.
1102 Auch der Ausbau von Therapiemöglichkeiten für Menschen mit für eine Therapie nicht ausrei-
1103 chenden Deutschkenntnissen soll weiter gefördert werden. Daneben brauchen wir weiterhin
1104 niedrigschwellige Angebote für Menschen mit akuten oder andauernden psychischen Problemen
1105 zur Überbrückung von Wartezeiten bis eine Therapie begonnen werden kann. Wir setzen uns
1106 daher dafür ein, dass die bestehenden Angebote erhalten und bedarfsgerecht weiterentwickelt
1107 werden. Wartezeiten von mehr als einem halben Jahr sind den Betroffenen nicht zuzumuten und
1108 verschlimmern ihr Leiden.

1109 Wir setzen uns dafür ein, dass die Hospizbewegung und die Palliativmedizin gestärkt werden, um
1110 dem wachsenden Bedarf von Patientinnen, Patienten und ihren Familien gerecht zu werden.
1111 Ebenso wollen wir den öffentlichen Gesundheitsdienst, mit der Zielsetzung, den Schutz der Ge-
1112 sundheit und die entsprechenden Informationsangebote zu verbessern, weiterentwickeln, so
1113 dass eine niedrigschwellige Präventionskette entwickelt werden kann.

1114 Die Anstrengung unseres Bundeslandes in Sachen Suchtprävention werden wir in allen Berei-
1115 chen aufrechterhalten, weiterführen und entsprechende Initiativen unterstützen. Wir setzen uns
1116 für eine angemessene Arztversorgung in den Quartieren ein, um eine wohnortnahe medizinische
1117 Betreuung für alle Bremerinnen und Bremer sicherzustellen.

1118 **6 Gleichberechtigt! Miteinander!**

1119 Wir stehen für eine solidarische, inklusive Gesellschaft, die niemanden außen vorlässt. Unser Ziel
1120 ist der soziale Zusammenhalt – ohne Diskriminierung Einzelner oder von Gruppen. Wir sind ge-
1121 gen Rassismus, religiöse Intoleranz, Antisemitismus, Antiziganismus und Islamfeindlichkeit. Für
1122 uns steht fest: Gegenseitiger Respekt und Toleranz sind die Basis für eine gleichberechtigte Teil-
1123 habe aller Menschen.

1124 **6.1 Frauen fördern!**

1125 Gleichberechtigung: Längst im Grundgesetz vorgesehen – also kein Thema mehr? Leider nein:
1126 Frauen sind nach wie vor häufiger von prekärer Arbeit betroffen und erzielen geringere Ein-
1127 kommen als Männer. Frauen sind häufiger arbeitslos und insbesondere Alleinerziehende werden
1128 durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen nicht konsequent genug gefördert. Auch bei den Auf-
1129 stiegchancen im Beruf und was die Belegung von Spitzenpositionen in den Aufsichtsorganen
1130 von Unternehmen und Verwaltungen angeht, sind Frauen weiter benachteiligt.

1131 Wir werden daher nicht nur die Umsetzung des Bremischen Gleichstellungsgesetzes und die
1132 Fortführung der Tätigkeit der Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der
1133 Frau in Bremen und Bremerhaven konsequent fortführen, sondern weitere konkrete Initiativen
1134 ergreifen:

- 1135 • Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, werden wir die Kinderbe-
1136 treuung ausweiten und Betriebe bei der Einführung familiengerechter Arbeitsstrukturen
1137 unterstützen.
- 1138 • „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss für Frauen Realität werden – unabhängig davon,
1139 ob sie als Ingenieurin oder am Fließband arbeiten. Betriebe und Gewerkschaften werden
1140 wir dabei unterstützen, versteckte Diskriminierung in den Entgeltstrukturen aufzude-
1141 cken. Die öffentlichen Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sollen dabei eine Vorreiterrolle
1142 einnehmen.

- 1143 • Wir setzen uns für eine bessere Bezahlung der häufig von Frauen ausgeübten Berufe ein.
- 1144 • Wir wollen Frauen ermutigen, vermehrt auch gewerblich-technische oder handwerkliche
- 1145 Ausbildungen zu beginnen und jungen Männern Berufe im sozialen Bereich näher brin-
- 1146 gen. Der Zukunftstag für Mädchen und Jungen hat sich zur Berufsorientierung bewährt.
- 1147 Wir wollen ihn fortführen und noch mehr Betriebe dazu bringen, sich zu beteiligen.
- 1148 • Wir werden in der Wirtschaftsförderung noch deutlicher auf Geschlechtergerechtigkeit
- 1149 achten, indem wir den geförderten Unternehmen klare Ziele hinsichtlich der Schaffung
- 1150 und Sicherung von Frauenarbeitsplätzen vorgeben. Zudem wollen wir Unternehmen und
- 1151 Einrichtungen weiter unterstützen, erwerbstätige Frauen in Bremen nachhaltig zu för-
- 1152 dern.
- 1153 • Vielen Frauen gelingt der Wiedereinstieg in ihrem erlernten Beruf nach der Kindererzie-
- 1154 hung nicht. Auch deshalb ist das Risiko für Altersarmut bei Frauen erhöht. Um dem vor-
- 1155 zubeugen, brauchen wir eine individuelle Beratung der Frauen, die an ihre Qualifikation
- 1156 anknüpft und sie in reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vermittelt, statt
- 1157 sie mit 450-Euro-Jobs abzuspeisen. Hierfür ist eine gute Zusammenarbeit mit den Job-
- 1158 centern und der Agentur für Arbeit wichtig.

1159

1160 Geschlechtergerechtigkeit heißt für uns auch Aufstiegschancen sicherzustellen: Wir wollen, dass
 1161 in Führungspositionen mittelfristig jedes Geschlecht mindestens zu 40 Prozent vertreten ist. Die
 1162 öffentlichen Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber haben hier eine Vorbildfunktion. Wir streben
 1163 daher weiterhin eine 50-Prozent-Quote bei der Besetzung von Vorständen und Aufsichtsräten
 1164 öffentlicher Unternehmen an.

1165 Nicht zuletzt werden wir weiterhin konsequent gegen häusliche Gewalt, Zwangsverheiratung,
 1166 Menschenhandel und Zwangsprostitution vorgehen. Die Betroffenen müssen weiterhin mit Be-
 1167 ratungsstellen, Notruftelefonen, selbstverwalteten Fraueninitiativen und Frauenhäusern unter-
 1168 stützt werden. Gleichzeitig werden wir die Verfolgung der Täter intensivieren.

1169 Frauen, die Transferleistungen beziehen, sollen auf Wunsch kostenlos Verhütungsmittel erhal-
 1170 ten.

1171

6.2 Auch Kindern und Jugendlichen gehört die Stadt

1172 Bremen bietet auch für Kinder und Jugendliche viele Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung, aller-
 1173 dings erreichen die Angebote nicht alle jungen Menschen. Wir machen uns daher für einen stär-
 1174 keren, stadtteilorientierten Zuschnitt dieser Angebote auf die Bedürfnisse der Kinder und Ju-
 1175 gendlichen stark. Geld für die Jugendarbeit muss dabei so eingesetzt werden, dass alle jungen
 1176 Menschen erreicht werden – insbesondere dort, wo die Unterstützung für Freizeitaktivitäten
 1177 besonders notwendig ist. Dazu wollen wir die Mittel des bisherigen Anpassungskonzeptes für
 1178 stadtteilbezogene Kinder- und Jugendförderung sicherstellen und deren Einsatz insbesondere
 1179 nach sozialen Gesichtspunkten gestalten.

1180

1181 Zudem wollen wir Angebote der Ganztagschulen stärker mit den Jugend-, Kultur- und Sportan-
 1182 geboten vor Ort verzahnen, um Betreuungslücken und Überschneidungen zu vermeiden. Vereine
 1183 und Verbände stellen für uns dabei eine wichtige inhaltliche Erweiterung des schulischen Ange-
 1184 bots dar. Deshalb werden wir die Unterstützung entsprechender Kooperationen zwischen ihnen
 1185 und den Schulen weiter stärken.

1186

1187 Neben den Angeboten für Kinder und Jugendliche stellen öffentliche Plätze einen wesentlichen
 1188 Treffpunkt junger Menschen dar. Wir wollen, dass diese Treffpunkte konflikt- und angstfrei ge-
 1189 nutzt werden können und setzen daher auf eine angemessene Gestaltung, die allen Altersgrup-
 1190 pen und Generationen Angebote macht. Als ein Projekt werden wir in diesem Zusammenhang
 1191 die Umgestaltung der Diskomeile unter Beteiligung der jugendlichen Nutzerinnen und Nutzer

1192 und Berücksichtigung der Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner vorantreiben. Generell
 1193 gilt für uns: Öffentliche Räume müssen öffentlich und kostenlos nutzbar bleiben, um allen Men-
 1194 schen – egal welchen Alters – Zugang zu gewähren.

1195
 1196 Sei es in Vereinen, in den Jugendbeiräten, als Jugendgruppenleiterin oder Jugendgruppenleiter:
 1197 Wir wollen insbesondere junge Menschen verstärkt für das Ehrenamt gewinnen und es noch
 1198 attraktiver gestalten. Dazu wollen wir unter anderem die Jugendleiterinnen- und Jugendleiter-
 1199 Card (Juleica) mit der bereits eingeführten Ehrenamtskarte gleichstellen: Auch Juleica-
 1200 Inhaberinnen und -Inhaber sollen die Vergünstigungen der Ehrenamtskarte nutzen können. Zu-
 1201 dem wollen wir für Jugendbeiratsmitglieder – analog zu den erwachsenen Beiratsmitgliedern –
 1202 eine Aufwandsentschädigung für ihr Engagement prüfen.

1203
 1204 Wir wollen, dass junge Menschen sich sicher im Internet bewegen und das Netz für den Wis-
 1205 senserwerb nutzen können. Deshalb werden wir Medienkompetenz-Projekte, die über die Chan-
 1206 cen und Risiken der neuen Medien informieren, inner- und außerschulisch weiter unterstützen
 1207 und verstärken. Auch „online“ gilt für uns: Niemand soll ausgegrenzt werden. Daher machen wir
 1208 uns dafür stark, dass jungen Menschen der Zugang zum Internet kostenfrei ermöglicht wird, ins-
 1209 besondere durch verstärkte Schaffung von WLAN-Zugängen in Schulen, aber auch in öffentlichen
 1210 Einrichtungen wie Jugendzentren und Stadtbibliotheken sowie auf öffentlichen Plätzen und im
 1211 ÖPNV.

1212
 1213 Darüber hinaus machen wir uns für einen deutlichen Ausbau der Kinder- und Jugendbeteiligung
 1214 stark.

1215 **6.3 Teilhabe für ältere Menschen**

1216 Beteiligung, Teilhabe und soziale Integration: Diese drei Ziele verfolgen wir in unserer Politik
 1217 auch für ältere Menschen. Dafür werden wir das Engagement älterer Menschen und die Bremer
 1218 Seniorinnen- und Seniorenvertretung weiter unterstützen, den „Altenplan“ des Sozialressorts
 1219 weiterführen und gemeinsam Maßnahmen zur Bekämpfung der Altersarmut entwickeln.
 1220 Es geht uns darum, die Infrastruktur in den Stadt- und Ortsteilen seniorengerecht weiterzuent-
 1221 wickeln – dazu zählen auch Modellvorhaben für gemeinschaftliches, altersgerechtes und inter-
 1222 kulturelles Wohnen und insbesondere die Herstellung von Barrierefreiheit in den Stadtteilen. Die
 1223 Begegnungsstätten in der Stadt Bremen wollen wir erhalten und mit ausreichend hauptamtli-
 1224 chem Personal ausstatten.

1225 Die Modelle zur „Aufsuchenden Altenarbeit“ werden wir absichern und schrittweise ausdehnen.
 1226 Senioren sollen in den Quartieren auf eine bürgernahe Beratung und gute ambulante Versor-
 1227 gung vertrauen können. In der Stadt Bremen sind dazu die Dienstleistungszentren eine gute
 1228 Grundlage, die gestärkt werden muss. Klar ist für uns dabei: Niemand darf nach einem Kranken-
 1229 hausbesuch hilflos nach Hause entlassen werden – deshalb arbeiten wir **weiter** daran, bisher
 1230 bestehende ambulante Versorgungslücken zu schließen. Darüber hinaus werden wir in allen Be-
 1231 reichen an der Verbesserung der Pflege arbeiten und dabei auch die Aspekte der Kultursensibili-
 1232 tät berücksichtigen. Zur Bekämpfung des Fachkräftemangels werden wir die „Bremer Pflegeiniti-
 1233 ative“ fortsetzen und die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessern. Die Zahl der Ausbil-
 1234 dungsplätze in der Altenpflege werden wir jährlich deutlich erhöhen und aus EU-Mitteln finan-
 1235 zieren. Wir unterstützen eine gemeinsame, qualifizierte Ausbildung in der Alten- und Kranken-
 1236 pflege. Eine Bezahlung nach Tarif ist in der Alten- und Krankenpflege für uns selbstverständlich.
 1237 Wir befürworten den Abschluss eines Tarifvertrages in der Pflege und setzen uns für dessen All-
 1238 gemeinverbindlichkeit ein.

1239 Auch Menschen mit Demenz sollen so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung leben
 1240 können. Dazu fördern wir weiterhin die Beratungsstelle DIKS (Demenz Informations- und Koor-

1241 dinationsstelle Bremen) und Projekte in den Quartieren. Unterstützungsangebote für Angehörige sind uns wichtig.

1243 **6.4 Schwul, lesbisch, transgender – na und?**

1244

1245 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben in Bremen die rechtliche Gleichstellung
1246 von Lesben und Schwulen entscheidend vorangetrieben: Bremen ist das erste Bundesland, das
1247 die verfassungsrechtliche Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe
1248 verankert und in allen Landesgesetzen umgesetzt hat.

1249 Trotz der großen gesellschaftspolitischen Erfolge bleibt Homophobie ein ernst zu nehmendes
1250 strukturelles Diskriminierungsmerkmal. Den von uns angestoßenen „Landesaktionsplan gegen
1251 Homo-, Trans- und Interphobie“ werden wir gemeinsam mit den Akteurinnen und Akteuren
1252 nachschärfen.

1253 Das Rat & Tat-Zentrum für Schwule und Lesben in Bremen werden wir als wichtiges Schlüssel-
1254 projekt der Antidiskriminierungsarbeit erhalten.

1255 Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die Ehe allen Menschen offensteht – unabhän-
1256 gig davon, ob sich zwei Männer, zwei Frauen oder Mann und Frau zusammenfinden. Sollte das
1257 nicht zu erreichen sein, werden wir uns für eine vollständige Gleichstellung von Lebenspartner-
1258 schaft und Ehe stark machen – insbesondere beim Steuer- und Adoptionsrecht.

1259 Das freie Ausleben der eigenen sexuellen Identität gehört für uns ganz klar zu den Grundlagen
1260 der Gleichstellung und verdient verfassungsrechtlichen Schutz. Deshalb setzten wir uns dafür
1261 ein, Artikel 3 des Grundgesetzes dahingehend zu ergänzen, dass auch aufgrund der sexuellen
1262 Identität niemand benachteiligt werden darf.

1263 Die internationalen Kontakte Bremens werden wir nutzen, um darauf hinzuwirken, dass die in
1264 anderen Staaten stattfindende Diskriminierung von Schwulen, Lesben, Bisexuellen sowie trans-
1265 und intergeschlechtlichen Menschen, die nach unserem Verständnis gegen grundlegende Men-
1266 schenrechte verstößt, abgebaut wird.

1267 **6.5 Rechte von behinderten Menschen umsetzen!**

1268 Wir werden die UN-Behindertenkonvention in Bremen und Bremerhaven umsetzen. Das Ziel
1269 dabei: Behinderte Menschen sollen Zugang zu allen gesellschaftlichen Bereichen erhalten. Auch
1270 deshalb stehen wir zur konsequenten Verwirklichung der Inklusion. Und zwar von Anfang an – in
1271 der frühkindlichen, schulischen und beruflichen Bildung, in der Hochschul- und Weiterbildung.
1272 Zudem machen wir uns für einen inklusiven Arbeitsmarkt stark: Behinderte Menschen sollen
1273 umfassend, selbstbestimmt und gleichberechtigt am Arbeitsleben teilnehmen können. Um das
1274 zu erreichen, werden wir die bestehenden rechtlichen Grundlagen konsequent ausschöpfen.

1275

1276 Wir werden die Bundesagentur für Arbeit, die Jobcenter sowie die Kammern und Arbeitgeber-
1277 verbände im Land Bremen unterstützen, damit sie ihren Verpflichtungen bei der Integration be-
1278 hinderter Menschen in den ersten Arbeitsmarkt noch umfangreicher und nachhaltiger gerecht
1279 werden können. Der Öffentliche Dienst soll dabei mit gutem Beispiel vorangehen: Wir wollen
1280 dabei sicherstellen, dass behinderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im öffentlichen
1281 Dienst uneingeschränkt, entsprechend ihren Fähigkeiten und Neigungen berücksichtigt und ge-
1282 fördert werden – sowohl bei der Personalentwicklung als auch beim Personaleinsatz. Die Behin-
1283 dertenwerkstätten sowie Projekte, die eine Integration behinderter Menschen in den Arbeits-
1284 markt zum Ziel haben, werden wir weiter unterstützen.

1285 Dazu wollen wir ein Budget für Arbeit auflegen, das Programm für Unterstützte Beschäftigung
1286 ausweiten und Integrationsbetriebe unterstützen.

1287

1288 Generell gilt für uns die Forderung „Nicht ohne uns über uns“: Wir werden daher alle Maßnah-
 1289 men unterstützen, die es behinderten Menschen ermöglichen, ihre Angelegenheiten weitgehend
 1290 selbstbestimmt zu regeln aber gleichzeitig die Rechte der Beschäftigten berücksichtigen: Das Prin-
 1291 zip des „persönlichen Budgets“ ist dafür ein gutes Beispiel. So werden behinderte Menschen in
 1292 die Lage versetzt, selbst zu entscheiden, welche konkrete Hilfen sie im Alltag, bei der Arbeit oder
 1293 bei der Freizeitgestaltung in Anspruch nehmen wollen.

1294
 1295 Menschen mit Behinderungen, die auf umfangreiche Hilfe angewiesen sind, benötigen diese
 1296 Unterstützung auch dann, wenn sie in einer Klinik sind. Deshalb werden wir uns auf Bundesebe-
 1297 ne für eine gesetzliche Regelung stark machen, welche die Weiterfinanzierung der persönlichen
 1298 Assistenz im Falle eines Klinikaufenthalts für alle Menschen mit Behinderungen gewährleistet.
 1299 Darüber hinaus bleibt unser Ziel eine weitreichende Barrierefreiheit – in der Kommunikation, im
 1300 Verkehr, in öffentlichen Gebäuden oder auf den Plätzen unserer Städte. Diese Entwicklung
 1301 kommt allen Menschen zu Gute.

1302 Speziell im Bereich des betreuten sowie stationären Wohnens werden wir weitere, behinderten-
 1303 gerechte Angebote schaffen.

1304
 1305 Darüber hinaus bleibt unser Ziel eine weitreichende Barrierefreiheit – in der Kommunikation, im
 1306 ÖPNV, in öffentlichen Gebäuden und auf den Plätzen unserer Städte. Wir wollen dafür sorgen,
 1307 dass Menschen mit Behinderungen gleiche Möglichkeiten einer aktiven Teilhabe in möglichst
 1308 allen Bereichen erhalten. Dazu gehören inklusive Angebote in Kunst, Kultur und Sport genauso
 1309 wie in der Volkshochschule, in Museen und vielen weiteren Einrichtungen unserer Städte. Zu
 1310 einer weitreichenden Barrierefreiheit gehört für uns auch das Einsetzen der „Leichten Sprache“.

1311

1312 **7 Sport: Bremen in Bewegung**

1313 Der Sport – und vor allem die ihn tragenden Vereine, Verbände und ehrenamtlich Aktiven sind
 1314 für uns unverzichtbar. Deshalb wollen wir in diesem Bereich gemeinsam mit allen Beteiligten
 1315 buchstäblich in Bewegung bleiben. Sportvereine leisten durch Bewegungs-, Spiel- und Sportan-
 1316 gebote wertvolle Beiträge für unser Gemeinwesen – insbesondere zur Gesundheitsförderung,
 1317 zur Bildung und zum sozialen Zusammenhalt. Damit das in Zukunft so bleibt, werden wir verläss-
 1318 liche Rahmenbedingungen, Planbarkeit und Entwicklungsperspektiven für die Sportvereine
 1319 schaffen.

1320 Unser Ziel ist es, die Vereine dabei zu unterstützen, ein Angebot vorzuhalten, das sich an alle
 1321 Menschen richtet und dabei auch der demografischen Entwicklung Rechnung trägt. Zudem se-
 1322 hen wir im Vereinssport eine gute Möglichkeit, Menschen aus unterschiedlichen Kulturen zu-
 1323 sammen zu bringen. Daher werden wir interkulturelle Sportangebote besonders fördern.

1324

1325 **7.1 Begeisterung bei Kindern und Jugendlichen wecken**

1326 Sport beugt Bewegungsarmut vor, fördert die Entwicklung und trägt zur Gesundheit bei. Mit
 1327 geeigneten Projekten wollen wir so früh wie möglich bei Kindern und Jugendlichen die Begeiste-
 1328 rung für Sport wecken – unter anderem durch Angebote wie den „Bewegungskindergarten“ oder
 1329 Projekte wie „Bewegung, Sport und Spiel für alle in der Grundschule“ und „Schwimmfähigkeit
 1330 bei Kindern“.

1331 Hierzu begleiten wir Kooperationen zwischen Vereinen, Kitas und Schulen und investieren in die
 1332 Qualifizierung von Fachpersonal.

1333 Insbesondere im Rahmen der Ganztagsbetreuung in Kita und Schule müssen Bewegung und
 1334 Sport einen angemessenen Platz haben. Deshalb sollen Kooperationen von Kitas und Schulen mit
 1335 Sportvereinen vor Ort stärker als bisher initiiert und gefördert werden.

1336

7.2 Sport: gesundheitsfördernd – und förderungswürdig

1337 Mit dem gerade unter Einbeziehung des Landessportbundes (LSB) entstehenden Sportentwick-
 1338 lungsplan wollen wir die Trends und Entwicklungsnotwendigkeiten des Sportbereichs für das
 1339 nächste Jahrzehnt erkennen und angehen. Parallel dazu werden wir für diesen Zeitraum einen
 1340 Sanierungsfonds auflegen, der für den Erhalt und die Modernisierung von städtischen und ver-
 1341 einseigenen Sportanlagen eingesetzt werden soll. Zudem wollen wir finanzielle Anreize schaffen,
 1342 um die Vereine als Nutzer stärker in die Pflege städtischer Sportanlagen einzubinden.
 1343 Die ehrenamtlich Engagierten sowie die Übungsleiterinnen und Übungsleiter in den Vereinen
 1344 sind die tragenden Säulen des organisierten Sports. Deshalb werden wir die Übungsleiterinnen-
 1345 und Übungsleiterpauschale mindestens in der jetzigen Höhe erhalten. Um die Sportvereinsarbeit
 1346 zu stärken, werden wir im Zusammenwirken mit dem LSB Bremen und den ausbildenden Ver-
 1347 bänden zusätzlich in die Gewinnung und Qualifizierung von Vereinsmitarbeiterinnen und -
 1348 mitarbeitern investieren.

1349

7.3 Inklusion im Sport

1350 Die gleichberechtigten Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit und ohne eine Behinderung ist
 1351 für uns auch im Sport sehr wichtig und wir setzen auch im Sport auf Inklusion. Wir wollen die
 1352 Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Rahmen des Aktionsplans auf Landesebene
 1353 mit konkreten Maßnahmen voranbringen. Deshalb werden wir entsprechende Sportangebote
 1354 der Vereine und Weiterbildungen für Übungsleiter finanziell unterstützen. Dazu gehört für uns
 1355 ebenfalls der Einsatz von Assistenzen sowie Gebärdendolmetscherinnen und -dolmetschern. Die
 1356 barrierefreie Gestaltung von Sportanlagen wollen wir weiter voranbringen und finanziell unter-
 1357 stützen.

1358

7.4 Leistungssport und große Sportveranstaltungen

1359 Beim Leistungssport wollen wir die Förderung junger Sportlerinnen und Sportler in den Mittel-
 1360 punkt stellen. Den Bundesstützpunkt Rhythmische Sportgymnastik werden wir nach den gege-
 1361 benen Möglichkeiten weiter unterstützen. Nationale und internationale Meisterschaften – wie
 1362 etwa die Tanz- oder Karate-WM genauso wie regelmäßige große Sportveranstaltungen – TT-
 1363 German-Open, Judo-Masters – ziehen jährlich einige tausend Aktive und Besucherinnen und
 1364 Besucher nach Bremen, die dadurch zusätzliche hohe Umsätze in Hotellerie, Gastronomie und
 1365 Einzelhandel generieren. Somit wird durch den Sport eine nicht unerhebliche zusätzliche Wirt-
 1366 schaftskraft allein durch nationale oder internationale Sportveranstaltungen erzielt. Hier wollen
 1367 wir im Zusammenwirken zwischen Sport und Wirtschaftsförderung Bremen GmbH (WfB) weiter-
 1368 hin Akzente setzen.

1369

1370

7.5 Für eine attraktive Bäderlandschaft

1371 Bremen braucht attraktive Bäder, die sowohl Freizeitschwimmerinnen und -schwimmern, den
 1372 Schulen und dem Schwimmsport gerecht werden. Um die attraktive Bäderlandschaft auch in
 1373 Zukunft zu erhalten, werden wir deutliche Investitionen im Rahmen eines Gesamtkonzepts vor-
 1374 nehmen: Das Horner- und das Westbad werden komplett saniert. Das Horner Bad wird dabei
 1375 durch die Ergänzung des Freibads um ein Hallensportbad zum Kombi-Bad weiterentwickelt. Bis
 1376 zum Abschluss dieser beiden Vorhaben, wird das Uni-Bad als Sport- und Freizeitschwimmstätte
 1377 weiter geöffnet bleiben.

1378

8 Kultur und Kunst

1379 Kultur und Kunst prägen das Bild Bremens, steigern die Attraktivität und Bindung der Menschen
 1380 an ihre Stadt und stärken nicht nur nebenbei den Wirtschaftsstandort. Aber die Theater, Orches-

1381 ter und Museen, die Stadtbibliothek, die Volkshochschule, die Musikschule, die Bürgerhäuser,
 1382 das Kommunalkino, die freie Kunstszene und verschiedenen Kulturprojekte – kurzum: Die Kul-
 1383 turschaffenden, Musiker und Musikerinnen, Künstlerinnen und Künstler – tun weitaus mehr als
 1384 das. Kunst und Kultur beeinflussen mit ihren Impulsen viele gesellschaftliche Bereiche, wirken als
 1385 Wegbereiter für neues Denken, eröffnen Bildungswege und -chancen, tragen wesentlich zur Le-
 1386 bensqualität in unseren Städten bei und ermöglichen nicht zuletzt Teilhabe an der Gesellschaft.
 1387 Demokratische Gesellschaften brauchen die Auseinandersetzung mit Kultur und Kunst. Wir
 1388 bekennen uns daher zur staatlichen Verantwortung für kulturelle Bildung sowie zum Erhalt und
 1389 der Schaffung künstlerischer Freiräume. Ein Kernanliegen bleibt daher für uns, dass Kultur und
 1390 Kunst allen Menschen – unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund – offen steht.

1391 **8.1 Aktive Kulturförderung & Vernetzung**

1392 Auch wenn sich der Wert von Kultur und Kunst letztlich der Messbarkeit entzieht, ist für uns klar:
 1393 Ausgaben für Kultur sind Investitionen in die Zukunft.

1394 Deshalb werden wir eine verlässliche Förderung der Kultur und der kulturellen Bildung zur Siche-
 1395 rung eines großstadtangemessenen Kulturangebots weiterhin sicherstellen.

1396 Um in Zeiten knapper Haushaltsmittel die Zukunft von Einrichtungen zu sichern, werden wir alle
 1397 Institutionen besonders unterstützen, die Kooperationsmodelle vorantreiben und so effektivere
 1398 Arbeitsformen schaffen. Darüber hinaus wollen wir insbesondere Netzwerkprojekte sowohl zwi-
 1399 schen den einzelnen Kultursparten als auch zwischen Kultur und anderen gesellschaftlichen Be-
 1400 reichen unterstützen.

1401 Bremen verfügt über eine Vielzahl von Einrichtungen und Projekten mit regionaler wie überregi-
 1402 onaler Strahlkraft. Angefangen mit dem Theater Bremen, das eindrucksvoll bewiesen hat, dass
 1403 wichtige Impulse der Erneuerung in einer etablierten Kultureinrichtung entwickelt werden kön-
 1404 nen, über die Museen und hier insbesondere die Kunsthalle, deren große Sonderausstellungen
 1405 regelmäßig auch hohe zusätzliche Umsätze in Hotellerie, Gastronomie und Einzelhandel auslö-
 1406 sen, bis hin zur Vielzahl von Konzerten, sonstigen Kulturveranstaltungen sowie unseren „um-
 1407 sonst und draußen“-Festivals wie die Breminale oder La Strada, die jeweils bis zu 200.000 Men-
 1408 schen aus der Region anlocken, profilieren Bremen ebenso international wie die Messe „Jaz-
 1409 zahead“, die zudem beispielhaft für die Verbindung von Kultur und Kreativwirtschaft steht.

1410
 1411 Insbesondere die Förderung aus den Einnahmen durch die Tourismusabgabe (City-Tax) bleibt
 1412 dabei eine wichtige Grundlage für die Sicherung hochwertiger Projekte mit überregionaler Be-
 1413 deutung.

1414
 1415 Es gehört zu einem urbanen Raum, dass sich kulturelles Leben nicht nur über die Arbeit traditio-
 1416 neller Institutionen entfaltet, sondern auch über die der Freien Kulturszene. Oft hat diese eine
 1417 Experimentierfunktion und spiegelt in besonderer Weise das Innovationspotenzial unserer Stadt
 1418 wider. In den vergangenen Jahren ist es gelungen, neue Impulse zu setzen. Dies zeigt sich positiv
 1419 im Bereich der Rockmusik mit der Unterstützung des Vereins „Musikszene Bremen“, in der Bil-
 1420 denden Kunst mit der Initiative „Verein 23“ am Güterbahnhof und in der Darstellenden Kunst
 1421 mit der „Schwankhalle“, „Mensch Puppe“ und der „Wilden Bühne“.

1422 Wir wollen auch weiterhin jungen Gruppen Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen und in Zusam-
 1423 menarbeit mit dem „Stadtkultur e. V.“ in bestehenden Strukturen eine kleine Agentur entwi-
 1424 ckeln, die eine Mittlerfunktion für die Beschaffung von Räumen und Ressourcen übernimmt.

1425 **8.2 Kulturelle Bildung wirkt – vor allem auch integrativ**

1426 Gerade die Projekte der kulturellen Bildung sind es, die in Bremen für eine Teilhabe von Men-
 1427 schen aller Generationen sorgen – unabhängig von ihrer sozialen oder ethnischen Herkunft. Kul-

1428 turelle Bildung wirkt im alltäglichen Zusammenleben im besten Sinne integrativ, schafft Aufge-
 1429 schlossenheit, Transparenz und fördert die Bildung von Werten.
 1430 Wir unterstützen die von uns geförderten Kultureinrichtungen daher aktiv bei der Entwicklung
 1431 von Projekten kultureller Bildung. Beispielgebend sind für uns dabei Initiativen, die sich direkt
 1432 vor Ort in den Stadtteilen gebildet haben. Dazu zählen die Aktivitäten von „Kultur vor Ort“ und
 1433 dem Gerhard Marcks Haus ebenso wie die „Musikwerkstatt“ der Bremer Philharmoniker und das
 1434 „Zukunftslabor“ der Deutschen Kammerphilharmonie. Letztere hat – auch mit bundesweiten
 1435 Auszeichnungen – nachgewiesen, dass kulturelle Arbeit die Quartiersentwicklung positiv voran-
 1436 treiben kann.
 1437 Auch Einrichtungen wie die Stadtbibliothek, die Volkshochschule, die Musikschule und die Mu-
 1438 seen bieten einen niedrigschwelligen Zugang zu Kultur, Bildung und Information – und eröffnen
 1439 häufig auch Menschen mit geringem Einkommen die Möglichkeiten zur Teilhabe.
 1440 Und diese Teilhabe wollen wir weiter ausbauen: Mit dem Kulturticket haben wir einen wichtigen
 1441 Schritt in diese Richtung gemacht und diesen Weg wollen wir weitergehen auch in dem wir wei-
 1442 tere Kooperationsangebote und Initiativen von Einrichtungen zu Eintrittsfreiheit prüfen.
 1443
 1444 Kulturelle Bildung befördert in allen Generationen den gesellschaftlichen Entwicklungsprozess
 1445 und wirkt damit auch der zunehmenden sozialen Spaltung entgegen.
 1446 Für uns steht daher fest: Wir werden diesen Bereich sichern und entsprechende Institutionen
 1447 und Projekte gezielt fördern. Gerade auch auf generationsübergreifende Initiativen und Kultur-
 1448 projekte zur Integration werden wir dabei ein besonderes Augenmerk legen, denn sie leisten
 1449 einen wichtigen Beitrag um den Begriff des lebenslangen Lernens mit Leben zu füllen.
 1450 Darüber hinaus gilt es Kinder und Jugendliche möglichst früh an ihre eigenen kreativen Aus-
 1451 drucksmöglichkeiten heranzuführen und ihnen die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur zu
 1452 ermöglichen und so ihre Befähigung zu Reflexion und Kommunikation genauso wie Teamgeist
 1453 und Konzentration zu schulen.

1454 **8.3 Niederdeutsch ist Bremisch**

1455 Für uns gilt: Platt is cool – un Platt blevt een Mudderspraak vun Bremen!
 1456 Um das Niederdeutsche – und speziell das Bremer Platt – weiter zu fördern, haben wir den Bei-
 1457 rat Platt, eingerichtet. Ein Ziel dabei: Platt soll auf verschiedenen Ebenen gefördert werden und
 1458 gerade junge Leute sollen vermehrt – in Schulen, Arbeitsgemeinschaften und in der Freizeit – an
 1459 das Kulturgut Plattdeutsch herangeführt werden.
 1460 Wir werden dafür Sorge tragen, dass der Beirat Niederdeutsch beim Präsidenten der Bürger-
 1461 schaft die Stellungnahme Bremens im Rahmen der Länderberichte zur Charta der Regionalspra-
 1462 chen vor deren Abgabe öffentlich erörtert.
 1463 Wir begrüßen, dass Radio Bremen ein Angebot auf Platt vorhält. In Zukunft soll darüber hinaus
 1464 auch der Bürgerrundfunk dafür sorgen, dass in Fernsehen und Radio mehr Plattdeutsch zu erle-
 1465 ben ist und dafür Sorge tragen, dass die Interessen des Plattdeutschen im Medienrat und im
 1466 Rundfunkrat von Radio Bremen berücksichtigt werden.

1467 **9 Unsere Städte entwickeln – Bauen und Wohnen**

1468 Bremen und Bremerhaven sind weltoffene lebenswerte Städte mit einer jahrhundertealten han-
 1469 seatischen Tradition. Zu dieser Tradition gehört Veränderung – denn unsere Stadtgesellschaften
 1470 entwickeln sich weiter: Wir werden mehr, wir werden älter, wir werden bunter, wir leben und
 1471 arbeiten anders. Diesen Wandel zu gestalten, zu einem guten Zusammenleben und sozialem
 1472 Zusammenhalt beizutragen und die Lebensqualität unserer Städte und Quartiere zu verbessern –
 1473 dafür steht unsere Stadtentwicklungspolitik. Zudem gilt: Unser Bundesland ist keine Insel. Der
 1474 Stadtstaat mit seinen beiden Kommunen ist auf die Zusammenarbeit in der Region angewiesen.
 1475 Innerhalb des Kommunalverbundes wollen wir die regionalplanerische Zusammenarbeit mit un-

1476 seren Nachbarregionen auf eine verbindliche Basis stellen. Im Rahmen der Metropolregion wol-
 1477 len wir die strukturpolitischen Stärken Bremens und des Nordwestens betonen.
 1478 Unsere Stadtentwicklungspolitik hat vor allem einen wichtigen Anspruch: Sie muss auf Beteili-
 1479 gung der Beiräte sowie der Bürgerinnen und Bürger, auf offenen Prozessen sowie am Ende auf
 1480 klaren, nachvollziehbaren Entscheidungen für das Gemeinwohl fußen.

1481 **9.1 Wohnen darf kein Luxus sein!**

1482 Explodierende Mieten haben eine klare Ursache: Mangel an Wohnraum. Genau dort setzen wir
 1483 an: Wir stehen für eine Wohnungsbaupolitik, die insbesondere auch finanziell schlechter gestell-
 1484 te Menschen nicht zurücklässt und gleichzeitig gute Rahmenbedingungen für Bauherren schafft.
 1485 Fakt ist: Wir brauchen mehr und bezahlbare Wohnungen, mehr und zukunftssichere Arbeitsplät-
 1486 ze und die zugehörige Infrastruktur.

1487 Wir sorgen deshalb für gute Rahmenbedingungen für die Schaffung von Wohnraum – und ma-
 1488 chen klare Vorgaben: Wer öffentliche Fläche kauft, muss dafür sorgen, dass mindestens ein Vier-
 1489 tel des dort neu entstehenden Wohnraums, die Kriterien des sozialen Wohnungsbaus erfüllt.

1490 Dazu gehört auch der Anspruch, dass die Wohnungen barrierefrei erstellt und mindestens zu
 1491 fünf Prozent rollstuhlgerecht sind. Klar ist für uns: Das Wohnraumförderungsprogramm muss
 1492 fortgesetzt und weiterhin finanziell abgesichert werden.

1493 Durch die vollzogene Umsetzung der sogenannten Kappungsgrenze haben wir Mieterhöhungen
 1494 bereits begrenzt. Diesen Weg werden wir durch die Umsetzung der Mietpreisbremse für das
 1495 komplette Stadtgebiet Bremens weitergehen.

1496 Aktuell sind in Bremen kaum Wohnungen ohne die Vermittlung einer Maklerin bzw. eines Mak-
 1497 lers zu bekommen, der in der Regel von den zukünftigen Mieterinnen und Mietern bezahlt wird.
 1498 Auf Initiative der SPD hat die Bundesregierung beschlossen, dass künftig auch bei Maklerinnen
 1499 und Maklern gilt: Wer bestellt, bezahlt. Wir werden darauf achten, dass dieses Prinzip nicht un-
 1500 terwandert wird.

1501 Die große Nachfrage in allen Segmenten des Wohnungsbaus und die Veränderungen in den
 1502 Haushaltsgrößen durch die demografische Entwicklung macht außerdem deutlich: Wir müssen
 1503 die Wohnungsbestände nicht nur weiterentwickeln, sondern vor allem auch neu bauen – und
 1504 zwar fortlaufend.

1505 Gute Beispiele für bedeutende geplante oder bereits laufende Projekte sind die Marcuskaje in
 1506 der Überseestadt, der Wohn- und Büropark Oberneuland, die Gartenstadt Werdersee und das
 1507 Hulsbergviertel, in Bremen-Nord der Lesum-Park und das Grohner Grün.

1508 Darüber hinaus setzen wir uns für eine verstärkte Förderung des studentischen Wohnens ein-
 1509 schließlich der Förderungsmöglichkeiten im neuen Wohnraumförderungsprogramm ein. Dabei
 1510 soll auch nach Wegen gesucht werden, den Bau von Wohnheimen gezielt zu unterstützen. Au-
 1511 ßerdem werden wir auch Flüchtlinge beim Wohnraumförderungsprogramm verstärkt berück-
 1512 sichtigen. In den nächsten Jahren wird die Zahl derjenigen, die bei uns Schutz suchen, aufgrund
 1513 der Krisensituationen in der Welt eher zu- als abnehmen. Auch für sie müssen wir Wohnraum
 1514 schaffen, denn Integration und das „Ankommen“ in unserer Gesellschaft gelingt am besten im
 1515 normalen Wohnumfeld.

1516
 1517 Insgesamt gilt für unsere Wohnungsbaupolitik: Nicht nur Wohnen muss bezahlbar bleiben, son-
 1518 dern auch das Bauen. Baustandard-Veränderungen müssen im Einklang mit dem Ziel von bezahl-
 1519 barem Wohnraum stehen.

1520 Das auch auf sozialdemokratische Initiative hin gegründete „Bündnis für Wohnen“ wollen wir
 1521 fortsetzen und somit zu einer aktiven, insbesondere auf bezahlbaren Wohnraum ausgerichteten
 1522 Entwicklung beitragen.

1523 Wir setzen weiterhin auf starke, kommunal geprägte Wohnungsbaugesellschaften in Bremen
 1524 und Bremerhaven und wollen die Gewoba und Stävog noch deutlicher darauf ausrichten, insbe-

1525 sondere in sozial benachteiligten Quartieren bestehenden Wohnraum zu übernehmen und bei
 1526 der Stabilisierung von Quartieren aktiv zu werden. Zudem unterstützen wir die Gewoba und die
 1527 Stäwog bei ihren Neubauaktivitäten und bei ihren Wohnraumkonzepten.
 1528 „Immobilien-Heuschrecken“, denen nur an maximaler Rendite gelegen ist, werden wir mit der
 1529 Umsetzung der Mietpreisbremse und Maßnahmen zur Sicherung der Qualität von Wohnraum im
 1530 Rahmen eines Wohnungsaufsichtsgesetzes entgegentreten.

1531 **9.2 Bremen wächst**

1532 Wir freuen uns auf und über neue Einwohnerinnen und Einwohner und auf neue Unternehmen
 1533 mit zukunftssicheren Arbeitsplätzen. Dazu muss Bremen wachsen: Grundlage ist dabei eine
 1534 nachhaltige Flächenentwicklung, die sich nach innen orientiert, indem Baulücken und Brachflä-
 1535 chen sowie Flächen entlang vorhandener Infrastruktur erschlossen sowie Möglichkeiten für neue
 1536 oder gemeinsame Nutzungen für Wohnen und Gewerbe geschaffen werden. Aufgrund der
 1537 wachsenden Einwohnerzahlen und des gestiegenen Wohnflächenbedarfs, sowie zur weiteren
 1538 Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen werden wir darüber hinaus nötige, zusätzliche Flä-
 1539 chen für Neubauprojekte entwickeln. Für uns steht fest: Für eine soziale und nachhaltige Stadt-
 1540 entwicklung müssen wir zusätzlich ausreichende Flächen für alle Bereiche des Wohnungsbaus
 1541 ausweisen – die über das, was bislang geplant ist, hinausgehen. Dabei gilt es, die zugehörigen
 1542 Infrastruktureinrichtungen sowie eine adäquate Verkehrs- und Arbeitsplatzanbindung zu ge-
 1543 währleisten. Die bisher festgelegten Flächen der sogenannten „30+ Liste“ werden dabei nicht
 1544 ausreichen. Dies muss schon bei der Bauleitplanung berücksichtigt werden.

1545 **9.3 Wohnraum schaffen – Beteiligung ermöglichen**

1546 Wir werden dafür Sorge tragen, dass bis 2020 in Bremen jährlich mindestens 1400 neue
 1547 Wohneinheiten entstehen können. Für den danach weiterhin dringend benötigten Wohnraum in
 1548 allen Mietpreis-Segmenten, werden wir die Grundlagen schaffen. Bauprojekte wollen wir sozial
 1549 und ökologisch verträglich gemeinsam mit den zukünftigen Nachbarinnen und Nachbarn sowie
 1550 den örtlichen Beiräten gestalten. Denn eines ist klar: Die dringend nötigen Wohnungsneubauprojekte
 1551 lassen sich nur realisieren, wenn sie vor Ort konstruktiv begleitet werden. Grundlage
 1552 dafür ist, dass die Bauverwaltung für die entsprechenden Planungs- und Beteiligungsprozesse
 1553 ausreichend ausgestattet ist und vergaberechtliche Spielräume besser genutzt werden. Zudem
 1554 müssen die Projekte sozial verträglich, unter Berücksichtigung ökologischer Belange und unter
 1555 Einbeziehung der Nachbarschafts- und Beiratsbelange, gestaltet werden.
 1556 Darüber hinaus begrüßen wir die Bildung von genossenschaftlichen Strukturen und Organisatio-
 1557 nen als Modell für neue Formen des selbstgestalteten Wohnens.

1558 **9.4 Bremens Zentren entwickeln!**

1559 Ein wichtiges Projekt der nächsten Legislaturperiode ist die Weiterentwicklung der Innenstadt.
 1560 Dazu gehört die Verbesserung der Anbindung an die benachbarten Stadtteile, die Realisierung
 1561 des Citycenters im Ansgari-Quartier und seine Einbindung in die Umgebung.
 1562 Ziel ist es, durch Weiterentwicklung des Altstadtbereichs zwischen Wall, Sögestraße, Obernstra-
 1563 ße und Bürgermeister-Smidt-Straße, einen attraktiven „Rundlauf“ in der Innenstadt zu schaffen,
 1564 der die historisch gewachsenen Strukturen aufgreift und ein kleinräumiges attraktives Stadtbild
 1565 schafft. Darüber hinaus stehen die Umnutzung von innerstädtischen Flächen und Büroimmobi-
 1566 lien auch für die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum und die Neugestaltung des Bereiches
 1567 zwischen Bahnhof, Rembertikreisel und der Unterführung an der Schwachhauser Heerstraße auf
 1568 unserer Agenda. Die unter anderem dazu im Innenstadt Konzept 2025 vorgesehenen Maßnah-
 1569 men werden wir Schritt für Schritt umsetzen.
 1570 Auch die Stadtteilzentren sollen weiter unter Beteiligung der Interessen der Bewohnerinnen und
 1571 Bewohner und der Wirtschaft ausgebaut werden, beispielsweise durch ein aktives Stadtteilmar-

1572 kating oder die Initiierung weiterer Standortgemeinschaften (BIDs: Business Improvement Dis-
1573 tricts).

1574 **9.5 Soziale Stadtteilentwicklung**

1575 Bremen und Bremerhaven bieten eine hohe Lebensqualität. Dennoch gibt es in den Stadt- und
1576 Ortsteilen deutliche Unterschiede der sozialen Lage. Dieser Spaltung unserer Städte wollen wir
1577 mit allen Mitteln entgegenwirken. Denn für uns steht fest: Die Ortsteile und Quartiere bilden
1578 den Lebensmittelpunkt unserer Bürgerinnen und Bürger. Ihre Entwicklung muss ihnen gleiche
1579 Entwicklungschancen bieten.

1580
1581 Gerade die besonders von sozialen Problemen betroffenen Stadtteile und Quartiere sind dabei
1582 auf eine gute öffentliche Infrastruktur angewiesen – von Schulen, Kindertageseinrichtungen über
1583 Angebote für Jugendliche bis hin zu Sport- und Kultureinrichtungen. Bestehende Stadtteilent-
1584 wicklungsprogramme wie „LOS“ (Lokales Kapital für soziale Zwecke) „WiN“ (Wohnen in Nachbar-
1585 schaften) und „Soziale Stadt“ werden wir fortführen und in eine Gesamtstrategie integrieren.
1586 Das WiN-Programm werden wir im Land Bremen fortsetzen und verstärken. Das „Impuls-
1587 Programm“ werden wir überarbeiten und verstärkt am Kriterium der Reduzierung der sozialen
1588 Spaltung ausrichten.

1589 Erfolgreiche WiN-Projekte müssen durch eine dauerhafte Finanzierung aus den zuständigen Res-
1590 sorts nachhaltig gesichert werden.

1591 Darüber hinaus wollen wir auch Projekte der Arbeitsförderung weiter mit sinnvollen Aufgaben
1592 im Stadtteil verknüpfen. Die Quartierszentren sowie die Mütter-, Familien- und Bildungszentren
1593 und alle weiteren ähnlichen Einrichtungen werden wir mit einem Förderprogramm bedarfsge-
1594 recht ausbauen, weiterentwickeln und besser verzahnen.

1595 **10 Lebensqualität sichern – Lebensgrundlagen schützen: Umwelt und Klimaschutz**

1596 Bezahlbarer Wohnraum und gute Arbeit sind für uns Grundlagen für Lebensqualität – aber es
1597 braucht mehr dazu: Von gesunden Lebensbedingungen durch mehr Umwelt- und Lärmschutz bis
1598 hin zu einer besseren Pflege des Grüns entlang unserer Straßen und Wege. Zudem stehen auch
1599 Bremen und Bremerhaven in Sachen Klimaschutz und Klimawandel vor großen Herausforderun-
1600 gen: Die Städte müssen so entwickelt werden, dass sie nicht nur vor Hochwassergefahren ge-
1601 schützt, sondern auch widerstandsfähig und robust auf die Veränderungen des Klimas reagieren
1602 können. Klimaschutz und Umweltpolitik sind nicht denkbar ohne Energiewende. Als Städte an
1603 der Küste und am Fluss stellen wir uns dieser Herausforderung.

1604 **10.1 Klima- und Umweltpolitik**

1605 Unsere Stadtentwicklungspolitik orientiert sich an einem nachhaltigen Umgang mit unseren Res-
1606 sourcen. Klar ist: Bremen und Bremerhaven müssen in den Klimaschutz investieren. Das reicht
1607 vom Umbau der Wirtschaft zu einer klimaneutralen Produktion bis hin zu ökologischen Kriterien
1608 bei der Beschaffung und der Vergabe öffentlicher Aufträge. Den Förderschwerpunkt Klimaschutz
1609 der EFRE-Förderperiode 2014 bis 2020 werden wir dabei für innovative Ansätze nutzen.

1610 Darüber hinaus bleibt der Hochwasserschutz in Bremerhaven und Bremen eine wichtige Aufga-
1611 be. Wir sehen dabei gerade in den Innenstädten eine interdisziplinäre städtebauliche Gestal-
1612 tungsaufgabe und Chance. Zudem werden wir neue Strategien zur Klimaanpassung in unseren
1613 Städten entwickeln und umsetzen: In der Vergangenheit hat der Schwerpunkt des Naturschutzes
1614 auf dem Erhalt der Kulturlandschaft in der Umgebung der Stadt gelegen. Zukünftig wird es zu-
1615 dem wichtig, das Grün in die Stadt und auf die Dächer zu holen. Dabei geht es nicht um einen
1616 Gegensatz zwischen Wohnraum und Grünflächen, sondern um Wohnraum mit Grünflächen.

1617

1618 Der Vor- und Nachsorgende Boden- und Grundwasserschutz bleibt für uns ein wichtiges um-
 1619 weltpolitisches Thema. Wir werden weiter an der Minimierung der bestehenden Belastungen in
 1620 Boden, Wasser und Luft arbeiten. Dabei setzt sich die SPD dafür ein, dass für das Tanklager Farge
 1621 zügig ein verlässlicher Sanierungsplan vom Bund als Eigentümer erstellt wird. Dabei dürfen die
 1622 Kosten nicht im Vordergrund stehen.

1623
 1624 Ein umweltverträgliches Abfallwirtschaftskonzept ist Bestandteil einer ganzheitlichen Wirt-
 1625 schaft- und Standortpolitik. Bei der anstehenden Neuausrichtung der Abfallentsorgung und
 1626 Straßenreinigung legen wir den Grundstein für eine Rekommunalisierung: Durch die Beteiligung
 1627 Bremens sollen die bisher an ein privates Unternehmen vergebenen Aufgaben in einer Anstalt
 1628 öffentlichen Rechts gebündelt und weiterhin mit Unterstützung von Dritten erledigt werden. Das
 1629 Ziel dabei ist, dass Bremen so wieder maßgeblichen Einfluss gewinnt. Diesen wollen wir unter
 1630 anderem dazu nutzen, dass künftig eine Tarifbindung zugunsten aller Beschäftigten gilt, eine
 1631 sinnvoller Umgang mit dem Abfall – vorrangig durch Wiederverwertung, Recycling und eine öko-
 1632 logische möglichst unbedenkliche Entsorgung – sichergestellt wird, und die Müllgebühren stabil
 1633 bleiben.

1634 ***10.2 Das Grün in die Städte holen und für Pflege sorgen!***

1635 Für uns sind und bleiben die Grünflächen, Parks und auch die Grünstreifen an Straßen und We-
 1636 gen gleichsam ein Faktor für den Klimaschutz und für die Lebensqualität in unseren Städten.
 1637 Keine Frage: Unser Stadtgrün und insbesondere unsere Bäume müssen auch unter Sicherheits-
 1638 aspekten – beispielsweise um Gefahren durch herunterfallende Äste vorzubeugen – gepflegt
 1639 werden. Sich darauf zu beschränken reicht allerdings nicht aus – wir setzen stattdessen auf eine
 1640 nachhaltige Grünpflege. Dies wollen wir unter anderem durch die Zusammenführung und Opti-
 1641 mierung der kommunalen Aufgaben im Stadtgebiet Bremen unterstützen. Darüber hinaus wol-
 1642 len wir das städtische Grün in Zusammenarbeit mit dem „Bündnis Grün“ und mit Ideen der Bür-
 1643 gerinnen und Bürger weiterentwickeln, verschiedene Nutzungsmöglichkeiten zulassen und durch
 1644 die Vernetzung von guten Ideen und Ergebnissen zu einer deutlichen Verbesserung der Grünflä-
 1645 chenpflege kommen.

1646 Zudem haben insbesondere auch die Kleingartengebiete für unsere grünen Städte einen hohen
 1647 Stellenwert. Gemeinsam mit den Kleingartenverbänden und -vereinen werden wir deren Ent-
 1648 wicklung weiter unterstützen und die gesetzlich geregelte niedrige Pacht erhalten.
 1649 Mit einem zukunftssicheren Kleingartenentwicklungsplan wollen wir zudem klare Perspektiven
 1650 für das Kleingartenwesen in Bremen aufzeigen. Berücksichtigt werden sollen in diesem Rahmen
 1651 unter anderem auch Fragen zur Pflege der öffentlichen Grünanlagen in Kleingartengebieten,
 1652 Parzellenzusammenfügungen zur Errichtung von Kompensationsflächen oder zur Umweltbildung
 1653 sowie Gebiete für Wochenendhäuser und temporäres Wohnen.

1654 ***10.3 Die Energiewende gestalten***

1655 Die Energiewende bedeutet den grundlegenden Umbau der Energieversorgung und damit auch
 1656 Innovationspotenzial für den Wirtschaftsstandort Bremen. Bei der Energieerzeugung werden wir
 1657 uns – zusätzlich zu bestehenden Standorten von Wind- und Wasserkraft – vor allem für einen
 1658 weiteren Ausbau der Nah- und Fernwärme stark machen. Als wichtiger Schritt auf dem Weg zu
 1659 einer möglichst umweltfreundlichen Energieerzeugung, sehen wir den Bau des Offshore-
 1660 Terminals in Bremerhaven.

1661 Die Beteiligung an den Energienetzen ist ein wichtiger Baustein für eine transparente und koope-
 1662 rativ gesteuerte Energiepolitik in Bremen. Die Energiewende verbindet den Ausbau erneuerbarer
 1663 Energien mit Energieeffizienz und Energiesparen. Das brauchen wir, damit Energie für alle Ein-
 1664 kommensgruppen bezahlbar bleibt.

1665 Energie, die nicht verbraucht wird, muss nicht erzeugt werden. Deshalb setzen wir, um die Ener-

1666 giewende zu unterstützen weiterhin an erster Stelle auf die Einsparung von Energie. Dies gilt
 1667 nicht nur für Wohngebäude, sondern auch für Unternehmen und unsere Infrastruktur.
 1668 Nachholbedarf sehen wir insbesondere bei öffentlichen aber auch privaten Gebäuden, deren
 1669 Sanierungsraten wir deutlich erhöhen wollen, um so auch die Belastung durch die sogenannte
 1670 „Zweite Miete“ – also die steigenden Energieebenkosten – zu beschränken.
 1671 Maßgabe ist für uns dabei, dass Mieterinnen und Mieter am Ende unter dem Strich nicht mehr
 1672 zahlen müssen: Mögliche Mietsteigerungen sollen die Einsparungen durch geringere Nebenkos-
 1673 ten nach einer erfolgten energetischen Sanierung nicht übersteigen.
 1674 Bei den Themen Energieeffizienz und Energieeinsparung werden wir weiter insbesondere auf
 1675 Beratungsangebote für Mieterinnen und Mieter und eine unterstützende Förderung auch für
 1676 Unternehmen setzen. Für uns gilt dabei das Prinzip „Anreize statt Verbote“ – statt Maßnahmen
 1677 vorzuschreiben, setzen wir auf Überzeugung.

1678 **11 Für eine Verkehrspolitik, die (Interessen) verbindet**

1679 Unser Ziel ist eine zukunftsfähige Weiterentwicklung des Bremer Verkehrssystems – sowohl für
 1680 den Öffentlichen Nahverkehr, den motorisierten Individual- und Wirtschaftsverkehr als auch für
 1681 Radfahrende sowie für Fußgängerinnen und Fußgänger. Denn uns geht es darum, die Interessen
 1682 der Bremerinnen und Bremer, die der Wirtschaft und die Belange des Umwelt- und Klimaschutz-
 1683 zes in Einklang zu bringen.

1684 Als dringend erforderlich sehen wir den angemessenen Unterhalt von Straßen und Brücken so-
 1685 wie Maßnahmen für mehr Lärmschutz an. Hierzu werden wir mehr Mittel einsetzen.

1686
 1687 Auf der Grundlage des beschlossenen „Verkehrsentwicklungsplanes Bremen 2025“ (VEP) werden
 1688 wir das Verkehrssystem weiter entwickeln und den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen an-
 1689 anpassen. Großvorhaben sind dabei unter anderem die Fertigstellung der Autobahn 281 und die
 1690 Verlängerung der Straßenbahnlinie bis nach Oslebshausen. Darüber hinaus finden sich in dem
 1691 insgesamt rund 200 Punkte umfassenden Plan viele weitere Maßnahmen, um die Straßen, die
 1692 Bedingungen für Radfahrerinnen und Radfahrer sowie den öffentlichen Personennahverkehr und
 1693 den Güterverkehr in Bremen zu verbessern. Den Verkehrsentwicklungsplan werden wir daher
 1694 Schritt für Schritt umsetzen.

1695 ***11.1 Busse und Bahnen: bezahlbare Mobilität ermöglichen***

1696 Mobilität darf keine Frage des Geldbeutels sein: Alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer
 1697 sind gleichberechtigt, egal ob sie Arbeitsplätze, Gewerbegebiete, Freizeitmöglichkeiten in den
 1698 Stadtteilen oder die Innenstadt erreichen wollen.

1699 Darüber hinaus muss Mobilität gerecht sein: Deshalb haben wir unter dem Motto „Eine Stadt ein
 1700 Tarif“ einen einheitlichen Ticket-Preis auch für Fahrten von und nach Bremen-Nord durchge-
 1701 setzt. Mit dem Stadtticket haben wir zudem ermöglicht, dass Menschen mit geringem Einkom-
 1702 men Busse und Bahnen zu einem deutlich vergünstigten Preis nutzen können. Dieses Angebot
 1703 wollen wir ausbauen. Um noch bessere Konditionen für Kinder und Jugendliche anbieten zu
 1704 können, wollen wir zum Beispiel die vergünstigten Azubi-, Schul- und Kindertickets, sowie das
 1705 Jugendfreizeit- und Schülerferienticket miteinander verzahnen.

1706 Außerdem wollen wir die Fahrgastinformation verbessern in dem wir uns unter anderem für
 1707 eine einheitliche, verständliche Tarifstruktur einsetzen. Um den Fahrkartenkauf zu erleichtern
 1708 werden wir uns für einheitliche Ticketautomaten auf den Bahnhöfen in und um Bremen stark
 1709 machen.

1710 ***11.2 Neue, bessere Verbindungen***

1711 Wir stehen zur BSAG als kommunales Nahverkehrsunternehmen. Den ÖPNV, das Straßenbahn-,
 1712 S-Bahn- und Busnetz werden wir, insbesondere was die Stadtteilzentren und die Arbeitsplätze in

1713 den Gewerbegebieten am Rand der Stadt angeht, weiter verbessern und – im Rahmen der finan-
 1714 ziellen Möglichkeiten – stärker miteinander verknüpfen. Den bereits beschlossenen Ausbau der
 1715 Straßenbahn über Huchting hinaus in die niedersächsischen Nachbargemeinden sowie die Ver-
 1716 bindung der Gleise in der Steubenstraße in Richtung Vahr werden wir umsetzen. Darüber hinaus
 1717 werden wir die Planungen für Straßenbahnverlängerungen nach Osterholz, Oslebshausen sowie
 1718 zur Universität (Verlängerung der Linie 8) aufnehmen.

1719 Ein völlig neues Angebot soll den ÖPNV dabei zukünftig ergänzen: Unser Ziel ist es in Bremen
 1720 eine neue Fährverbindung zwischen Walle, Woltmershausen und Gröpelingen einzurichten.
 1721 In einem weiteren Schritt wollen wir mit dem Verkehrsverbund Bremen Niedersachsen (VBN)
 1722 Gespräche über Möglichkeiten zur Aufnahme der Bremer Fährverbindung in den VBN aufneh-
 1723 men.

1724
 1725 Durch den Ausbau des Bahnknoten Bremens wollen wir zudem für eine Verdichtung und verbes-
 1726 serte Pünktlichkeit des S-Bahn-Verkehrs sorgen sowie den Bau eines Bahn-Haltepunktes im Tech-
 1727 nologiepark durch die Bahn forcieren. Außerdem ist unser Ziel, die Erreichbarkeit der Innenstadt
 1728 für alle Verkehrsarten zu verbessern. Dazu werden wir Schritt für Schritt, die mit Vertreterinnen
 1729 und Vertretern aus Wirtschaft, Umweltverbänden sowie weiteren Beteiligten vereinbarten
 1730 Maßnahmen des Innenstadtkonzeptes für Bremen umsetzen. Für Bremerhaven werden wir auf
 1731 der Schiene eine bessere Anbindung an den Fernverkehr fordern.

1732
 1733 Gerade angesichts des zunehmenden Fernbusverkehrs, sprechen wir und dafür aus, den neuen
 1734 Bremer Fernbusreisetterminal auf dem Gelände des Güterbahnhofs in Nachbarschaft zum Bre-
 1735 mer Hauptbahnhof entstehen zu lassen. Auf diese Weise wollen wir die über Jahre für Fahrgäste
 1736 unkomfortable und teilweise durch den vorbeifließenden Verkehr gefährliche Situation an den
 1737 bisherigen Standorten der Fernbusse (Breitenweg und Hugo-Schauinsland-Platz) grundlegend
 1738 verbessern.

1739 ***11.3 Per Pedes und per Rad***

1740 Wir wollen im gesamten Stadtgebiet die Aufenthaltsqualität für Fußgängerinnen und Fußgänger
 1741 verbessern, „dunkle Ecken“ und andere Angsträume beseitigen.

1742 Bei der Gestaltung von Straßen und Plätzen aber auch im ÖPNV wollen wir für mehr Barriere-
 1743 freiheit sorgen – die Bedürfnisse von mobilitätseingeschränkten Menschen sollen dabei der
 1744 Maßstab sein.

1745 In Bremen hat Fahrradfahren Tradition. Wir wollen den Radverkehr als gesunde, günstige Ver-
 1746 kehrsart, aber auch als zunehmenden Tourismuszweig, weiter fördern. Dazu werden wir das
 1747 Radverkehrsnetz beispielsweise durch neue Fahrradrouuten und den Ausbau von Radwander- und
 1748 Radschnellwegen rechts und links der Weser und auch abseits der Hauptverkehrsachsen weiter
 1749 entwickeln. Einen Fokus werden wir auf gute Radwegeverbindungen in den Quartieren und de-
 1750 ren Anbindung an die Innenstadt legen.

1751
 1752 Knotenpunkte und unsichere Straßenräume sollen im Hinblick auf Radfahrende sowie Fußgänge-
 1753 rinnen und Fußgänger umgestaltet werden. Dort wo sich viele Menschen aufhalten, arbeiten
 1754 oder einkaufen, wollen wir weitere Fahrradstellbügel installieren. Für alle, die am Verkehr
 1755 teilnehmen, ob mit Rad, zu Fuß oder motorisiert, muss neben- und miteinander sicher Platz sein.
 1756 Dort, wo verschiedene Nutzungen auf engem Raum aufeinandertreffen, werden wir unter Betei-
 1757 ligung der Bürgerinnen und Bürger an Lösungen arbeiten, um das Konfliktpotenzial zu entschär-
 1758 fen.

1759

11.4 Wirtschaft und Verkehr

1760 Bremen ist ein bedeutender Wirtschaftsstandort mit oberzentraler Bedeutung. Durch die Um-
 1761 setzung der Maßnahmen des Verkehrsentwicklungsplans wollen wir die optimale Erreichbarkeit
 1762 für den Personen-, Güter- und Warenverkehr sicherstellen. Gemeinsam mit den Umlandgemein-
 1763 den wollen wir den Verkehrsentwicklungsplan zu einem regionalen Verkehrskonzept weiterent-
 1764 wickeln und auch dadurch für einen effizienten, verlässlichen Wirtschaftsverkehr sorgen.

1765 Für Pendlerinnen und Pendler wollen wir das Park & Ride-Angebot verbessern sowie für eine
 1766 bessere Abstimmung des regionalen Bus- und Schienenverkehrs sorgen. Die Erreichbarkeit der
 1767 Innenstadt werden wir für alle Verkehrsarten verbessern und durch ein neues Parkraumkonzept
 1768 das Einkaufen rund um die Obernstraße noch attraktiver machen.

1769 Der Ringschluss der A281 bleibt für uns ein zentrales Ziel unserer Verkehrspolitik – einerseits um
 1770 den innerstädtischen Bereich vom Güterverkehr auf der Straße zu entlasten und andererseits um
 1771 die Infrastruktur für die Unternehmen in Bremen zu verbessern. Mit dem Bauabschnitt 2.2. wer-
 1772 den wir diesem Vorhaben buchstäblich ein weiteres, wichtiges Stück näher kommen und zu ei-
 1773 ner deutlichen Verbesserung der Bremer Autobahn-Infrastruktur beitragen. Darüber hinaus
 1774 werden wir auch den Bau der B6n vorbereiten.

1775 Außerdem machen wir uns für einen Ausbau des Bahnknoten und die zügige Umsetzung des „2.
 1776 Seehafenhinterlandsofortprogramms“ stark. Kernthema dabei ist die Entlastung des Bahnkno-
 1777 tens Bremen vom weiterhin steigenden Güterverkehr aus den Häfen. Zudem darf von Bund und
 1778 Bahn bei der Ertüchtigung des bestehenden Schienennetzes im Hinterland der Häfen nicht mehr
 1779 „Bummelbahn“ gefahren werden. Konkret werden wir uns unter anderem deutlich für einen
 1780 raschen Ausbau der Leistungskapazität bereits bestehender Strecken, wie etwa Bremerhaven-
 1781 Bremervörde-Rotenburg oder Bremerhaven-Bremen Nord, einsetzen.

1782

11.5 Lärm ist kein Luxusproblem

1783 Lärm ist keineswegs ein „Problem für Empfindliche“, sondern gefährdet generell die Gesundheit.
 1784 Deshalb haben wir einen konkreten Lärmreduzierungsplan für Bremen aufgestellt, dessen Maß-
 1785 nahmen wir Schritt für Schritt umsetzen werden. In Wohnstraßen setzen wir, um den Verkehrs-
 1786 lärm zu senken, auf eine Geschwindigkeitsbegrenzung – dort sollen künftig nur noch 30 Kilome-
 1787 ter pro Stunde erlaubt sein.

1788 Um den Bahnlärm kurzfristig zu vermindern, ist insbesondere bei Güterzügen der Einbau neuer
 1789 Bremsen zu forcieren und der Lärmschutz an den Bahnlinien zu intensivieren. Zudem setzen wir
 1790 uns für kurzfristig mögliche Umfahrungsmöglichkeiten für den Güterverkehr ein, der bislang auf
 1791 der Schiene direkt durch das Nadelöhr Bremen fließt. Langfristig sind diese Hafenhinterlandver-
 1792 kehre aus Bremerhaven und Wilhelmshaven um Bremen herumzuleiten. Darüber hinaus werden
 1793 wir uns dafür einsetzen die Weser als Transportstrecke noch stärker zu berücksichtigen.

1794 Um die Bremerinnen und Bremer vor vermeidbarem Fluglärm zu schützen, werden wir das
 1795 Nachtflugverbot weiterhin konsequent – auch mit deutlichen Strafgebühren bei Nichtbeachtung
 1796 durch Fluggesellschaften – umsetzen. Dadurch konnten in der Vergangenheit Verstöße gegen
 1797 das Nachtflugverbot erheblich reduziert werden, weshalb wir diese Linie auch künftig beibehal-
 1798 ten.

1799

12 Demokratie stärken

1800 Demokratie ist keine Zuschauerveranstaltung, sondern sie hängt davon ab, dass möglichst viele
 1801 mitmischen – und zwar nicht nur in den Beiräten oder der Bürgerschaft.

1802 Zu einer demokratischen Gesellschaft gehören nicht nur Wahlen, sondern auch Mitwirkungs-
 1803 möglichkeiten im Alltag.

1804

1805

12.1 Bürgerbeteiligung aus und als Prinzip

1806 Wir sind der festen Überzeugung: Bürgerbeteiligung belebt und bereichert die repräsentative
 1807 Demokratie, wenn sie allen eine Stimme gibt und die Möglichkeit zur Mitgestaltung bietet. Des-
 1808 halb haben wir unter anderem die Hürden für Volksentscheide und Bürgeranträge gesenkt sowie
 1809 als erstes Bundesland eine „Privatisierungsbremse“, die vor dem Verkauf von öffentlichem Ei-
 1810 gentum einen Volksentscheid vorsieht, eingeführt. Diesen Weg wollen wir weitergehen, indem
 1811 wir die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger über die zahlreichen guten Ansätze hinaus zu
 1812 einem Strukturprinzip unserer Stadtgesellschaft machen.

1813 Hierfür werden wir unter breiter Beteiligung aller Interessierten ein Leitbild Partizipation entwi-
 1814 ckeln und umsetzen. Durch Vernetzung vorhandener Ressourcen soll zudem eine zentrale An-
 1815 lauf- und Beratungsstelle für die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger eingerichtet werden.
 1816 Das Petitionsrecht werden wir dabei durch systematische Verknüpfungen mit anderen Beteili-
 1817 gungsformen für Bürgerinnen und Bürger und Rechtsbehelfen zu einem echten Einwirkungs-
 1818 instrument weiterentwickeln.

1819 Mit der Umsetzung des „Bremer Entwicklungsplan Bürgerbeteiligung. Betroffene zu Beteiligten
 1820 machen!“ wollen wir die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern verbindlich und dauerhaft in
 1821 Politik und Verwaltung verankern.

1822 Klar ist: Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung muss ein Dialog auf Augenhöhe sein. Das setzt einen
 1823 fairen und wertschätzenden Umgang aber eben auch eine entsprechende Finanzierung voraus.

1824 Wirkliche und erfolgreiche Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung ist nicht umsonst zu haben. In
 1825 den Projektkosten und den für die Umsetzung von Entscheidungen erforderlichen Haushaltsmit-
 1826 teln müssen die Kosten der Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung von Anfang an dargestellt wer-
 1827 den.

1828 Wir wollen das Instrument der Planungskonferenzen für eine weitere Verbesserung der Informa-
 1829 tion und Beteiligung von Beiräten sowie der Bürgerinnen und Bürger vor Ort weiterentwickeln.

1830 Hierzu sollen die Senatsressorts für ihren jeweiligen Bereich frühzeitig über anstehende Ent-
 1831 scheidungen informieren, etwa in Form einer Vorhabenliste mit allen anstehenden Projekten
 1832 und Entscheidungen. Dazu soll eine Internetplattform eingerichtet werden, die Transparenz über
 1833 Beteiligungsprojekte, ihren aktuellen Stand, ihre Rahmenbedingungen und ihre Auswertung her-
 1834 stellt.

1835 Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung „auf Augenhöhe“ muss auf Stadtteilebene beginnen und da
 1836 umgesetzt werden, wo die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar betroffen sind. Wir werden ge-
 1837 währleisten, dass alle Ressorts dieser Verantwortung gerecht werden.

1838 Gerade Menschen, die sich nicht von sich aus einbringen, wollen wir für eine Mitarbeit an unse-
 1839 rer demokratischen Gesellschaft gewinnen, auf sie zugehen, sie aktivieren, fördern und weiter-
 1840 bilden, aber auch konkret unterstützen, etwa durch die Organisation von Dolmetscherinnen und
 1841 Dolmetschern oder Kinderbetreuung.

1842

1843

12.2 Auch Junge Menschen sollen mitmischen

1844 In der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sehen wir einen direkten Gewinn für die Demo-
 1845 kratie. Deshalb haben wir u. a. als erstes Bundesland das Wahlalter bei Landtagswahlen auf 16
 1846 Jahre gesenkt. Klar ist: Die Politik muss stärker als bisher auf junge Menschen eingehen und ihre
 1847 Bedürfnisse und Forderungen ernstnehmen. Gerade in einer alternden Gesellschaft müssen Poli-
 1848 tik und Verwaltung für junge Menschen relevante Themen aufgreifen und ihnen Beteiligungs-
 1849 möglichkeiten eröffnen. Entsprechende Projekte müssen klar auf Wirkung ausgerichtet sein,
 1850 damit das Engagement der jungen Leute nicht verpufft.

1851 Wir werden den Bereich der politischen Bildung stärken, um die Grundlagen dafür zu legen, dass
 1852 junge Menschen sich selbstbewusst einbringen.

1853 Wir wollen erreichen, dass in jedem Stadtteil ein finanziell abgesichertes Jugendbeteiligungspro-
 1854 jekt gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen entwickelt wird. Junge Menschen haben das
 1855 Recht auf derartige Beteiligungsprojekte und deren Unterstützung durch die Stadtteilbeiräte
 1856 sowie durch finanzielle Mittel. Wir wollen insbesondere die Einrichtung von Jugendbeiräten mit
 1857 eigenem Etat in den einzelnen Stadtteilen weiter fördern. Darüber hinaus wollen wir gemeinsam
 1858 mit den Jugendbeiräten ein gesamtbremsches, repräsentatives Jugendparlament entwickeln.
 1859 Auch bei der Bau- und Verkehrsplanung sowie bei der Umsetzung des Bäderkonzepts sollen Ju-
 1860 gendliche im Rahmen von gesonderten Beteiligungsprojekten mitmischen können. Dabei wollen
 1861 wir sicherstellen, dass die Ideen des Nachwuchses im weiteren Prozess nachhaltig berücksichtigt
 1862 werden. Zudem soll die zentrale Stelle zur Entwicklung und Koordinierung der Jugendbeteiligung
 1863 erhalten werden.
 1864 Neben der Beteiligung an der Weiterentwicklung der Freizis und Freizeitangebote wollen wir
 1865 junge Leute auch bei der Gestaltung von Treffpunkten im öffentlichen Raum – wie etwa an der
 1866 Diskomeile – mit ins Boot holen.

1867 **12.3 Die Bürgerschaft**

1868 Demokratie lebt von Transparenz. Deshalb ermöglichen wir, dass Ausschuss- und Deputationsssi-
 1869 zungen live übertragen werden. Um neben Abgeordneten auch Bürgerinnen und Bürger als De-
 1870 putierte an Entscheidungen zu beteiligen, wollen wir Parlamentsausschüsse, die hauptsächlich
 1871 ein Senatsressort kontrollieren, in Deputationen umwandeln.
 1872 Wir regeln eine Veröffentlichungspflicht für alle Abgeordneten über alle Nebeneinnahmen, um
 1873 den „bösen Schein“ wirtschaftlicher Abhängigkeiten durch Transparenz zu beseitigen.
 1874 Bremen ist das letzte Bundesland mit einer vierjährigen Legislaturperiode. Eine Verlängerung auf
 1875 fünf Jahre würde mehr politische Kontinuität und einen Gleichklang mit den anderen Bundeslän-
 1876 dern herstellen. Gleichzeitig darf dies nicht zu einer Einschränkung der demokratischen Teilhabe
 1877 führen. Eine Entscheidung über die mögliche Verlängerung der Legislaturperiode werden wir
 1878 unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger, im übergreifenden Konsens erarbeiten.
 1879 Wir schaffen eine demokratische Legitimationskette für die Einstellung, Berufung und Beförde-
 1880 rung von Richterinnen und Richtern: Dazu sollen die Kompetenzen des Richterwahlausschusses
 1881 erweitert werden. Zudem sollen alle Mitglieder des Gremiums künftig durch die Bürgerschaft
 1882 gewählt werden. Dem Ausschuss sollen in Zukunft mehrheitlich Abgeordnete und keine Vertre-
 1883 terinnen und Vertreter der Exekutive angehören.
 1884 Sinkende Wahlbeteiligung bedroht die demokratische Legitimität von Wahlen und transformiert
 1885 die soziale Spaltung unseres Landes in eine politische. Zunehmend gilt, wer in sozial benachtei-
 1886 ligten Verhältnissen lebt, bestimmt nicht mehr über die politischen Verhältnisse mit. Wir werden
 1887 deshalb Maßnahmen umsetzen, die Stimmabgabemöglichkeit näher an die Menschen heran-
 1888 bringt und faktische Hürden der Wahlbeteiligung senkt.

1889 **12.4 Demokratie vor Ort: die Beiräte**

1890 Beiräte und Ortsämter müssen unterstützt und von vermeidbarer Verwaltungsarbeit entlastet
 1891 werden. Sie müssen in Konfliktfällen wissen, wie und ob sie einen Rechtsweg beschreiten kön-
 1892 nen. Wir schaffen Klarheit über die Beratungs-, Beteiligungs- und Entscheidungskompetenzen
 1893 der Beiräte auch in Abgrenzung zu anderen staatlichen Stellen, insbesondere den Senatsressorts,
 1894 und über die Rechtsmittel, die den Beiräten zur Verfügung stehen. Wir wollen prüfen, wie mehr
 1895 Rechtssicherheit bei der Wahl der Ortsamtsleiterinnen und -leiter geschaffen werden kann.
 1896 Für die Beiräte muss ebenso wie für die beteiligten Senatsressorts und die nachgeordneten Be-
 1897 hörden so schnell wie möglich transparent und nachvollziehbar sein, wie Beschlüsse des Beirates
 1898 weiter behandelt werden. Dies soll durch ein standardisiertes Informations- und Bearbeitungs-
 1899 verfahren gewährleistet werden, das auch verbindliche Fristen regelt.

1900 Die durch die Beiräte verkörperte demokratische Mitgestaltung unserer Stadtteile beruht auf
 1901 dem hohen ehrenamtlichen Engagement der Menschen, die sich als Beiratsmitglieder und sach-
 1902 kundige Bürgerinnen und Bürger einbringen. Die wichtige und wertvolle ehrenamtliche Tätigkeit
 1903 der Mitglieder in den Beiräten werden wir weiterhin unterstützen – auch durch entsprechende
 1904 Fortbildungsangebote. Insbesondere wollen wir weitere Angebote zur Beteiligung von jungen
 1905 Menschen für Beiratsmitglieder und Ortsamtsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter schaffen. Denn
 1906 Jugendbeiräte sind für uns ein wichtiger Baustein der Bürgerbeteiligung. Es geht aber nicht da-
 1907 rum die Struktur und Arbeitsweise der Beiräte eins zu eins auf die Jugendbeiräte zu übertragen.
 1908 Jugendbeteiligung erfordert besondere Formen und Wege aber auch die Möglichkeit eigene
 1909 Projekte zu unterstützen oder zu initiieren. Deshalb wollen wir für alle Jugendbeiräte einen eige-
 1910 nen Etat. Darüber hinaus wollen wir mit Schulungsangeboten die Jugendbeiräte dabei unterstüt-
 1911 zen eigene jugendgerechte Beteiligungs- und Arbeitsformen zu entwickeln.
 1912 Wir wollen gemeinsam mit den Jugendbeiräten einen Prozess hin zu einem gesamtbremschen,
 1913 repräsentativen Jugendparlament realisieren.
 1914

12.5 Unbezahlt und unbezahlbar: das Ehrenamt

1915 Das gesellschaftliche Miteinander hängt nicht allein an Wirtschaftsdaten: Ehrenamtlich und bür-
 1916 gerschaftlich engagierte Menschen, die sich für das Gemeinwohl einsetzen, sind ein einzigartiger
 1917 Wert für unsere Stadtgesellschaft.
 1918
 1919 Ob im Sport, in der sozialen Arbeit mit Kindern, Jugendlichen, älteren und kranken Menschen,
 1920 oder im Umweltbereich: Die Arbeit der Ehrenamtlichen ist unbezahlt und bleibt unbezahlbar.
 1921 Gerade deshalb wollen wir die Rahmenbedingungen, die diese Arbeit stützen, weiter verbessern.
 1922 Hierzu soll unter anderem die bestehende Ehrenamtskarte weiter entwickelt werden. Darüber
 1923 hinaus wollen wir in Zusammenarbeit mit der Freiwilligenagentur Bremen mit einem entspre-
 1924 chend geförderten Programm noch mehr Ehrenamtliche gewinnen und qualifizieren. So sollen
 1925 Möglichkeiten, sich zu engagieren für alle Menschen geschaffen werden – egal ob Jung und Alt,
 1926 egal ob hier geboren oder zugewandert. Auch für behinderte Menschen wollen wir in Zusam-
 1927 menarbeit mit dem Landesbehindertenbeauftragten sowie den Einrichtungen und Initiativen der
 1928 Behindertenhilfe eine möglichst gleiche Teilhabe an ehrenamtlicher Arbeit ermöglichen.
 1929 Die Wertschätzung für ehrenamtliche Tätigkeit muss auch in der Tagespolitik zum Ausdruck
 1930 kommen. Wir setzen auf die Vielfalt des Engagements in Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, Um-
 1931 weltorganisationen, Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, Selbsthilfegrup-
 1932 pen, Migrantinnen- und Migrantenorganisationen, Stiftungen, Freiwilligendiensten und Netz-
 1933 werken in der Integrations- und Inklusionsarbeit sowie in zahlreichen anderen Organisationen.
 1934 Dort arbeiten viele Menschen für ein solidarisches Miteinander – und sie alle sind für uns wichti-
 1935 ge Partner auf dem Weg zu einer besseren Gesellschaft.

13 Sicher leben in Bremen und Bremerhaven

1936 Kriminalitätsbekämpfung – dieses Thema steht weit oben auf unserer Agenda. Dazu brauchen
 1937 wir unsere Polizistinnen und Polizisten in erster Linie auf der Straße. Um das zu erreichen, wollen
 1938 wir die Polizei von unnötigen Aufgaben befreien und sie ausreichend und sicher mit Personal
 1939 ausstatten. Gleichzeitig sorgen wir für Rahmenbedingungen, die eine leistungsfähige qualifizierte
 1940 und schnelle Hilfe sicherstellen, wenn die Feuerwehr oder der Rettungsdienst benötigt werden.
 1941

13.1 Bürgernahe Polizeiarbeit

1942 Die gute und bürgernahe Schutzpolizeiarbeit in Bremen ruht auf drei Säulen. Sowohl bei den
 1943 Zentralen Einsatzdiensten, als auch in den Polizeirevieren an den Orten und zu den Zeiten, wo sie
 1944 von Bürgerinnen und Bürgern gebraucht werden, sind Polizeibeamtinnen und -beamte sichtbar
 1945 und ansprechbar. Dies gilt umso mehr für die dritte Säule: Unsere Kontaktpolizisten, die KOPs,
 1946

- 1947 die vor Ort wertvolle Arbeit leisten. Das Verhältnis dieser drei Bereiche werden wir weiter ver-
 1948 bessern und auf geänderte Anforderungen reagieren.
 1949 Dabei legen wir Schwerpunkte auf die Kriminalitätsbekämpfung und die Präsenz der Polizei in
 1950 den Stadtteilen, wozu wir das bestehende Standortkonzept anpassen.
 1951 Künftig soll der Kontakt zur Polizei darüber hinaus auch online – bis hin zur Erstellung von Anzei-
 1952 gen – möglich werden.

13.2 Für eine leistungsfähige Polizei

- 1953
 1954 Kriminalitätsbekämpfung benötigt eine angemessene, sichere Ausstattung. Wir machen uns für
 1955 eine professionelle und moderne Ausbildung von Polizistinnen und Polizisten stark. Gleichzeitig
 1956 wollen wir die Attraktivität dieses Berufes fördern und mehr Menschen mit Migrationsgeschich-
 1957 te für die Polizeiausbildung gewinnen.
 1958 Um das hohe Niveau der Polizeiausbildung und der Polizeiarbeit in Bremen zu halten, wollen wir
 1959 zwischen Senat und Polizei, unter Einbeziehung der Personalvertretungen für Bremen und für
 1960 Bremerhaven, Kontrakte bis zum Jahr 2020 schließen. Darin sollen sowohl die Personalstärke als
 1961 auch die Personalstruktur – samt der erforderlichen Ausbildungskapazitäten – sowie die zur Ver-
 1962 fügung stehenden Investitionsmittel verbindlich definiert werden.
 1963
 1964 Wir wollen die Polizei von Aufgaben entlasten, die nicht zwangsläufig durch Beamte erledigt
 1965 werden müssen – wie etwa die Begleitung von Schwertransporten. Ziel dabei ist, dass sich die
 1966 Polizei noch deutlicher auf ihre Kernaufgaben konzentrieren kann.
 1967
 1968 Veranstalter von gewinnorientierten, kommerziellen Großveranstaltungen ab einer bestimmten
 1969 Größe und Gefahrenlage sollen ihren Beitrag zu den Polizeikosten ihrer Veranstaltungen tragen.
 1970 So wird beispielsweise die DFL bei sogenannten Risiko-Bundesligaspielen künftig einen Anteil
 1971 übernehmen müssen. Die dadurch entstehenden Einnahmen nutzen wir für die Ausbezahlung
 1972 von Überstunden der Polizistinnen und Polizisten.

13.3 Schutz vor und Ahndung von Übergriffen

- 1973
 1974 Die Beamtinnen und Beamten im Einsatz halten für den Staat – also für uns alle – den Kopf hin.
 1975 Sie verdienen dafür Anerkennung und vor allem Schutz. Wir machen uns daher für einen besse-
 1976 ren strafrechtlichen Schutz stark – sowohl für Polizistinnen und Polizisten aber auch für Ret-
 1977 tungskräfte, Feuerwehrleute und alle, die aufgrund ihres staatlichen Auftrags im Beruf Opfer von
 1978 Straftaten werden.
 1979 Mit dem Einsatz von Kleinkameras, die an der Polizeiuniform befestigt werden können, wollen
 1980 wir Angriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte aber auch ihr eigenes Verhalten im Einsatz do-
 1981 kumentieren. Erfahrungen in anderen Städten zeigen, dass diese sogenannten Body-Cams eine
 1982 deeskalierende Wirkung haben. Sie erhöhen die Sicherheit der Beamten und stärken das Ver-
 1983 trauen der Bürgerinnen und Bürger in die Arbeit der Polizei.
 1984 Ermittlungen gegen Polizeibeamtinnen und -beamte werden künftig außerhalb des Innenres-
 1985 sorts geführt, um jeglichen Anschein von Voreingenommenheit im Vorhinein auszuschließen.

13.4 Kriminalität entschlossen bekämpfen

- 1986
 1987 Gerade von den klassischen Eigentums- und Vermögensdelikten, wie Einbrüchen, fühlen sich die
 1988 Bremerinnen und Bremer besonders bedroht. Daher wollen wir das bereits erfolgreich angelau-
 1989 fene Programm „Stopp den Langfingern“ weiter intensivieren. Sowohl die Vorbeugung von Ver-
 1990 brechen, als auch deren Aufklärung und Verfolgung wollen wir dazu ressortübergreifend bün-
 1991 deln, die Wirksamkeit überprüfen und weiterentwickeln.
 1992 Außerdem werden wir die Zusammenarbeit mit Niedersachsen und der Bundespolizei nutzen,
 1993 um reisende Intensivtäter stärker in den Fokus zu nehmen.

- 1994 Immobilienbesitzerinnen und -besitzer sowie Bauträgerinnen und -bauer wollen wir verstärkt einbinden und bereits in der Bauplanung polizeilich beraten, um Einbrecherinnen und Einbrechern ihre „Arbeit“ durch entsprechende (Bau-)Maßnahmen zu erschweren.
- 1995
- 1996
- 1997 Im Bereich der Jugendgewalt haben wir einen Rückgang zu verzeichnen. Das ist auch ein Erfolg des Projektes „Stopp der Jugendgewalt“, das wir deshalb fortsetzen werden. Bei auffälligen Jugendlichen machen wir uns dafür stark, künftig noch früher Fallkonferenzen einzuberufen und Maßnahmen der Jugendhilfe zu ergreifen. Kriminelle Karrieren von (noch) strafunmündigen Kindern wollen wir mit gezielten Maßnahmen verhindern.
- 1998
- 1999
- 2000
- 2001
- 2002
- 2003 Der Bereich der Organisierten Kriminalität erfordert derweil eine nationale und internationale Vernetzung und Spezialistentum. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass die Bekämpfung dieser Kriminalitätsform an die Strukturen der Terrorismusbekämpfung angelehnt und Strafkammern mit einer besonderen Zuständigkeit gebildet werden.
- 2004
- 2005
- 2006
- 2007 Kriminelle Rockergruppen werden wir weiterhin durch Vereinsverbote beschneiden. Besonderes Augenmerk werden wir auch auf rechtsextreme und salafistische Vereinigungen richten und solche Bestrebungen bekämpfen.
- 2008
- 2009
- 2010
- 2011 Die Bekämpfung von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung hat für uns große Wichtigkeit. Dabei wollen wir insbesondere gegen sogenannte Vergewaltigungsdrogen (K.O.-Tropfen) vorgehen: Wir müssen alle rechtlich zulässigen Mittel nutzen, um bereits den Besitz solcher Substanzen unter Strafe zu stellen und die Beweissicherung durch frühzeitige Information der Polizei und entsprechende Fortbildungen für die Beamtinnen und Beamten zu erleichtern.
- 2012
- 2013
- 2014
- 2015
- 2016
- 2017 Einen demokratischen Inlandsnachrichtendienst halten wir weiterhin für erforderlich, um die gestiegene Gefahr durch salafistische und rechtsextremistische Bestrebungen zu bannen. Nach dem ungeheuren Versagen von Verfassungsschutzbehörden im NSU-Komplex haben wir in Bremen Konsequenzen bei der Vertiefung der demokratischen Kontrolle des Verfassungsschutzes gezogen. Wir setzen uns weiterhin für eine vertiefte länderübergreifende Kooperation und Delegation von Teilaufgaben an den Bund ein.
- 2018
- 2019
- 2020
- 2021
- 2022

2023 **13.5 Klare Kante gegen Wirtschaftskriminalität und Steuerbetrug**

- 2024 Wirtschaftskriminalität ist heute für mehr als die Hälfte des durch Kriminalität ausgewiesenen Gesamtschadens verantwortlich. Wir werden daher unsere Vorkehrungen gegen Korruption optimieren: Wer Hinweise auf Korruption gibt, soll rechtlich besser geschützt werden und Unternehmen soll in Korruptions-Strafprozessen auch die Schließung drohen. Zudem müssen für große und mittlere Kapitalgesellschaften Programme zur Gewährleistung der Rechtstreue („Compliance“) rechtlich verbindlich werden.
- 2025
- 2026
- 2027
- 2028
- 2029
- 2030 Bei größeren Bauvorhaben soll künftig zudem ein „Integritätspakt“ mit klaren Verhaltensvorgaben und Sanktionen geschlossen werden.
- 2031
- 2032 Steuerbetrug darf nicht straffrei bleiben: Wir werden uns daher für die Abschaffung der befreienden Selbstanzeige stark machen, weiterhin Steuersünder-CDs ankaufen und für die Bearbeitung von Steuerstrafsachen zusätzliches Personal abstellen.
- 2033
- 2034
- 2035 Auf Grundlage entsprechender Weiterbildungsmaßnahmen für Polizeibeamtinnen und –beamte, die zu sogenannten „Cyber Cops“ qualifiziert werden sollen, werden wir zudem die Verfolgung von Internet- und Telefonbetrug intensivieren.
- 2036
- 2037
- 2038 Gewinne aus Straftaten werden wir konsequent abschöpfen und für Polizei, Justiz und Stadtamt einsetzen.
- 2039

2040

13.6 Konsequenter Kampf gegen Rechtsextremismus

2041 Wir erteilen Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in jeder Spielart
2042 eine klare Absage. Egal, ob sie als Alltagsrassismus, Gewalt oder rechte und rechtspopulistischen
2043 Parteien daher kommen. Die besten Mittel gegen rechtes Gedankengut sind Aufklärung über die
2044 Ursachen und Folgen des Nationalsozialismus und heutige rechte Strukturen sowie eine aktive
2045 Bürgergesellschaft, in der Toleranz und das Miteinander unterschiedlicher Kulturen gelebt wer-
2046 den.

2047

2048 All dies kommt nicht von alleine. Wir werden die Berichterstattung über den Rechtsextremismus
2049 auch in der kommenden Legislaturperiode fortsetzen, um die Aktivitäten der rechten Szene im
2050 Auge zu behalten. Angesichts der aktuellen Entwicklungen werden wir in einem der nächsten
2051 Berichte einen besonderen Schwerpunkt auf den Bereich Rechte Einstellungen in der Mitte der
2052 Gesellschaft, Alltagsrassismus und Islamfeindlichkeit legen. Die bestehenden Projekte gegen
2053 Rechts, insbesondere das Aussteigerprogramm, werden wir fortführen und gegebenenfalls an
2054 Veränderungen der Szene anpassen. Arbeit gegen Rechtsextremismus braucht Planungssicher-
2055 heit und Kontinuität. Wir begrüßen, dass die Bundesprogramme künftig für fünf Jahre bewilligt
2056 werden. Wir werden dies auch für die Landesprogramme umsetzen und insbesondere die „Lan-
2057 deskoordination Rechtsextremismus“ absichern. Darüber hinaus wollen wir zivilgesellschaftliche
2058 Projekte gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in den Stadtteilen und Schulen, wie etwa
2059 die Initiative „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, ausweiten.

2060

2061 Die nationalsozialistische Vergangenheit vor Ort muss dem Vergessen entrissen werden. Wir
2062 werden deshalb die monströse Vergangenheit des U-Boot-Bunkers Farge deutlicher in die Öff-
2063 fentlichkeit bringen und dafür Sorge tragen, dass der Bunker als Denk-Ort öffentliche zugänglich
2064 bleibt. Auch das Projekt „Stolpersteine“ und die Auseinandersetzung mit den Orten des faschisti-
2065 schen Terrors in unserer Stadt (Lager Mißler, Gestapogebäude Am Wall, Haus Reddersen) wer-
2066 den wir fördern.

2067 Tage des Gedenkens sind für uns der 9. November (Gedenktag der Novemberpogrome), der 27.

2068 Januar (Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus) und der 8. Mai (Tag der Be-

2069

freiung).

2070

13.7 Bürgerservice und öffentliche Ordnung

2071 Wir wollen einen modernen Bürgerservice. Den grundlegenden Konsolidierungsprozess im
2072 Stadtamt setzen wir fort. Wir wollen dabei sicherstellen, dass allen Kundinnen und Kunden eine
2073 hohe Dienstleistungsqualität geboten wird. Die Antragstellung, Beratung und Bescheidung sollen
2074 zunehmend auch online angeboten werden, um unnötige Wege und Wartezeiten für die Bürge-
2075 rinnen und Bürger zu vermeiden. Dadurch freiwerdende Ressourcen wollen wir vor allem für
2076 diejenigen nutzen, die weiterhin den persönlichen Kontakt vor Ort bevorzugen.

2077

2078 Wir wollen die Effizienz der Bürgerserviceangebote weiter steigern und gleichzeitig besser auf
2079 Beschwerden und Probleme reagieren. Dazu wollen wir die bisher bei verschiedenen Ressorts
2080 beheimateten Kontrollfunktionen unter dem Dach eines städtischen Ordnungsdienstes zusam-
2081 menfassen und die entsprechenden rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen dafür schaf-
2082 fen. Sowohl für den Bereich Jugendschutz, für die Gewerbeüberwachung und die Kontrollen von
2083 Spielhallen, als auch bei Beschwerden über Lärm, Behinderungen und Verschmutzungen auf
2084 öffentlichen Flächen soll es somit künftig eine konkrete Zuständigkeit geben.

2085

2086 Suchtprävention ist für uns eine ressortübergreifende Aufgabe. Betreiberinnen und Betreiber
2087 von Glücksspielen, insbesondere im Internet sowie in Spielhallen und Sportwettbüros, müssen
2088 künftig im Hinblick auf Spielsuchtprävention hohen Anforderungen genügen. Dies gilt ausdrück-

2089 lich auch hinsichtlich der Zuverlässigkeit der Betreiberinnen und Betreiber sowie der Transpa-
2090 renz von Geldflüssen.

2091

2092 Wir wollen weniger Waffen in unseren Städten – und setzen dies durch gezielte Aktionen, wie
2093 die Erhebung einer Waffenkontrollgebühr, die Intensivierung der entsprechenden Kontrollen,
2094 und die Möglichkeit illegale und legale Waffen abzugeben, um. Darüber hinaus werden wir uns
2095 für notwendige Änderungen des Waffenrechtes einsetzen um die Zahl von Waffen in unseren
2096 Städten noch weiter zu senken.

2097

2098 Die klaren Bremer Vorschriften zum Halten gefährlicher Hunde haben sich bewährt. Da es seit-
2099 dem zu keinen schwerwiegenden Verletzungsvorfällen mehr gekommen ist, ist das Hundegesetz
2100 entfristet worden. Wir werden weiterhin fortlaufend prüfen, ob eine Aktualisierung etwa auf
2101 weitere Hunderassen erforderlich wird.

2102

2103 Den bundesweiten „Gewalttourismus“ etwa bei Fußballspielen wollen wir unterbinden. Die hier-
2104 für notwendigen Sicherheitsmaßnahmen wie Meldeauflagen und Platzverweise werden wir bei
2105 sogenannten Risikospielen ergreifen.

2106

2107 Sexarbeit und Prostitution sind nicht frei von Menschenhandel und oftmals über strafrechtlich
2108 relevante Tatbestände hinaus mit wirtschaftlicher Ausbeutung verbunden. Gleichzeitig prostitu-
2109 ieren sich aber viele Menschen selbstbestimmt. Es gilt deshalb Regelungen zu schaffen, die vor-
2110 handene gesellschaftliche Diskriminierungen durch rechtliche Gleichstellung mit anderen selbst-
2111 ständigen Tätigkeiten abbauen, die aber gleichfalls einen wirksamen Schutz vor wirtschaftlicher
2112 Ausbeutung in der Prostitution sicherstellen und den Kampf gegen kriminellen Menschenhandel
2113 verbessern können.

2114

13.8 Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz

2115 Ob ehrenamtlich oder beruflich: In der Feuerwehr, im Rettungs- und Notarztdienst sowie im
2116 Katastrophenschutz leisten viele Menschen hochprofessionelle Arbeit. Durch neue gesetzliche
2117 Grundlagen, weiter steigende Spezialisierungsanforderungen und demographische Veränderun-
2118 gen steigt allerdings der Anpassungsdruck. Notwendige Veränderungen werden wir im Dialog
2119 mit den Beteiligten gestalten. Durch ein neues Standortkonzept sichern wir ab, dass die Feuer-
2120 wehr in allen Stadtteilen schnellstmöglich unter Einhaltung der Hilfsfrist am Einsatzort ist.

2121 In geeigneten Bereichen werden wir zudem zur Entlastung Kooperationen mit Werksfeuerweh-
2122 ren prüfen.

2123

2124 Insbesondere ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern muss dabei verstärkt Anerkennung ent-
2125 gegengebracht werden. Insbesondere die freiwilligen Feuerwehren werden wir daher weiter
2126 unterstützen und das vorliegende Gebäude- und Fahrzeugkonzept umsetzen. Zur Intensivierung
2127 der Nachwuchsförderung werden wir zudem die Einrichtung einer Kinderfeuerwehr und die Ver-
2128 netzung von Kinder- und Jugendarbeit zwischen den Hilfsorganisationen und der Freiwilligen
2129 Feuerwehren anregen.

2130 14 Justiz & Recht

2131 Wir stehen für leistungsfähige Justiz. Dazu gehören ein bürgerinnen- und bürgerfreundlicher
2132 Zugang zu den Gerichten, eine effektive Verfolgung von Kriminalität und möglichst schnelle,
2133 rechtsstaatliche Entscheidungen. Auf der anderen Seite muss sich eine Gesellschaft daran mes-
2134 sen lassen, wie sie mit ihren Gefangenen umgeht: Kein Mensch darf zurückgelassen werden –
2135 auch nicht, wenn er eine Straftat begangen hat.

2136 **14.1 Für ein bürgerfreundliches, leistungsfähiges Rechtssystem**

2137 Wir wollen alle personellen, organisatorischen und rechtlichen Möglichkeiten prüfen, Verwal-
2138 tungsverfahren im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu vereinfachen und zu beschleunigen.
2139 Verwaltungsentscheidungen müssen frühzeitig und nachvollziehbar Klarheit sowie Rechtssicher-
2140 heit schaffen.

2141
2142 Um für mehr Effizienz zu sorgen, werden wir unter Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitar-
2143 beiter den Einsatz der elektronischen Gerichtsakte vorantreiben und die erforderlichen Voraus-
2144 setzung schaffen.

2145
2146 Um das Vorgehen gegen Internet-Kriminalität zu verbessern, wollen wir ein gemeinsames Kon-
2147 zept aller Strafverfolgungsbehörden anstoßen und uns auf der Bundesebene für eine Verbesse-
2148 rung des strafrechtlichen Schutzes durch die Präzisierung von Straftatbeständen, etwa bei Kin-
2149 derpornographie und Cybermobbing, einsetzen.

2150
2151 Der Rechtsstaat benötigt zum Funktionieren ausreichend Personal, deshalb werden wir eine an-
2152 gemessene Personalausstattung sicherstellen. Einen Personalabbau im Bereich der Justiz wollen
2153 wir vermeiden.

2154 **14.2 Für einen humanen Strafvollzug**

2155 Wir werden die Sanierung der Justizvollzugsanstalt in den letzten beiden Hafthäusern fortsetzen.
2156 Die Planungen dazu werden wir an die veränderten Rahmenbedingungen anpassen indem wir
2157 den Rückgang der Gesamtgefangenenzahl bei gleichzeitigem Anstieg des Anteils von Gefangenen
2158 mit längeren und lebenslänglichen Haftstrafen berücksichtigen.

2159
2160 Nach dem Aufbau der Sozialtherapie wollen wir die Therapieangebote für drogenabhängige Ge-
2161 fangene weiterentwickeln und spezifische Behandlungsangebote für psychisch auffällige Gefan-
2162 gene anbieten. Den offenen Vollzug wollen wir weiter ausbauen. Die soziale und berufliche Wie-
2163 dereingliederung von Haftentlassenen – unter anderem bei der Entlassungsvorbereitung, Ar-
2164 beitssuche, Wohnungssuche und Schuldenberatung – werden wir in Zusammenarbeit mit allen
2165 beteiligten Ressorts und den freien Trägern weiter fördern und ausbauen.

2166 **15 Medien & Netzpolitik**

2167 Unabhängige, vielfältige Medien, der unbeschränkte Zugang zu Informationen und Medien so-
2168 wie insbesondere die Fähigkeit, sie sinnvoll zu nutzen und einzuordnen, sind wesentliche Grund-
2169 lagen unseres demokratischen Gemeinwesens.

2170
2171 Bremen wird sich weiter aktiv in die Fortentwicklung des Medienrechts einbringen und dabei die
2172 Entwicklung eines Medienstaatsvertrages, die Novellierung des Jugendmedienschutzes und des
2173 ZDF-Staatsvertrages aktiv und konstruktiv begleiten. Bei der Untersuchung und Überprüfung des
2174 neuen Rundfunkbeitragssystems werden wir die spezifischen Interessen und Erfahrungen als
2175 Stadtstaat einbringen.

2176 Die Filmförderung über die nordmedia soll auch in Zukunft Filmprojekte und Medienschaaffende
2177 in Bremen unterstützen. Dabei sollen künftig verstärkt auch crossmediale Vorhaben berücksich-
2178 tigt werden, um WebTV und ergänzende Apps oder Online-Angebote zu fördern.

2179 Den Prozess einer vollständigen Digitalisierung der Kabelnetze im Land Bremen wollen wir für
2180 alle Bürgerinnen und Bürger sozialverträglich organisieren.

2181 **15.1 Medienkompetenz**

2182 Die Nutzung von Medien hat sich in den vergangenen Jahren grundlegend geändert. Gerade
 2183 auch, um über die Chancen und Risiken der neuen Medien zu informieren werden wir die An-
 2184 strengungen zur Vermittlung von Medienkompetenz weiter verstärken. Dazu gehört vor allem
 2185 eine noch bessere Abstimmung und Vernetzung der entsprechenden Angebote im Land Bremen,
 2186 um sie für alle erkennbar und nutzbar zu machen. Zudem wollen wir gemeinsam mit allen Akteu-
 2187 rinnen und Akteuren eine umfassende Strategie zur Medienkompetenzentwicklung, die insbe-
 2188 sondere auch Schulen sowie Kinder- und Jugendeinrichtungen umfasst, entwerfen. Dabei müs-
 2189 sen gemeinsam mit dem von der Landesmedienanstalt gegründeten Medienkompetenznetzwerk
 2190 auch inklusive Angebote für Menschen mit Beeinträchtigungen entwickelt werden, die sich nicht
 2191 nur auf den schulischen Bereich beschränken.

2192 **15.2 Unser Sender: Radio Bremen**

2193 Radio Bremen ist als Teil der ARD ein unverzichtbarer Bestandteil der öffentlich-rechtlichen Me-
 2194 dienlandschaft. Durch die Erhöhung des Bremer Anteils am ARD-internen Finanzausgleich ist es
 2195 gelungen die bisherige strukturelle Unterfinanzierung des Senders zu beenden. Damit ist ein
 2196 großer Schritt zu Sicherung des TV- und Radio-Angebots „von hier“ geschafft.
 2197 Jetzt wollen wir durch eine Anpassung des Radio Bremen-Gesetzes darauf hinwirken, dass das
 2198 öffentlich-rechtliche Profil des Senders weiter geschärft und um Angebote für junge Menschen
 2199 ergänzt wird. Darüber hinaus soll Radio-Bremen eine breite Mitwirkung an neuen Medienfor-
 2200 men, wie zum Beispiel Apps, und Online-Diensten ermöglicht werden. Ob Tatort oder Tages-
 2201 schau – die öffentlich-rechtlichen Anstalten und ihr Programm werden von uns allen mit dem
 2202 Rundfunkbeitrag finanziert und sind damit öffentliche Allgemeingüter. Es ist für uns daher nicht
 2203 einzusehen, wieso gemäß der sogenannten Depublikationspflicht beispielsweise Produktionen
 2204 von Radio Bremen nach einigen Wochen wieder aus der Internet-Mediathek gelöscht werden
 2205 müssen. Wir werden uns daher weiterhin für eine Abschaffung dieser künstlichen Beschränkung
 2206 einsetzen.

2207 **15.3 Landesmedienanstalt & Bürgerrundfunk**

2208 Landesmedienanstalten haben es als Aufsichtsbehörden für private Radio- und Fernsehpro-
 2209 gramme und Telemedien immer häufiger mit international agierenden TV- oder Radio-
 2210 Unternehmen zu tun. Um dabei durchsetzungsfähig zu bleiben, halten wir es für besonders wich-
 2211 tig, dass die Länder geschlossen auftreten. Daher streben wir eine Medienanstalt der Länder an,
 2212 in der alle bundesweit relevanten Aufsichts- und Zulassungsfragen konzentriert werden. Dieses
 2213 Gremium könnte zudem der Bundesnetzagentur und dem Bundeskartellamt auf Augenhöhe
 2214 begegnen. Wir begrüßen die Gründung einer überregionalen Streitschlichtungsstelle für Medi-
 2215 enangelegenheiten. Die Lokale und regionale Aufsicht, sowie die Vermittlung von Medienkom-
 2216 petenz bleiben davon unberührt.

2217
 2218 Der Bürgerrundfunk hat die Aufgabe, den Bürgerinnen und Bürgern – auch als Produzentinnen
 2219 und Produzenten von Informationen und Sendungen – den Zugang zum Rundfunk zu gewähren
 2220 und die Medienkompetenz zu fördern. Wir wollen den begonnenen Prozess der Neuaufstellung
 2221 des Bürgerrundfunks fortsetzen und ihn attraktiver gestalten. Dabei haben wir sowohl die Pro-
 2222 duzenten - also die Menschen, die die Angebote des Bürgerrundfunk selbst gestalten – als auch
 2223 die Nutzerinnen und Nutzer im Blick. Unser Ziel: Durch eine Novelle des Landesmediengesetzes
 2224 oder durch ein Bürgermediengesetz wollen wir den Bürgerrundfunk so aufstellen, dass er auch
 2225 das Internet als neuen Verbreitungsweg besser nutzt, mehr Menschen sowie neue Zielgruppen
 2226 erreicht und die Medienkompetenz fördert.

2227 **15.4 Teilhabe – auch digital**

2228 Wir stehen für Teilhabe und Transparenz - auch in der digitalen Welt. Denn das Internet bietet
 2229 nicht nur zahlreiche Möglichkeiten für kreative Wertschöpfung und ist so auch ein wichtiger
 2230 Wirtschaftsfaktor für Bremen, sondern es erlaubt auch einen direkten Austausch. Mehr Bürger-
 2231 beteiligung als Bereicherung unserer demokratischen Kultur setzt mehr Information und Trans-
 2232parenz voraus. Wir wollen daher, dass sich Politik und politische Institutionen auch in der digita-
 2233len Welt noch weiter öffnen. Mit dem Bremer Informationsfreiheitsgesetz haben wir einen gro-
 2234ßen Schritt in diese Richtung getan, der für viele andere Bundesländer beispielhaft war. Ange-
 2235fangen von unserer Open-Data-Strategie bis hin zu unserer Forderung, möglichst alle Informati-
 2236onen und Publikationen der Behörden unter Creative-Commons-Lizenz zu stellen – und so für
 2237alle weiter nutzbar zu machen, haben wir Wegmarken gesetzt. Jetzt geht es uns darum,
 2238künftig noch mehr Informationen aus Politik und Verwaltung aktuell, umfassend, barrierefrei
 2239und vor allem gut auffindbar über das Internet bereitzustellen, um für Transparenz zu sorgen
 2240und die Teilhabe in Bremen zu stärken.

2241
 2242 Wir stehen darüber hinaus zur diskriminierungsfreien Datenübertragung, für einen freien und
 2243gleichen Zugang zum Internet sowie für eine gesetzliche Verankerung der Netzneutralität.
 2244 Wir sind für eine faire Balance zwischen den Interessen der Nutzerinnen und Nutzer und der
 2245Urheberinnen und Urheber. Daher wollen wir auch das immer stärker um sich greifende Ab-
 2246mahnwesen noch mehr eindämmen und faire sowie für Verbraucherinnen und Verbraucher
 2247nachvollziehbare Nutzungsbedingungen schaffen.
 2248 Der Schutz der Informations- und Kommunikationsfreiheit sowie das Recht auf informationelle
 2249Selbstbestimmung haben für uns auch in der digitalen Welt hohe Priorität. Netzpolitisch lehnen
 2250wir eine Zensur des Internets durch Netzsperrern ab und stehen stattdessen zum Prinzip „Lö-
 2251schen statt Sperren“, um den Kampf gegen illegale Inhalte im Internet aufzunehmen.

2252 **15.5 Datenschutz braucht klare Standards**

2253 Wir werden uns entschieden dafür einsetzen, dass in allen Staaten der Europäischen Union ein
 2254gemeinsames Mindestdatenschutzniveau zur Pflicht gemacht wird. Der dagegen gerichteten
 2255massiven Lobbyarbeit, vor allem der großen Internetdienste und Wirtschaftsunternehmen, wer-
 2256den wir entschieden entgegenzutreten.

2257 Die Regelungen des europäischen Datenschutzrechtes müssen Ausdruck des von der europäi-
 2258schen Grundrechtecharta garantierten Grundrechtes auf Datenschutz sein. Auch Abkommen
 2259zwischen der EU und der USA wie das Freihandelsabkommen dürfen den europäischen Grund-
 2260rechtstandard nicht zur Disposition stellen. Um das sicherzustellen, brauchen wir eine öffentli-
 2261che Debatte. Geheimverhandlungen können wir nicht akzeptieren.

2262
 2263 Die persönlichen Daten von Beschäftigten sind sehr begehrt. Wir kämpfen daher weiter für ef-
 2264fektive Regelungen zum Beschäftigtendatenschutz. Es muss verhindert werden, dass die rasant
 2265anwachsenden Datenberge im Beschäftigungsverhältnis auf die einzelnen Beschäftigten herun-
 2266tergerechnet und für Arbeits- und Leistungskontrollen verwendet werden.

2267
 2268 Verbraucherzentralen brauchen ein eigenes Recht, gerichtlich auch gegen Datenschutzverstöße
 2269vorzugehen.

2270 **16 Bremen in Europa – Bremen in der Welt**

2271 Die Festlegung neuer Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen in Nachfolge der Millenniums-
 2272Entwicklungsziele steht an. Sie werden auch für den globalen „Norden“ und somit weltweit ver-
 2273bindlich sein. Wir in Bremen sehen uns diesen Zielen verpflichtet. Wir betrachten ihre Umset-

2274 zung als Teil aller Politikfelder, darunter Handel, Finanzen und Umwelt. In einer globalisierten
 2275 Welt müssen die Auswirkungen auf soziale Gerechtigkeit und Frieden und auf eine ressourcen-
 2276 schonende Wirtschaft bei all unseren Handlungen mit bedacht werden.

2277
 2278 Als exportorientierter Standort profitiert Bremen erheblich vom globalisierten Warenverkehr.
 2279 Nicht nur deshalb unterstützen wir den freien Handel. Allerdings müssen internationale Handels-
 2280 und Dienstleistungsabkommen transparent diskutiert werden und dürfen keine sozialen, um-
 2281 weltpolitischen, kulturellen, arbeits- und verbraucherrechtlichen oder demokratischen Errun-
 2282 genschaften aushebeln. Es muss sichergestellt sein, dass kein Vertragspartner daran gehindert
 2283 werden kann, diese Standards weiter zu verbessern. Eine Schiedsgerichtsbarkeit neben dem offi-
 2284 ziellen Rechtssystem lehnen wir ab.

2285
 2286 Seit die SPD wieder in der Bundesregierung ist, werden Rüstungsexporte wieder eingeschränkt.
 2287 Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass dieser Kurs konsequent weitergefahren
 2288 wird und Rüstungsexporte in Krisengebiete, Diktaturen und sonstige Staaten, in denen sie nichts
 2289 zu suchen haben, unterbunden werden. Industrielle Arbeitsplätze müssen unabhängiger werden
 2290 von militärischer Produktion. Die Rüstungskonversion findet unsere politische Unterstützung.

2291
 2292 Wir unterstützen eine abgestimmte europäische Förderpolitik zu Gunsten sozial benachteiligter
 2293 Menschen und schwacher Regionen. Wir setzen uns dafür ein, dass bei der Fortschreibung des
 2294 Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) die
 2295 Interessen Bremens und Bremerhavens berücksichtigt werden. Die Weiterentwicklung dieser
 2296 Förderschwerpunkte soll insbesondere im Hinblick auf die Lebensperspektiven junger Menschen
 2297 in Europa erfolgen.

2298
 2299 Wir setzen uns für eine verlässliche Fortsetzung der Bremer Entwicklungszusammenarbeit ein
 2300 und begrüßen die Leitbildentwicklung des Senats. Dabei unterstützen wir vor allem Projekte von
 2301 Bremer Initiativen in den Armutsregionen industriell nicht entwickelter Länder zugunsten von
 2302 Frauen, zur Förderungen regenerativer Energien und zur Verbesserung im Trink- und Abwasser-
 2303 bereich. Zusammen mit der bremischen Wirtschaft sollen auch in Zukunft Projekte im maritimen
 2304 und logistischen Bereich – auch durch Ausbildung – gefördert werden.

2305
 2306 Die Förderung der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und die Unterstützung bei der Vernet-
 2307 zung der vielfältigen Bremer Initiativen in diesem Bereich bleiben wichtige Bestandteile der Ent-
 2308 wicklungszusammenarbeit, für die wir auch die hier lebenden Migrantinnen und Migranten als
 2309 Brückenbauerinnen und Brückenbauer in ihre Heimatländer nutzen wollen.

2310
 2311 Weltoffene Städte brauchen Partner. Wir unterstützen die bestehenden Städtepartnerschaften
 2312 und wollen die finanziellen Mittel, die erforderlich sind, zur Verfügung stellen. Wir wollen eine
 2313 Weiterentwicklung von Partnerschaften ermöglichen.

2314 **17 Finanzielle Grundlagen des Stadtstaates sichern**

2315 Stabile Staatsfinanzen bilden die Grundlage dafür, dass der Staat seine Aufgaben erfüllen kann.
 2316 Sie sind Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum. Deshalb werden wir uns auch auf Bundes-
 2317 ebene weiterhin für ein gerechteres Steuersystem einsetzen. Gerechte Steuerpolitik ist ein wich-
 2318 tiges Mittel, das solidarische Miteinander in unserem Land zu fördern und der sozialen Spaltung
 2319 entgegenzuwirken. Sozial gerecht und wirtschaftlich vernünftig ist Steuerpolitik dann, wenn
 2320 starke Schultern mehr tragen als schwache. Es geht um höhere Verteilungsgerechtigkeit, für die
 2321 wir uns weiter stark machen, um einen fairen Lastenausgleich, um die notwendigen Gemein-
 2322 wohlleistungen auskömmlich und fair verteilt finanzieren zu können. Das Ziel einer gerechten

2323 Vermögensbesteuerung, die Anhebung des Spitzensteuersatzes und die Finanztransaktionssteuer verfolgen wir weiter.

2324
2325 Die zentrale Aufgabe bremischer Politik ist und bleibt die Sicherung der finanziellen Grundlage
2326 und der finanziellen Zukunft des Landes und unserer beiden Städte Bremen und Bremerhaven.
2327 Bremen befindet sich in einem nachhaltigen Sanierungs- und Konsolidierungskurs mit dem Ziel,
2328 ab 2020 keine neuen Schulden mehr aufnehmen zu müssen bzw. zu dürfen. Bremen steht dabei
2329 zu seinen Verpflichtungen, die es im Rahmen des Abschlusses der Sanierungsvereinbarungen als
2330 Grundlage für den Erhalt der Sanierungshilfen eingegangen ist.

2331 Das Ziel dieser konsequenten Finanzpolitik ist dabei weit mehr als die Einhaltung von Haushalts-
2332 zahlen. Es geht um unsere politische Handlungsfähigkeit. Es geht darum, zukünftig nicht immer
2333 mehr unserer Einnahmen in Zinsen stecken zu müssen, sondern sie stattdessen zu investieren in
2334 eine starke Wirtschaft, in gute Arbeitsplätze, in gute Bildung und Ausbildung und den sozialen
2335 Zusammenhalt in unseren beiden Städten. Es geht damit schlicht um die Möglichkeit, für le-
2336 benswerte Städte sorgen zu können.

2337 ***17.1 Eigenanstrengungen intensivieren***

2338 Bremen wird zur Konsolidierung seines Haushaltes seine Eigenanstrengungen weiterverfolgen
2339 und intensivieren, ohne dabei die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse der Bürgerinnen und
2340 Bürger und die Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu gefährden.

2341
2342 Dies bedeutet, dass wir weiter Einsparpotenziale realisieren und gerecht umsetzen werden. Die
2343 Optimierung der Verwaltung, die Überprüfung von Doppelstrukturen und -angeboten, der ver-
2344 stärkte Einsatz von Technik und IT sowie die Intensivierung der behördenübergreifenden Zu-
2345 sammenarbeit – auch zwischen Bremen und Bremerhaven – sind dabei wichtige Elemente.
2346 Zur Konsolidierung gehört auch, dass wir die eigenen Möglichkeiten zur Verbesserung der Ein-
2347 nahmebasis konsequent nutzen.

2348
2349 Durch die Erbringung von nachhaltigen Eigenbeiträgen wird Bremen dazu beitragen, sich Spiel-
2350 räume schaffen zu können – für die Finanzierung von politischen Schwerpunktsetzungen, wie die
2351 Kindertagesbetreuung, Bildung und Ausbildung, Wohnungsbau oder den Hochschulen zu erhal-
2352 ten. Nötig ist ebenfalls eine Investitionspolitik, die sich an der Sicherung und Schaffung von Ar-
2353beitsplätzen, am Bestands- und Werterhalt der öffentlichen Infrastruktur, an der Sicherstellung
2354 der Daseinsvorsorge und an der Flankierung unserer politischen Schwerpunktsetzungen orien-
2355 tiert.

2356
2357 Zudem sind unsere eigenen Anstrengungen und das erfolgreiche Beschreiten des Konsolidie-
2358 rungskurses auf dem Weg zu einem Haushalt ohne neue Schulden in 2020 eine unverzichtbare
2359 Voraussetzung dafür, dass wir bei den Verhandlungen über eine Neugestaltung der Bund-
2360 länder-Finanzierung einen Erfolg für Bremen und Bremerhaven erreichen können, der es uns
2361 ermöglicht, nach 2020 die finanzielle Selbstständigkeit dauerhaft zu sichern und eigene Gestal-
2362 tungsspielräume zu erhalten und gegebenenfalls zu vergrößern.

2363

2364 ***17.2 Personal zielgerichtet einsetzen – angemessene Bezahlung si-*** 2365 ***cherstellen***

2366 Die Fortsetzung des Konsolidierungskurses stellt die Beschäftigten vor große Herausforderungen.
2367 Eine Sanierung des Haushaltes kann ohne Einbeziehung der Personalkosten nicht gelingen.

2368

2369 Wir wissen: Die Beschäftigten der Feuerwehr, Kindergärten, Polizei, Schulen, Justiz, Krankenhäu-
 2370 ser und Verwaltungen erbringen wichtige öffentliche Dienstleistungen. Mit ihrem Engagement,
 2371 dem breit gefächerten und serviceorientierten Dienstleistungsangebot erbringen sie einen wich-
 2372 tigen Beitrag für die Lebensqualität in Bremen und Bremerhaven. Dies wollen wir erhalten.

2373

2374 Die Beamtenbesoldung wie auch die Besoldung der Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen
 2375 und Staatsanwälte sowie deren Versorgung muss den Bezug zur Tarif- und Gehaltsentwicklung
 2376 der Angestellten im öffentlichen Dienst wahren. Eine Entkopplung wollen wir vermeiden und zu
 2377 einem Gleichklang der Bedingungen aller im öffentlichen Dienst Beschäftigten kommen. Wir
 2378 werden daher finanzpolitisch Vorsorge treffen, um eine angemessene Übertragung der Tarifier-
 2379 ergebnisse der Angestellten auf die Beamtinnen und Beamten zu ermöglichen.

2380 Uns ist bewusst, dass die Kürzungsvorgaben und die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse,
 2381 hohe Belastungen für die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten mit sich bringen. Wir setzen uns
 2382 für eine Weiterentwicklung öffentlicher Dienstleistungen zur Lösung gesellschaftlicher Probleme
 2383 ein. Um hierzu Freiräume zu schaffen, wollen wir die mit der Digitalisierung einhergehenden
 2384 Möglichkeiten bestmöglich nutzen, Forderungen gegenüber Dritten stärker verfolgen und weni-
 2385 ger externe Gutachten vergeben, indem wir eigene Fachleute damit beschäftigen.

2386

2387 Wir setzen uns für die Stärkung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes und für gute Arbeits-
 2388 bedingungen im Land Bremen ein. Wir wollen weiterhin viele interessante Ausbildungsplätze für
 2389 junge Menschen anbieten. Dabei werden wir besonders darauf achten, die Ausbildungsplätze an
 2390 Menschen mit möglichst vielen Qualifikationen und unterschiedlichen kulturellen Hintergründen
 2391 zu vergeben.

2392

2393 Für uns gehört zu einem attraktiven öffentlichen Dienst ebenfalls die Teilhabe aller Beschäftigten
 2394 an einer angemessenen Einkommensentwicklung. Wir stehen zu den Tarifverträgen im öffentli-
 2395 chen Dienst.

2396

2397 Die Übertragung der Gesetzgebungskompetenz für die Beamtinnen und Beamten der Länder an
 2398 die jeweiligen Länderparlamente setzt die finanzschwachen Länder enorm unter Druck. Finanz-
 2399 stärkere Länder bezahlen besser. Diese Ungleichentwicklung muss gestoppt werden. Eine ein-
 2400 heitliche Entwicklung des Beamtenrechts und eine angemessene Übertragung der Tarifiergebnis-
 2401 se auf die Einkommensentwicklung der Beamtinnen und Beamten, sind nur über eine zentrale
 2402 Gesetzgebungskompetenz beim Bund möglich. Aktivitäten dazu werden wir unterstützen.

2403

17.3 Bund-Länder-Finzen reformieren

2404 Wichtig für die nachhaltige finanzielle Sanierung Bremens ist, dass sich die – maßgeblich durch
 2405 Bundesgesetzgebung bestimmten – Steuereinnahmen und Sozialhilfeausgaben nicht zu Ungun-
 2406 sten der Länder und Kommunen verändern und dass sich die Rahmenbedingungen des Sanie-
 2407 rungsprozesses nicht verschärfen.

2408

2409 Damit die Kommunen und Länder weiterhin ihre Aufgaben wahrnehmen können, muss sich der
 2410 Bund verstärkt an deren Finanzierung beteiligen. Die entsprechenden Zusagen in der Koalitions-
 2411 vereinbarung des Bundes sind dafür ein erster wichtiger Schritt. Für eine langfristige Sicherung
 2412 ist es wichtig, dass die 2019 auslaufenden Bundesfinanzierungen verlängert werden und dass es
 2413 bei den anstehenden Gesprächen zu den Bund-Länder-Finanzbeziehungen gelingt, die Finanzen
 2414 der Länder dauerhaft so zu gestalten, dass sie die ab 2020 geltende Schuldenbremse erfüllen
 2415 können.

2416

2417 Wir waren es, die frühzeitig mit dafür gesorgt haben, dass das Thema der Altschuldenproblema-
2418 tik ganz oben auf der Tagesordnung steht. Die erheblichen Unterschiede zwischen den Ländern
2419 bei der Höhe der Zinsausgaben gefährden die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Zudem
2420 bedeuten die extrem unterschiedlichen Zinsbelastungen, dass einige Länder kaum oder gar nicht
2421 in der Lage sein werden, die Schuldenbremse einzuhalten. Deswegen setzten wir uns dafür ein,
2422 dass die Einnahmen aus dem Solidarzuschlag auch über 2019 hinaus für die öffentlichen Haus-
2423 halte erhalten bleiben und auch zur Senkung von Schuldenlasten eingesetzt werden können.
2424

2425 Bundesländer, die durch Altschulden und Zinszahlungen hoch belastet sind, müssen eine beson-
2426 dere Unterstützung erhalten. Dabei kommt es entscheidend darauf an, nicht nur die laufende
2427 Zinsbelastung zu verringern. Vielmehr muss durch strukturelle Maßnahmen auch das für Bremen
2428 besonders bedrohliche Zinsänderungsrisiko minimiert werden.
2429

2430 Bremen wird sich zudem einsetzen für: Eine Stärkung der kommunalen Finanzkraft, eine stärkere
2431 Beteiligung des Bundes an Sozialausgaben, die Finanzierung von Infrastrukturen und den Erhalt
2432 der für die Stadtstaaten elementar wichtigen Einwohnerwertung.
2433

2434 All dies ist die Voraussetzung dafür, dass Bremen auch nach erfolgreicher Konsolidierung lang-
2435 fristig finanziell handlungsfähig bleibt und wieder größere politische Gestaltungsmöglichkeiten
2436 zurückgewinnt.
2437

2438 Die Klage der Länder Bayern und Hessen stellt eine Aufkündigung der Solidarität unter den Län-
2439 dern dar und gefährdet den Föderalismus. Deswegen ist Bremen der Klage entschieden entge-
2440 gengetreten und wird seine Interessen auch zukünftig deutlich artikulieren.
2441

2442 Bei den Verhandlungen um den Bund-Länder-Finanzausgleich, wie auch bei der Auseinanderset-
2443 zung mit der Klage, steht Bremen mit seinen Interessen nicht alleine. Wir haben Verbündete, mit
2444 denen wir gemeinsam an einem Strang ziehen, mit denen wir Allianzen bilden und uns abstim-
2445 men: Dazu zählen das Saarland, das in einer ähnlich schwierigen Situation wie Bremen ist, ge-
2446 nau so wie Hamburg und Berlin, mit denen wir die Interessen der Stadtstaaten gemeinsam ver-
2447 treten. Weitere Partner sind für uns die Städte und Kommunen, die – insbesondere was die Fra-
2448 ge der Sozialausgaben angeht – häufig vor ähnlichen Herausforderungen wie Bremen als Land
2449 stehen oder aber auch die norddeutschen Länder und insbesondere Niedersachsen, die ein Inte-
2450 resse daran haben, dass Bremen nicht nur ein wirtschaftlich starker Partner ist, sondern dass
2451 sich diese Wirtschaftskraft auch in einer entsprechenden Finanzkraft niederschlägt.